Bilanz 20 Jahre Russland unter Wladimir Putin Seite 2

Preußische Allgemeine

Nr. 3 · 17. Januar 2020 | Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt | Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Rockstar der Klassik

Die Musikwelt feiert in diesem Jahr den 250. Geburtstag Ludwig van Beethovens. Porträt eines begnadeten Nonkonformisten **Seite 3**

Potsdam Der Streit um die Garnisonkirche geht weiter
Seite 5

Geschichte Wie Polen und Briten die Enigma knackten
Seite 11

FOTOS: IMAGO IMAGES

AUFGEFALLEN

Ein Milieu feiert sich selbst

In den letzten Jahren hat sich in vielen Städten in Sachen Einbürgerung eine gewisse Praxis etabliert. Anstatt den Neubürgern ihre Einbürgerungsurkunden einfach nur in freudlosen Amtsstuben zu überreichen, richten die Städte kleine Feiern aus, bei denen die Bürgermeister eine Rede halten und auch die Nationalhymne erklingt. Dies soll verdeutlichen, dass der Wechsel der Staatsbürgerschaft mehr ist als ein bloßer Verwaltungsakt.

So hielten es bisher auch die Berliner Bezirksämter. In Pankow jedoch lädt Bezirksbürgermeister Sören Benn (Die Linke) am 24. Januar anstelle der bisherigen Feier zu einem „Ball der Vielfalt“ in sein Rathaus, um „ein Zeichen (zu) setzen für ein weltoffenes Pankow, das Diversität und Einwanderung als Bereicherung anerkennt“.

Eingeladen zum „Ball der Vielfalt“ sind alle im Jahr 2019 in Pankow eingebürgerten Menschen sowie die „Kooperationspartner_innen des Bezirks aus den Pankower Migrant_innenorganisationen, Frauennetzwerken, LSBTIQ-Communities und inklusiven Projekten“. An die einheimischen Pankower richtet sich die Einladung nicht.

Sowohl das Ballprogramm als auch der Adressatenkreis wie ebenso der Umstand, dass der Bezirk mehr als 800 Teilnehmer erwartet, obwohl 2019 vor Ort lediglich 378 Personen eingebürgert wurden, zeigen, dass es den Organisatoren offenkundig weniger um das Thema Einbürgerung geht als vielmehr darum, sich selbst zu feiern.

Klar, dass dabei die alteingesessenen Pankower nur stören würden.

René Nehring.

THÜRINGEN

Der Sündenfall von Erfurt

Die Anbändelei mit der Linkspartei stürzt nicht nur die thüringische CDU in die Krise. Es zeigt sich: Das alte Parteiengefüge funktioniert nicht mehr

VON HANS HECKEL

Eine wie auch immer genannte Zusammenarbeit der CDU mit der Linkspartei in Thüringen wäre „ein schwerer Tabubruch, egal mit welchen komischen Begriffen das bemäntelt wird“, warnte der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, noch am Montag in der „Bild“-Zeitung. Doch da war es schon passiert. Hinter den Nebelschwaden „komischer Begriffe“ wie „Projektregierung“ zeichnen sich tatsächlich Konturen einer Kooperation von Schwarz und Dunkelrot in Thüringen ab. Die „Bemäntelung“ wird der CDU tatsächlich nichts nützen. Die Wähler sind nicht dumm.

Wie es aussieht, will sich die CDU in die Rolle einer handzahmen Schein-Opposition fügen, welche einer von den Thüringern krachend abgewählten Rot-Rot-Grün-Regierung das Verbleiben an der Macht ermöglicht. Die Mehrheit der Wähler im Freistaat muss sich fragen, was ihre Entscheidung an der Urne eigentlich noch wert ist. Und die Mitglieder und Anhänger der CDU stehen vor dem Rätsel, wofür ihre Partei eintritt, wofür sie überhaupt da ist und welche Rolle sie im parteipolitischen Gefüge der Republik spielen möchte.

Rein parteitaktisch hat nur die AfD Grund zur ausgelassenen Freude. All ihre Vorwürfe und Verdächtigungen gegen die „Altparteien“ scheinen sich in Thüringen zu bestätigen: Dass die Etablierten nur zum Schein wirklich unterschiedliche, ja gegensätzliche Positionen einnähmen, um dem Bürger Vielfalt vorzugaukeln. Dass sie in Wahrheit aber ein „Kartell“ bildeten, in dem jeder mit jedem kungelt, um die Opposition draußen zu halten. Dass die herkömmlichen Parteien ihre treuen Wähler längst verraten und vergessen hätten.

Die treuen Wähler – bei der CDU waren das über Jahrzehnte die Konservativen, denen angesichts der Entwicklung in Thüringen der Atem stocken muss. Dieser Schock kann und wird nicht ohne Auswirkungen bleiben, sowohl was die innere Verfasstheit der CDU angeht als auch das gesamte Parteiensystem. Für viele Unionsanhänger, möglicherweise allzu viele, dürfte mit der schwarz-dunkelroten Anbändelei von Erfurt eine Linie übertreten worden sein, über die sie der Union nicht mehr folgen wollen.

Welche konkreten Folgen dieser Bruch zeitigen wird, lässt sich noch nicht absehen. Der Blick in andere europäische Länder aber lässt Ahnungen zu. Etwa Italien, wo die Christdemokraten in der Bedeutungslosigkeit verschwanden, nachdem sie ihre inhaltlichen Konturen zugunsten reiner Machtspiele bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt hatten.

Den etablierten Parteien und einer Übermacht von Medien ist es bislang gelungen, die Erosion in Richtung AfD einzuhegen, indem sie einen Damm aus Abgrenzung und Verdammung gegen die neue Formation errichtet haben. Der Damm hält bislang einigermaßen: Die Alternative für Deutschland steht wie festgenagelt auf bundesweiten Umfrageresultaten zwischen 13 und 15 Prozent.

Doch vor diesem Damm wächst die Schar der neuen Heimatlosen, die sich mit der AfD (noch?) nicht anfreunden wollen, die von ihren bisherigen Parteien aber restlos enttäuscht sind. Hier entsteht abermals etwas, das die Wissenschaftler „Repräsentationslücke“ nennen. Ein Heer von durchaus Wahlwilligen, die sich von keiner Partei mehr vertreten fühlen. Eine solche Lücke hat 2013 zur Gründung und später zum Aufstieg der AfD geführt. Es ist kaum abzuschätzen, wohin sich dieses erneut anwachsende Wählerpotenzial diesmal bewegt.

Will die AfD diese Menschen über den Damm ziehen, muss die Partei indes noch sehr hart an sich arbeiten. Wollen CDU und SPD diese verlorenen Wähler zurückgewinnen, wäre eine schonungslose Aufarbeitung der Irrwege der vergangenen Jahre unumgänglich. Fraglich ist aber, ob bei Schwarz und Rot der Wille, die Kraft und auch das geeignete Personal noch vorhanden sind, um diesen selbstkritischen Kraftakt zu vollführen. Wolfgang Steigers Appell jedenfalls verhallte faktisch ergebnislos.

IN DIESER AUSGABE

Politik
In Baden-Württemberg hat der Verwaltungsgerichtshof zwei Windparks gestoppt
Seite 4

Kultur
Eine Ausstellung über die Aktivitäten des Deutschen Ordens im Südwesten
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
In Königsberg wachsen immer mehr Hochhäuser in den Himmel
Seite 13

Lebensart
Wie Kinder Tieren vorlesen – und alle Beteiligten davon profitieren
Seite 21

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite preussische-allgemeine.de

4 191814 302902 03

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

20 Jahre Wladimir Putin Seitdem der russische Präsident die Führung Russlands von seinem kranken wie amtsmüden Vorgänger Boris Jelzin übernahm, ist er nicht mehr wegzudenken

Der Mann aus St. Petersburg

Schlaglichter der wechselvollen Ära

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Jelzins überraschende Machtübergabe: So wie für viele Beobachter im Westen, war 1999 der St. Petersburger Wladimir Putin damals auch den meisten Russen noch unbekannt *Foto: pa*

Kinder spielen in einem ausgebrannten Buswrack; von den Häusern blättert der Putz; Menschen mit leerem Blick stehen für Lebensmittel an; der Rubel verfällt zusehends. Die Kriminalität, vor allem in den Metropolen Moskau und St. Petersburg, wächst. Banken schießen wie Pilze aus dem Boden und gehen ebenso schnell wieder pleite. Die Bürger müssen immense Verluste verkraften. So sah Russland vor Waldimir Putin aus. Heute gibt es in den Städten gefüllte Läden, ausgebaute Straßen, die sozialistischen Plattenbauten wurden mit Staatszuschüssen restauriert, und der Großteil der Russen hat sich an ein Leben im Wohlstand gewöhnt.

Als Wladimir Putin an Silvester 1999 die Führung Russlands aus der Hand des amtsmüden Boris Jelzin übernahm, stand das Land wirtschaftlich vor einem Trümmerhaufen. Jelzin, der als Radikalreformer angetreten war, übergab einen ohnmächtigen Pleitestaat, dessen Macht in den Händen von Oligarchen lag. Der damals noch unbekannte Putin zeigte Entschlossenheit, indem er mit dem zweiten Tschetschenienkrieg den Aufstand in Dagestan niederschlug. Dieser Sieg wirkte sich positiv auf das Selbstwertgefühl der Bürger aus und machte Putin populär. Der Ex-KGB-Mann brach mit allen bisherigen Standards. Er schuf ein stabiles makroökonomisches Umfeld. In den Großstädten entstanden neue Arbeitsplätze, die Bevölkerung konnte das eigene Leben wieder verlässlich planen, und auch die Kriminalität ging zurück. Der St. Petersburger verkörperte das Gegenteil seines Vorgängers. Er galt als junger, gebildeter Ex-Offizier, dem man einen Reformschub zutraute.

Ölboom trug zum Erfolg bei

Wesentlich zu Putins Erfolg hat allerdings der beginnende Ölboom beigetragen. Der steigende Barrelpreis für Rohöl in den 2000er Jahren ermöglichte das Entstehen einer Mittelklasse in Russland. Die Wirtschaft prosperierte. Den Oligarchen sagte Putin den Kampf an, wobei der Fall des ehemaligen Jukos-Chefs Michail Chodorkowskij, dessen politische Ambitionen mit seiner Verhaftung und einer langjährigen Gefängnisstrafe beantwortet wurden, für erste Verstimmungen mit dem Westen sorgte. Unter Putin begann zunächst eine Liberalisierung der Wirtschaft, während der regierungstreue Oligarchen neben Beamten, Geschäftsleuten und Hochschulen den Ausbau der Wirtschaft mittrugen.

FOTO: IMAGO/ITAR TASS

Moskau im August 2019: Aufgebrachte Wähler demonstrieren für faire Wahlen, nachdem mehrere Kandidaten der Opposition ausgeschlossen worden waren

Putins Verhältnis zum Westen verschlechterte sich angesichts der NATO-Osterweiterung. Russland fühlte sich vom Westen betrogen. Der Kampf um Einflussnahme im Osten gipfelte im Krim-Anschluss und der Ukrainekrise sowie im Eintritt Russlands in den Syrienkrieg.

Konfrontation mit dem Westen

Die Konfrontation mit dem Westen fiel mit einer allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der russischen Bevölkerung zusammen. Putins Regierung setzt auf eine repressive Gesetzgebung, um den eigenen Machterhalt zu sichern. Auch in seiner dritten Amtszeit setzt Putin auf Stärke. Außenpolitisch, indem er die militärische Macht Russlands demonstriert; innenpolitisch, indem er der Armut den Kampf angesagt hat. Er kündigte den wirtschaftlichen Durchbruch mit einem Programm nationaler Großprojekte an.

Während Putin im eigenen Land von der Mehrheit der Bürger immer noch als Garant für Sicherheit und Ordnung gesehen wird, verteufeln westliche Politiker ihn als Diktator, dem Militär, Geheimdienste, Kirche und systemtreue Oligarchen zur Seite stehen, um das eigene Volk zu unterdrücken und die Welt zu provozieren.

WOHLSTAND

Großprojekte gegen die Armut

Obwohl einige wenige Oligarchenfamilien und Politiker den Reichtum des Landes unter sich aufteilen, hat sich für den Großteil der Russen der Lebensstandard seit Putin deutlich verbessert.

Der Ölboom von 2003 bis 2014 spülte dem geschundenen Staat die nötigen Mittel für den wachsenden Wohlstand des Landes in die Kasse. Kostete ein Barrel zwischen 1986 und 1998 auf dem Weltmarkt noch durchschnittlich zehn bis 15 US-Dollar, verfielfachte sich der Preis zwischen 2000 und 2007 auf 90 Dollar. Dieser nicht vorauszusehende Reichtum erlaubte es Russland, seine Auslandsschulden vorzeitig zu tilgen. Putin konnte positiv agieren, indem ein Teil der Ressourcen in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes floss.

Einhergehend mit dem Kampf gegen korrupte Oligarchen sorgte der Präsident auch für eine bessere Steuermoral und führte einen staatlichen Rentenfonds ein. So sorgte er neben der Absicherung der Bürger dafür, dass der Staat seinen Verpflichtungen zur Schaffung einer kommunalen Infrastruktur nachkommen konnte. In den vergangen 20 Jahren erhöhte sich das Durchschnittseinkommen der Russen von 79 US-Dollar auf 726 im Monat, was im europäischen Vergleich immer noch sehr niedrig ist. Die weltweite Finanzkrise ab 2008 traf Russland besonders hart. Die Wirtschaft schrumpfte um acht Prozent (zum Vergleich: EU 3,5 Prozent). Nun rächte sich die Konzentration der Wirtschaft auf den Energiesektor. Die lange in Aussicht gestellte Diversifizierung der Wirtschaft zugunsten anderer Branchen war weitgehend ausgeblieben. In Russland fehlt ständig Geld für Investitionen. Stattdessen hortet der Staat im Nationalen Sicherungsfonds eine große Menge Gold.

Erst die Sanktionen des Westens haben zu einer Reaktivierung anderer Branchen, vor allem der Landwirtschaft, geführt. Putin rief Nationalprojekte wie den Autobahnbau ins Leben, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Regionen zu fördern. Sie sollen zum Steigen der Reallöhne der Bevölkerung beitragen. *MRK*

JUNGES RUSSLAND

Selbstbewusst und unerschrocken

Putins Regierung geht brutal gegen Oppositionelle vor – Demonstranten lassen sich davon nicht aufhalten

In der Bevölkerung brodelt es. Massenproteste in Moskau, St. Petersburg, Jekaterinburg und andernorts überschatten Putins aktuelle Amtszeit. Die Menschen sind mit vielem nicht einverstanden. Sie spüren den Rückgang ihres Lebensstandards und sehen die Regierung in der Verantwortung.

Laut einer gemeinsamen Umfrage des Carnegie- und des Levada-Zentrums sind 60 Prozent der Russen für einen radikalen Wechsel in der Politik. 38 Prozent wollen nicht, dass Putin noch eine weitere Regierungsperiode im Amt bleibt. Offiziell endet Putins Amtszeit 2024, doch es werden Gerüchte laut, dass sie vorzeitig enden könnte.

Vor allem junge Menschen wollen eine Änderung an der Machtspitze. Sie haben außer Putin keinen anderen Politiker an der Spitze erlebt, sehen aber, wie gut ihre Altersgenossen selbst in weniger reichen Staaten leben. Darum stellen sie selbstbewusst Fragen, verlangen Antworten und geben sich nicht mit Floskeln zufrieden. Ihre Informationsquelle ist das Internet. Den staatlich kontrollierten TV- und Radiosendern vertrauen sie nicht. Der Versuch, das Internet vollständig unter staatliche Kontrolle zu bringen, könnte sich für Putin als Bumerang erweisen.

Selbst russische Experten halten das System Putin nicht für so stabil wie es scheint. Sie werfen ihm eine ständige Verletzung der Verfassung vor wie die Beschneidung des Wahlrechts sowie Verstöße vonseiten der Polizei und des Geheimdiensts FSB.

Unter die Protestierer mischen sich aber auch Ältere, die neben sinkenden Einkommen konstante Probleme mit der Gesundheitsversorgung, dem Bildungswesen und der Umweltsituation beklagen. In den kommenden Jahren ist deshalb mit einer nervösen, aufgeheizten Atmosphäre zu rechnen, sollte es nicht gelingen, die Unzufriedenheit der Menschen auf Positives umzulenken.

Vertreter von Menschenrechtsorganisationen beklagen ein Klima der Angst in Russland. Seit Putins Amtsübernahme seien die staatlichen Institutionen und die unabhängigen Gerichte zerstört worden. Swetlana Gannuschkina arbeitet für das Moskauer Komitee für Zivile Unterstützung sowie im Vorstand der Menschenrechtsorganisation Memorial. Sie sagt: „Die Leute sind heute eher bereit, für ihre Rechte einzutreten und auf die Straße zu gehen."

> „Die Leute sind heute eher bereit, für ihre Rechte einzutreten und auf die Straße zu gehen"
>
> **Swetlana Gannuschkina**
> Mathematikerin und prominente Menschenrechtlerin

Kommunistenführer Gennadij Sjuganow spricht von einer Systemkrise. Er kritisiert die Verfolgung Oppositioneller. Bislang war die Linke in Russland zerstritten, doch angesichts des wachsenden administrativen Drucks gegen alles Oppositionelle gibt es neuerdings Einigungstendenzen. *MRK*

Der empfindsame Klassik-Titan

Ludwig van Beethoven war eine Art Rockstar seiner Zeit: schwierige Kindheit, rebellisches Künstlertum, provokantes Auftreten – dennoch wurde er von allen bejubelt. Gedanken zum Leben eines bis heute faszinierenden Nonkonformisten

VON CHRISTINE EICHEL

Wollte als erster Musikschaffender überhaupt ein der Literatur und Philosophie ebenbürtiges Werk hinterlassen: Ludwig van Beethoven Foto: imago images/Ikon images

Über Sinn und Unsinn großer Gedenkjahre mag man streiten. Im Falle Ludwig van Beethovens bietet der 250. Geburtstag jedoch eine Chance: Jenseits gängiger Denkmalspflege kann man einen Neuerer und Nonkonformisten entdecken, der eine nie dagewesene Freiheit für sich reklamierte, als Künstler, als Mensch, als Zoon politikon. Beethoven war das erste *Enfant terrible* der Musikgeschichte, das Zugang zu höchsten Kreisen hatte. Ein Mann, der Freund und Feind düpierte, der die richtigen Leute kannte und die falschen Frauen liebte. Wohltemperiert war so gar nichts an diesem Komponisten. Vielmehr gleicht sein Leben mancher Rockstarexistenz heutiger Zeit: schwierige Kindheit, rebellisches Künstlertum, provokatives Auftreten – dennoch rissen sich alle um ihn. Sogar sein trauriges Ende ähnelt dem mancher Rockstars; ein körperliches Wrack und der Alkoholsucht tief erlegen, starb Beethoven mit gerade einmal sechsundfünfzig Jahren.

Allerdings muss man die Quellen schon sehr genau studieren, um den Menschen Beethoven von den Schlacken des Denkmals zu befreien. Kaum jemand spricht heute über seine derben Scherze, sein notorisches Querulantentum oder über die Schlitzohrigkeit, mit der er manche Werke gleich mehrfach verkaufte. Wer weiß schon, dass er selig verzweifelte Liebesbriefe im Werther-Tonfall verfasste, aber nicht multiplizieren konnte? Dass er sich mit dem Hinduismus und der Überwindung jeglicher Leidenschaften beschäftigte, seine Köchin jedoch mit faulen Eiern bewarf?

Außenseiter in der Welt der Höfe

Ein Außenseiter war er von Anfang an. Früh fiel sein unbeherrschtes Wesen auf; die soziale Tugend der Höflichkeit blieb ihm weitgehend fremd. Sein eruptives Temperament und seine bizarren Launen eigneten sich wenig für die Sphäre adeliger Salons. Dennoch fand er genau hier sein Karrieresprungbrett, als er 1792 nach Wien übersiedelte. Beethoven brillierte mit Improvisationen, die alles Dagewesene übertrafen. Großzügig sah man über seine ruppigen Umgangsformen, sein verwahrlostes Äußeres hinweg. Innerhalb kurzer Zeit spielte sich der begnadete Pianist aus der rheinischen Provinz in die erlauchtesten Adelspaläste der Donaumetropole hoch.

Schon als Halbwüchsiger, der vom cholerischen, alkoholkranken Vater gewaltsam zum Wunderkind dressiert werden sollte, hatte er seine Gabe der freien Improvisation entdeckt. Dieses „Fantasieren“ wurde für den misshandelten Jungen zunächst ein Ventil für unterdrückte Emotionen, später war es sein Ticket zum Erfolg, als Pianist wie auch als Komponist. Vieles, was Beethovens Zeitgenossen irritierte und was uns noch heute elektrisiert – überraschende harmonische Wendungen, abrupte Tempowechsel, starke Kontrastwirkungen – hat seine Wurzeln in der ästhetischen Offenheit der Fantasie.

Oft waren die damaligen Instrumente Beethovens Ansturm gar nicht gewachsen; mal rissen Klaviersaiten, mal blieben Tasten hängen. Vor allem aber wusste er sein Publikum zu überwältigen. Zahlreiche zeitgenössische Berichte schildern Tränen, ja, Ohnmachten. Anders als noch Mozart, der stets darauf bedacht war, gefällig zu bleiben, beendete Beethoven die Musik des Divertissements und machte sie zum kraftvollen Statement: Ich bin es, der aus dieser Musik spricht! Dafür brach er Regeln, falls nötig, und verwandelte Musik in ein hochemotionales, tief berührendes Ereignis.

Eine weitere Neuerung betraf seine gesellschaftliche Stellung. Zu Beethovens Zeit rangierte ein Kapellmeister bei Hofe lediglich auf der Hierarchiestufe des Küchenchefs. Auch Komponisten galten als bloße Handwerker und Dienstleister. Doch Beethoven trieb ein Sendungsbewusstsein. Als Anhänger der Aufklärung und der Französischen Revolution fühlte er sich berufen, die Menschen qua Musik vom Elend zu erlösen. Der hochgebildete und äußerst belesene Komponist setzte der gesellschaftlichen Elite seiner Zeit die Kategorie des Geistesadels entgegen. Dieser Anspruch kollidierte notwendigerweise mit der Tatsache, dass er lebenslang von adeligen Gönnern abhängig blieb. So kam es zu manchem Eklat.

Im Klinsch mit seinen Gönnern

Berühmt wurde Beethovens Ausruf: „Für solche Schweine spiele ich nicht!“, als ein junger Adeliger während seiner musikalischen Darbietung geplaudert hatte, statt stumm zu lauschen. Einen veritablen Skandal beschwor Beethoven dann herauf, als er sich mit seinem wichtigsten Mäzen, dem Fürsten Lichnowsky anlegte. Nach einem Dinner verlangte der Fürst ein Ständchen für seine Gäste, Beethoven weigerte sich demonstrativ. Daraufhin ließ der Fürst die Fäuste sprechen. Eine Verfolgungsjagd durchs Schloss begann, an deren Ende Beethoven einen Stuhl hochriss, um ihn auf dem fürstlichen Schädel zu zertrümmern. Nur durch das beherzte Eingreifen eines befreundeten Grafen wurde das Schlimmste verhindert. Reue? Keine Spur. Anschließend ließ Beethoven seinen Gönner schriftlich wissen: „Fürst! Was Sie sind, sind Sie durch Zufall und Geburt. Fürsten wird es noch Tausende geben, aber einen Beethoven gibt es nur einmal!“

Sein Schaffen steht im Zeichen solcher Zerreißproben. Sowohl das Titanische als auch das Empfindsame spielen dabei ihre widerstreitend zusammengehörigen Rollen. So wie er das Ende des Feudalismus herbeisehnte, in Notzeiten jedoch immer wieder Bittbriefe und Ergebenheitsadressen an seine adeligen Mäzene richten musste, war er auch innerlich zerrissen. Auf der einen Seite Selbstzweifel, familiäre Querelen, scheiternde Beziehungen, körperliche und seelische Labilität. Auf der anderen Seite hohe Selbstansprüche, Kampfgeist, Eigensinn und die Überzeugung, ein Erwählter, ein Berufener zu sein.

Die Konflikte Beethovens rühren nicht allein aus persönlichen Dilemmata her. In politischen und gesellschaftlichen Umbruchzeiten sind Künstler Seismographen, die Widersprüche in besonderer Intensität erleben und verarbeiten, auch was die Selbstverortung betrifft. Er betrachtete sich bereits als *Citoyen*, nicht mehr als Untertan. Ungerührt vom Spitzelwesen der Metternich-Ära äußerte er offene Kritik am Kaisertum. Diese Einlassungen führten unter anderem dazu, dass man ihm eine staatliche Leibrente verweigerte, für die sich sein Konkurrent Rossini bei Metternich persönlich eingesetzt hatte.

Musik als göttliches Ereignis

Beethoven nahm es achselzuckend zur Kenntnis, sah er sich doch als *Deus ex musica*. Kunst und Wissenschaft, so seine Überzeugung, erhöhten den Menschen „bis zur Gottheit.“ Diese von der Genieästhetik beeinflusste Vorstellung des Schöpferischen lud auch die Musik mit neuer Bedeutung auf. Für Beethoven war sie keine akustische Möblierung mehr, keine Gebrauchsmusik, geschrieben fürs höfische Plaisir, um danach dem Vergessen anheim gegeben zu werden. Er operierte mit ganz anderen Kategorien: Idee, Gedanke, Gehalt. Deshalb wollte er auch nicht mehr „Ton-Setzer“ genannt werden,

> Ein Mann, der Freund und Feind düpierte, der die richtigen Leute kannte und die falschen Frauen liebte

ein Synonym für solides kompositorisches Handwerk, sondern bildete den Neologismus „Ton-Künstler“. Ihn befeuerte der Anspruch, als erster Musikschaffender überhaupt ein der Literatur und Philosophie ebenbürtiges Werk zu hinterlassen.

Ob auch alle seine Musik goutierten, kümmerte ihn daher kaum. Die Debatten, die er auslöste, nahmen eine Frage vorweg, die wir eher aus der Moderne kennen: Ist das noch Musik? Schaudernd wandte sich Berlioz von der Eroica ab, die er „haarsträubend“ nannte, einen „furchtbaren Krach.“ Heine sprach von einer „Vernichtung der Natur“. Und als der junge Mendelssohn-Bartholdy dem Geheimen Rat von Goethe eine Klavierfassung der Fünften Symphonie vorspielte, entfuhr dem Dichter der halb begeisterte, halb erschrockene Ausruf: „Man möchte sich fürchten, das Haus fiele ein!“

Andauernde Faszination

Gerade das Unangepasste Beethovens, seine radikale Subjektivität und seine Kompromisslosigkeit, faszinieren bis heute. Zwar würde sich kaum noch jemand weinend zu Boden werfen, wie 1845 anlässlich des großen Beethovenfestes, das Robert Schumann und Franz Liszt organisierten. Doch jenseits kultischer Verehrung lohnt es, seine Musik wieder neu zu hören. Als berührendes, zuweilen erschütterndes Ereignis, als reflektierten, oft hart erkämpften Wohlklang; als kühn kalkulierte Dissonanz, Befreiungsschlag, politisches Statement, nicht zuletzt als Zeugnis eines umwerfenden Sinns für Humor.

Buch-Tipp

Christine Eichel
Der empfindsame Titan. Ludwig van Beethoven im Spiegel seiner wichtigsten Werke
Blessing Verlag, München 2019, 432 Seiten, 22 Euro

● **Dr. Christine Eichel** war von 2004 an Leiterin des Ressorts „Salon“ beim Magazin „Cicero“ und von Mai 2010 bis September 2011 Leiterin des Kulturressorts des „Focus“. **https://christine-eichel.de/**

MELDUNGEN

Weidel als Kompromiss?

Pforzheim – Am 15. und 16. Februar soll ein Sonderparteitag die Probleme der baden-württembergischen AfD lösen. Bei dem Delegiertentreffen in Pforzheim dürfte es zu einem erbitterten Ringen um die Führung des drittgrößten Landesverbandes kommen, der derzeit von dem liberal-konservativen Landtagsabgeordneten Bernd Gögel und dem „Flügel"-nahen Bundestagsabgeordneten Dirk Spaniel in einer Doppelspitze geleitet wird. Beide Gruppen befinden sich seit Monaten in einem internen Grabenkrieg, der den Verband an den Rand der Handlungsfähigkeit manövriert hat. Der Bundesvorstand hält die Lage auch im Hinblick auf die Landtagswahlen 2021 für so prekär, dass in Erwägung gezogen wird, die Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Parteichefin Alice Weidel ins Rennen zu schicken. Es müssten Gräben zugeschüttet und Einigkeit hergestellt werden. Sie wolle sich deshalb in den Dienst der Landes-AfD stellen, wenn keine andere tragfähige Lösung gefunden werde, erklärte Weidel. *P.E.*

Krippenfiguren entwendet

Berlin – Ein sogenanntes Künstlerkollektiv mit dem Namen „Ausgegrenzt – Dreikönige vor den Toren Europas" hat kurz vor dem Dreikönigstag am 6. Januar aus Kirchen zeitweilig Krippenfiguren entwendet. Bei ihrer Aktion „zwei_fehlen" entfernte die Gruppe bundesweit in rund 15 katholischen und evangelischen Gemeinden jeweils zwei Figuren der Heiligen Drei Könige. In den Kirchen hinterließen die Aktivisten Schreiben, in denen sie zusicherten, alle Figuren nach dem Dreikönigstag unversehrt zurückzubringen. Nach Angaben der Gruppe sollte die Aktion auf die „gravierende humanitäre Notlage in den Flüchtlingslagern an den europäischen Außengrenzen und innerhalb Europas" aufmerksam machen und zu einem entschiedenen Eintreten für „Solidarität und gegen Entrechtung von Geflüchteten" ermutigen. Laut einem Sprecher der Gruppe sind die Reaktionen in den betroffenen Kirchengemeinden überwiegend positiv gewesen. *N.H.*

GEZ: Sabotage erfolgreich?

Köln – Der Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandfunk (früher GEZ) hat mitgeteilt, dass es durch ein „erhöhtes Vorgangsaufkommen" zu Verzögerungen bei Antworten auf Kundenanfragen kommen könne. GEZ-Gegner werten die Meldung als Erfolg ihrer Sabotage-Aktionen. Die Beitragskritiker fordern Bürger auf, ihre Lastschrift-Ermächtigungen zu widerrufen und stattdessen bar zu zahlen, „aus Versehen" jeweils etwas zu wenig Geld zu überweisen oder Anfragen an den Service zu senden nach dem Umgang der Anstalt mit den persönlichen Daten des Kunden. All dies löse beim Beitragsservice erheblichen bürokratischen Aufwand aus. Ziel der Saboteure ist es, die ehemalige GEZ in den Kollaps zu treiben, um damit das System der Zwangsbeiträge für die öffentlich-rechtlichen Sender insgesamt zu Fall zu bringen. *H.H.*

In der Gemeinde Philippsburg erheben sich Kühltürme hinter dem Kirchturm: Die Kernkraftwerke Philippsburg I und II wurden vollständig vom Netz genommen *Foto: pa*

ENERGIEWENDE

Musterländle droht Versorgungslücke

Verwaltungsgerichtshof zu Mannheim stellt Rechtmäßigkeit von Windkraftanlagen in Frage

VON FLORIAN STUMFALL

Auch wenn sie es noch nicht auf die ersten Seiten der Tageszeitungen oder in die Abendnachrichten des Fernsehens bringen, sind doch die Folgen der völlig unbedachten hektischen und dabei rechtswidrigen Energiewende mehr und mehr zu sehen. Ein schönes Beispiel bietet das grün-schwarz regierte Bundesland Baden-Württemberg. Als Morgengabe für das neue Jahr an die Landesregierung hat der Verwaltungsgerichtshof (VGH) zu Mannheim für Recht erklärt, dass der Bau zweier Windparks eingestellt werden muss.

Verheerende Begründung

Zur Begründung führt das Gericht an, dass wahrscheinlich sämtliche Genehmigungen für die Windräder des Landes rechtswidrig zustande gekommen sind. Wenn sich das Bauverbot zunächst nur auf die Anlagen „Blumberg" und „Länge" erstreckt, so sind doch grundsätzlich alle Windräder betroffen. Denn das Gericht mahnt an, dass die verwaltungsrechtlichen Vorgaben der Landesregierung zu den Genehmigungsverfahren und im Besonderen zur Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Willensbildung im Wesentlichen alle gegen das Gesetz verstoßen. Diese Feststellung des Zehnten Senats des VGH ist viel grundsätzlicher und führt viel weiter als das Bauverbot für jene zwei Anlagen.

Folgen über das Bundesland hinaus

Der Karlsruher Fachanwalt für Verwaltungsrecht Rico Faller fasst zusammen: „Die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen sind rechtswidrig, weil eine Öffentlichkeitsbeteiligung hätte erfolgen müssen… Die Waldumwandlungsgenehmigung ist rechtswidrig, weil diese von einer unzuständigen Behörde nicht im richtigen Genehmigungsverfahren und ohne die hierfür erforderliche Rechtsgrundlage erteilt wurde."

Das kommt einem technischen Knockout für die Landesregierung gleich. Umso aufmerksamer wird man im Nachbarbundesland Bayern diesen Vorgang beobachten, wo CSU-Ministerpräsident Markus Söder angekündigt hat, in den Staatsforsten würden 100 Windräder entstehen. Auch wenn man in München nicht alle juristisch-handwerklichen Fehler wiederholen muss, die in Stuttgart gemacht wurden, so wird sich doch auch an der Isar das Gefühl breitmachen, man bewege sich mit dem Vorhaben „Windrad gegen Wald" auf sehr dünnem Eis.

Dass ein Ereignis wie dieses höchstrichterliche Urteil immer zur Unzeit eintritt, ist für den grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und seine Regierung ein schwacher Trost, denn es kommt noch schlimmer und abermals selbstverschuldet. Mit dem Jahreswechsel nämlich wurde auch der zweite Block des Kernkraftwerkes Philippsburg II abgeschaltet. Dieses aber lieferte zusammen mit dem vorerst verbleibenden Kernkraftwerk Neckarwestheim II rund 30 Prozent des ganzen Stroms für Baden-Württemberg. Jetzt fällt davon die Hälfte weg, das heißt, 15 Prozent des Gesamtaufkommens.

> Verschärfend wirkt die Abschaltung des zweiten Blocks des Kernkraftwerkes Philippsburg II zum Jahreswechsel

Ausland springt nicht immer ein

Mit einer für einen Grünen seltenen Klarheit des Denkens stellt Umweltminister Franz Untersteller fest: „Das müssen wir ersetzen!" Wie wahr! Nur: Wie soll das geschehen? Eine Windanlage liefert pro beanspruchtem Quadratmeter Fläche etwas über 40 Energieeinheiten Strom, ein Kernkraftwerk weit über 300 000. Da wird es schwierig, mit ein paar Windmühlen die Lücke zu schließen, selbst wenn man dazu eine ordentliche Baugenehmigung hätte.

Im vergangenen Jahr mussten in Deutschland bereits wiederholt Aluminiumwerke vorübergehend abgeschaltet werden. Sie brauchen so viel Strom, dass die Versorgung insgesamt in Gefahr geraten war. Auch der Rückgriff auf Strom aus dem Ausland bietet keine Sicherheit. Auch in Frankreich wird der Strom immer häufiger knapp.

STRATEGISCHES WAGNIS

Lindner will die Arbeiter zur FDP locken

Der Chef-Liberale setzt auf Facharbeiter und Angestellte, die früher SPD gewählt haben

Die FDP hat es nicht leicht: Im Reichstag fällt sie zwischen AfD und Grünen kaum auf. Und aufgrund der Schwäche der Union fehlt ihr eine realistische Machtoption, nachdem der Partei- und Fraktionsvorsitzende Christian Lindner die Teilnahme an einem Jamaika-Bündnis abgelehnt hatte.

So war der Ober-Liberale froh, dass er anlässlich des traditionellen Dreikönigstreffens einen personellen Joker ziehen konnte. Florian Gerster, ehemaliger Bundestagsabgeordneter, einst Sozialminister in Rheinland-Pfalz und bis vor Kurzem SPD-Mitglied, ist zur FDP übergetreten. Mit diesem Neuzugang, der seiner ehemaligen Partei bescheinigte, „auf dem Weg zu einer Sekte zu sein", will Lindner die FDP als moderne Arbeiterpartei positionieren.

Mit ihrem Linkskurs wende sich die SPD gegen Facharbeiter und Angestellte, für die Leistungsgerechtigkeit und Aufstiegschancen wichtige Werte sind. Die „neue" SPD lasse die arbeitende Mitte im Regen stehen, kreise zu sehr um die Ränder der Gesellschaft. Die Heimatlosen sollen der FDP nun zu neuer Größe verhelfen. „Damit enttäuschte SPD-Wähler nicht zur AfD wechseln, werden wir vor dem nächsten Tag der Arbeit vor die Werkstore gehen, um die Arbeiter zu überzeugen", sagte Lindner. Auch kleinere Gewerbetreibende hätten ein Interesse an weniger staatlicher Gängelung, und in Zeiten der Klima-Debatte würden sich gerade Klein-Verdiener Gedanken machen, ob sie sich in Zukunft ein Auto leisten können.

Der Spagat Lindners ist gewagt. Nachvollziehbar scheint, dass er die Ex-SPD-Anhänger auf dem Weg zur AfD abfangen will. Demgegenüber stehen aber auch die Jungen Liberalen, die auf „Klimaschutz" setzen, um mit den Grünen zu konkurrieren. Generalsekretärin Linda Teuteberg ist bemüht, einen Linksruck der Partei zu verhindern und kritisierte SPD, Linkspartei und Grüne wegen ihrer Forderungen nach Enteignungen und scharfen staatlichen Regulierungen des Wohnungsmarkts. „Wir erleben eine ernste Kampfansage an die soziale Marktwirtschaft."

Auffallend ist die dünne Debattenkultur in der Partei. Die Wunden, die sich die FDP während ihrer letzten Regierungsbeteiligung selbst zufügte, als sie sich öffentlich zerlegte und schließlich 2013 aus dem Bundestag flog, sind noch tief. So bleibt es Exoten, wie dem Publizisten Rainer Zitelmann, ehemaliger Wortführer der Nationalliberalen und heute erfolgreicher Buchautor zum Thema Kapitalismus, vorbehalten, eine Lanze für den liberalen Markenkern zu brechen. Die FDP müsse die Partei derer sein, die einzahlen und nicht derer, die ausgezahlt bekommen. *Peter Entinger*

POTSDAMER GARNISONKIRCHE

CDU will auch das Kirchenschiff

Petitionen gegen den Wiederaufbau erlangen kaum Resonanz

VON NORMAN HANERT

Von massiven Störungen begleitet: Baustart der Garnisonkirche am 29. Oktober 2017 *Foto: imago/Martin Müller*

Beim Amtsgericht Potsdam musste ein Prozess gegen einen Gegner des Wiederaufbaus der Garnisonkirche kurzfristig auf einen Termin im März verschoben werden. Verhandelt werden sollte am 7. Januar der Fall eines Potsdamers, der im Oktober 2017 den Gottesdienst zum Baustart für den Kirchturm zunächst massiv verbal gestört haben soll. Anschließend soll der Mann einen Polizisten getreten haben, um sich seiner Festnahme zu entziehen. Nach Angaben des Gerichts wird dem 34-Jährigen Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen.

Zur Verschiebung des Prozesstermins erklärte ein Gerichtssprecher, die Verteidigung habe kurzfristig angekündigt, weitere Zeugen hören zu wollen. Am 29. Oktober 2017 hatten rund 75 Personen versucht, den Gottesdienst zum Baustart zu stören. Nach Angaben der Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche ist für den 23. April ein weiteres Verfahren gegen drei weitere Gegner der Garnisonkirche angesetzt. Dabei reichen die Vorwürfe von der Störung der Religionsausübung bis hin zu Hausfriedensbruch und Körperverletzung.

Das Potsdamer Gericht wird sich bei den kommenden Verhandlungen auf ein erhebliches Interesse der Öffentlichkeit einrichten müssen. Bereits beim verschobenen Prozesstermin hatte sich gezeigt, dass erheblich mehr Prozessbeobachter erschienen waren, als der Gerichtssaal überhaupt aufnehmen konnte.

Nur 1300 Unterstützer

Auf nur geringe Resonanz sind dagegen bislang zwei Petitionen gegen die Garnisonkirche gestoßen, die schon vor einigen Monaten veröffentlicht wurden. Bereits seit dem vergangenen August wirbt ein offener Brief für einen „Bruch mit den rechtslastigen und militaristischen Traditionen der Garnisonkirche“ im Internet um Unterstützer. Diese Petition haben bislang aber nur etwa 1300 Personen unterzeichnet. Eine weitere Petition mit dem Titel „Keine Steuergelder für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche“ hat nach sieben Monaten bislang auch nur etwa 1200 Unterstützer gefunden.

Mit einem Antrag an das Stadtparlament hat die Potsdamer CDU unterdessen einen Vorstoß unternommen, der in Richtung Komplettaufbau der Garnisonkirche geht. Bislang ist nur die Wiedererrichtung des Turms in trockenen Tüchern. In dem Antrag heißt es, die neue Kirche solle „zu einer Bürgerkirche, zu einem Ort der Friedens- und Versöhnungsarbeit, der Bildung sowie der Information für alle Menschen werden“. Das Stadtparlament soll am 29. Januar über den Antrag der CDU abstimmen.

Potsdams Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) hatte bereits zum Jahresanfang davon gesprochen, dass noch in der ersten Jahreshälfte geklärt werden müsse, ob zusätzlich zum Turm ein weiterer Gebäudeteil entstehen solle. Dass diese Frage in Potsdam nun so schnell auf der politischen Tagesordnung gelandet ist, hat nicht zuletzt mit der Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundestags im vergangenen November zu tun.

Fördermittel deutlich aufgestockt

Der Ausschuss hatte die Fördermittel für den Wiederaufbau des Kirchturms von zwölf auf 18 Millionen Euro aufgestockt. Überraschend beschloss der Haushaltsausschuss überdies eine sogenannte Verpflichtungsermächtigung. Mit dieser Ermächtigung sollen ab 2021 nochmals bis zu 2,25 Millionen Euro für das Wiederaufbauvorhaben zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Sitzung des Bundestagshaushaltsausschusses wurde zudem ein Vorschlag eingebracht, auch Geld für eine Machbarkeitsstudie für den Bereich des früheren Kirchenschiffs bereitzustellen.

Für das Gelände wurden mittlerweile mehrere Vorschläge gemacht, die sich zum Teil extrem unterscheiden: Die Bandbreite geht von einer möglichst originalgetreuen Rekonstruktion des Kirchenschiffs bis hin zur Errichtung eines „Mahn- und Gedenkorts“ für die „Opfervölker des preußisch-deutschen Militarismus“. Oberbürgermeister Schubert wirbt wiederum dafür, auf dem Areal ein „Demokratie- und Jugendzentrum“ zu errichten.

NATURSCHUTZ

Windkraftschäden werden ignoriert

Brandenburger Initiative gegen Insektensterben prangert nur Pestizide an

Demnächst werden Vertreter der Brandenburger Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern!“ im Potsdamer Landtag rund 68000 Unterschriften übergeben. Nach dem Vorbild des Volksbegehrens zum Schutz der Artenvielfalt in Bayern hatten die Naturschutzverbände auch in Brandenburg im April 2019 eine entsprechende Initiative ins Leben gerufen. Damit ihre Forderungen im Landtag erörtert werden, mussten innerhalb eines Jahres mindestens 20000 Unterschriften gesammelt werden.

Mit der Aktion wollen die Verbände erreichen, dass die Landwirtschaft umweltverträglicher gestaltet und der Einsatz von Pestiziden in Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten (Flora-Fauna-Habitat-Schutzgebiete) grundsätzlich untersagt wird. Die wichtigsten Anliegen der Volksinitiative sollen in Gesetzesvorschläge einfließen, um Rahmenbedingungen für den Schutz der Artenvielfalt und den Insektenschutz zu schaffen. Bereits im August wurden die Kernforderungen der Brandenburger Volksinitiative in das vom Bundeskabinett beschlossene nationale „Aktionsprogramm Insektenschutz“ aufgenommen.

Disput mit Landnutzern

Ursprünglich wollten sich auch die Landnutzerverbände der Initiative anschließen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch wegen der unterschiedlichen Standpunkte zu den Pflanzenschutzverboten. Im Rahmen einer eigenen Initiative namens „Mehr als nur ein Summen“ sammelte ein Landnutzer-Bündnis daraufhin 24000 Unterschriften, die bereits Mitte November überreicht wurden. Bei den anstehenden Parlamentsentscheidungen zum Insektenschutz wollen die Landnutzer einen Kompromiss erreichen. Partner und Unterstützer der Initiative war der Landesbauernverband Brandenburg.

Unterdessen bestätigte ein im Oktober im Fachmagazin „Nature“ veröffentlichter Artikel den für ganz Deutschland vermuteten dramatischen Rückgang der Insekten innerhalb von zehn Jahren. Forscher der Technischen Universität München hatten Daten von 290 Standorten in drei Regionen Deutschlands ausgewertet.

Eine davon war die Schorfheide im Brandenburger Landkreis Barnim. Als Hauptursachen für den alle Landschaften betreffenden Insektenschwund werden die Lichtverschmutzung und der nach wie vor hohe Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft genannt.

Brisante Studie bleibt unerwähnt

Die Studie verweist auf die Dringlichkeit genauer Ursachenforschung. Dabei fällt auf, dass weder die Brandenburger noch die Münchener Forscher die Windkraft als einen wahrscheinlich wesentlichen Faktor für das Insektensterben anführen. Dies, obwohl sich eine auffällige Abnahme solcher Insektenarten gezeigt hat, die in Höhen von 20 bis 220 Meter weite Strecken zurücklegen, also auch in den Höhenlagen der Windturbinen.

Auf dem Weg zu ihren Brutplätzen lassen sie sich vom Wind tragen und kollidieren dabei im Sommerhalbjahr täglich zu Milliarden mit den Windrädern oder verenden infolge der Turbulenzen. Dies hatte eine im März 2019 veröffentlichte Studie des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums (DLR) über den Insektenschlag durch Windturbinen ergeben.

Die Studie betont, dass bei einer so hohen Ausbaustufe der Windkraft wie in Deutschland keine Aussicht auf eine Erholung der Insektenbestände bestehe. Die alarmierenden Ergebnisse der DLR-Studie wurden umgehend von Kommentatoren aus Politik und Medien relativiert und gerieten anschließend schnell in Vergessenheit. *Dagmar Jestrzemski*

KOLUMNE

Schutz für illegale Aktion

VON VERA LENGSFELD

Im rot-rot-grün regierten Berlin werden in der nach oben offenen Peinlichkeitsskala immer neue Höhen erklommen.

Stellen Sie sich einen Augenblick vor, nicht Philipp Ruch, sondern Björn Höcke wäre mit seinen Mannen ausgeschwärmt und hätte in Vernichtungslagern und Massen-Hinrichtungsstätten Asche und Knochensplitter aus den Gräbern entnommen, sie in Glaswürfel gepresst und für 50 Euro an seine Anhänger vertickt. Höcke und seine Mannen hätten auf dem Gelände der Kroll-Oper eine Säule mit dieser Asche im Inneren errichtet und das Kunst genannt. Der Aufschrei von Politik und Medien wäre welterschütternd gewesen. Die Säule wäre umgehend entfernt, die Glaswürfel beschlagnahmt, Polizei und Staatsanwaltschaft in Marsch gesetzt worden. Die Forderung nach Höchststrafe wäre laut geworden.

Aber es waren ja die sogenannten „Künstler“ vom Zentrum für politische Schandtaten, die auf die schamlose Idee gekommen sind, die Totenruhe der von ihren Großvätern Ermordeten zu stören und deren Asche für ihre politische Propaganda zu missbrauchen. Zwar gab es heftige Gegenreaktionen – die Ruch-Truppe musste sich entschuldigen, die Asche aus der Säule Rabbinern übergeben – aber von wirklicher Einsicht oder gar Reue keine Spur. Ohne Genehmigung wurde die Säule einbetoniert, eine Aufforderung der Behörden, bis zum 20. Dezember die Installation zu entfernen, missachtet.

Weil die Behörden in Berlin nicht mehr willens sind, ihre Anweisungen durchzusetzen, schritt der Enkel eines in Auschwitz ermordeten Juden, Eliyah Havemann, zur Tat. Er gründete ein Aktionskünstler-Komitee und schritt zur Demontage der Säule. Leider kam er nicht weit. Ruch rief die Polizei, die tatsächlich herbeieilte, um seine illegale Installation zu schützen. Sie steht weiter als Symbol für zementiertes Unrecht in Berlin.

MELDUNG

Linke haben neues Feindbild

Berlin – Berlins linke Szene hat ein neues Feindbild: die öffentlichen Verkehrsbetriebe. Einen Vorfall, bei dem private Fahrkartenkontrolleure Schwarzfahrer verprügelten und das fällige Bußgeld in die eigene Tasche steckten, nutzt die linksextreme Szene, um das Schwarzfahren zu etablieren. In Friedrichshain-Kreuzberg wurden an Bushaltestellen Plakate mit der Aufschrift „Weil wir euch hassen“ gesehen. Nun kam es zu einem Übergriff auf Kontrolleure. Das linke Internetportal „Indymedia“ feixt: „Am 27. April wurden 5 Personen in Kreuzberg festgenommen, nachdem drei Kontrolleure der BVG lernen mussten, dass ihr Handeln nicht immer ohne Konsequenzen bleibt. Sie hatten im Bus der Linie M29 mehrere Menschen wegen 2,80 Euro bedrängt und misshandelt … Durch das beherzte Eingreifen einiger Anwesender konnte sich die Person (und die anderen vier? d. Red.) letzten Endes aus dem Staub machen.“ *F.B.*

MELDUNGEN

Neuer Mann Pekings

Hongkong – In der Sonderverwaltungszone Hongkong wurde Anfang Januar Luo Huining überraschend zum neuen Leiter des Verbindungsbüros der Pekinger Zentralregierung ernannt, das im Jahre 2000 diese Brückenfunktion von der staatlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua übernahm. Luo, Gouverneur und Chef der Kommunistischen Partei Chinas in der fast ausschließlich von nationalen Minderheiten bewohnten Provinz Qinghai sowie ranghöchster Kader in der rohstoffreichen Provinz Shanxi, hatte nach seiner Pensionierung gerade einen eher symbolischen Posten in der Hauptstadt angetreten. Ab 2017 Vollmitglied des Zentralkomitees, war er zuvor nur einmal beruflich in Hongkong und verfügt über keine bekannten Verbindungen dorthin. Trotz seiner leisen Art verlangt er viel von seinen Untergebenen. Als treuer Anhänger von Chinas Präsident Xi Jinping hat er dessen landesweite Antikorruptionskampagne vor Ort knallhart und effektiv durchgesetzt. *M.M.*

Turkish Stream am Netz

Istanbul – Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin haben zum Jahreswechsel die knapp 1000 Kilometer lange Pipeline Turkish Stream in Istanbul feierlich in Betrieb genommen. Sie wurde in zweieinhalbjähriger Bauzeit fertiggestellt. Die Pipeline stellt sowohl für Russland als auch für die Türkei ein wichtiges Prestigeobjekt dar. Durch sie sollen jährlich bis zu 15,75 Miliarden Kubikmeter russisches Erdgas durch das Schwarze Meer in die Türkei geleitet werden. Geplant ist, dass ein zweiter Teil der Pipeline die gleiche Menge Gas in den Süden und Südosten Europas bringt. Zunächst profitieren Serbien und Bulgarien von dem neuen Lieferweg. Der serbische Präsident Alexander Vucic und Bulgariens Ministerpräsident Boiko Borrissow nahmen am Festakt teil. Die Türkei, einer der größten Abnehmer für russisches Gas, hofft, zu einem globalen Energiezentrum zu werden, Russlands Staatskonzern Gazprom kann mit der neuen Verbindung die Ukraine künftig ein Stück weit umgehen. *MRK*

Macron ist mit Putin einig

Paris – In einem Telefonat zeigten sich die Staatschefs Emmanuel Macron und Wladimir Putin einig darüber, sich für den Erhalt des Atom-Abkommens mit dem Iran einsetzen zu wollen. Putin schloss sich der Forderung Frankreichs und der europäischen Unterzeichnerstaaten Deutschland und Großbritannien an den Iran an, zur Einhaltung des Vertrags zurückzukehren, der das Land am Bau von Atombomben hindern soll. Allerdings wollen Russland und China die iranische Führung nicht so sehr unter Druck setzen, wie es die EU mit der möglichen Auslösung eines Schlichtungsverfahrens und der Androhung neuer UN-Sanktionen bevorzugt. Das 2015 getroffene Atom-Abkommen hatten die USA bereits 2018 verlassen. Seit einiger Zeit schon ignoriert Teheran immer mehr Verpflichtungen aus der Vereinbarung. *MRK*

FOTO: PA

Linkes Establishment und linker Protest liegen sich in den Armen: Die Vorsitzenden von PSOE und Podemos, Pedro Sánchez und Pablo Iglesias, am 7. Januar im Parlament (v.l.)

MINISTERPRÄSIDENT PEDRO SÁNCHEZ VOM PARLAMENT IM AMT BESTÄTIGT

Abhängig von Katalanen und Basken

Spaniens linke Koalitionsregierung lässt sich von Separatisten und Terroristen-Unterstützern tolerieren

VON MARKUS MATTHES

Mit 167 zu 165 Stimmen wurde der amtierende sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez am 7. Januar im zweiten Wahlgang als spanischer Regierungschef bestätigt. Nach Monaten der Ungewissheit ist der Weg frei für die erste Koalitionsregierung in der neueren Geschichte des tief gespaltenen Landes, zusammengesetzt aus dem Partido Socialista Obrero Español (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei, PSOE) und den Linken von Unidas Podemos (Gemeinsam schaffen wir es).

Entscheidend waren die zuvor abgesprochenen 18 Enthaltungen der Esquerra Republicana de Catalunya (Republikanische Linke Kataloniens, ERC) und des linksextremen baskischen Parteienbündnisses Bildu (versammelt). Die Steigbügelhalter für dieses rot-rote Experiment sind durchaus legale Parteien, aber als Unterstützer von Separatisten und Terroristen ebenso erklärte Gegner der demokratischen Verfassung vom Dezember 1978 und der parlamentarischen Monarchie mit König Felipe VI. als Staatsoberhaupt und Symbol der Einheit Spaniens. Wie sich in der vorausgehenden Debatte erneut gezeigt hat, werden deren Verteidiger – immerhin fast die Hälfte der Bevölkerung – schnell in eine rechtsextreme Ecke ohne demokratische Legitimation gedrängt.

Dafür soll innerhalb der nächsten zwei Wochen mit der ERC nach den im Vorfeld gemachten Zugeständnissen ein „ehrlicher Dialog ohne Vorbedingungen“ zwischen „Regierungen“ über bessere Haftbedingungen für „politische Gefangene“ und die Loslösung beginnen. Von Katalonien inspiriert, wittern auch die radikalen Basken wieder Morgenluft.

Breites linkes Sammelbündnis

Diesmal waren die Koalitionsverhandlungen diskreter verlaufen, und laut Pablo Iglesias, Vorsitzender von Podemos, Zweiter stellvertretender Ministerpräsident und Minister für soziale Rechte und die Agenda 2030, hat sich nun die Erfahrung der PSOE mit dem Mut seiner Formation verbunden. So gab er ohne Abstimmung mit Sánchez die Namen seiner vier Minister bekannt. Dieser ernannte daraufhin eine Vierte stellvertretende Ministerpräsidentin mit dem Ressort ökologischer Wandel und demografische Herausforderungen. Die Beziehung zwischen beiden gilt bei aller in letzter Zeit zur Schau gestellten Herzlichkeit als eher schwierig. Die Aufblähung des Staatsapparates durch die Schaffung von eigenen Ministerien für Gleichberechtigung, Universitäten und Konsum geht unvermindert weiter, obwohl man schon lange unter schwerfälliger Bürokratie und hohen Steuern leidet. Ungehört verhallte nach den Wahlen im November der Ruf von Juan Rosell Lastortras, dem Präsidenten des Spanischen Unternehmerverbandes, nach einer großen Koalition zwischen der konservativen und christdemokratischen Partido Popular (Volkspartei, PP) und dem PSOE.

Jetzt wo das vorausgesagte Wirtschaftswachstum für 2020 auf unter zwei Prozent sinken soll, trägt mit Yolanda Díaz eine galizische Kommunistin die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik. Damit sind die Abschaffung der 2016 von der PP beschlossenen Arbeitsmarktreform, die Erhöhung des Mindestlohnes auf über 1000 Euro ohne Berücksichtigung der Produktivität, eine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich, weitere Erhöhungen der Diesel- und Energiepreise, Abgabenerhöhungen aller Art und eine Rückkehr der durch den EU-Beitritt 1986 abgeschafften „Luxussteuer“, Verstaatlichungen, auch von Kircheneigentum, Mietbremsen und unbefristete Mietverträge, das Verbot von reinen Ferienwohnungen, die Enteignung von nicht genutztem Wohneigentum, der Schutz von Hausbesetzern sowie die Abschaffung der innerspanischen Flüge mit Ausnahme der auf die Kanaren in greifbare Nähe gerückt.

Iglesias wolle insbesondere für „Frauen“, „Migranten“, „Schwule und Lesben“ sowie „Wirtschaftsexilanten“ Politik machen. Letztere sind jene gut ausgebildeten Spanier, die während der langen Wirtschaftskrise ihr Auskommen im Ausland suchen mussten. Noch mehr Regulierungen dürften sie allerdings von einer Rückkehr abhalten.

> Eine galizische Kommunistin ist nun für Spaniens Arbeitsmarktpolitik zuständig

NEUE PARTEI IN DER TÜRKEI

Davutoğlu fordert Erdoğan heraus

Der Ex-Ministerpräsident des jetzigen Präsidenten hat eine eigene Partei gegründet

Schon lange wurde in der Türkei über die Pläne von Ahmet Davutoğlu zur Gründung einer neuen Partei diskutiert und spekuliert. Schon im September, als Recep Tayyip Erdoğan die Kommunalwahl in Istanbul wiederholen ließ und verlor, hatte der frühere Außenminister und Ministerpräsident seinen Austritt aus der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Präsident Tayyip Erdoğan erklärt. Jetzt stellte der 60-Jährige in Ankara seine neue Partei vor. Die Zukunftspartei (Gelecek Partisi, GP), so der Name der neuen Partei mit dem grünen Platanenblatt als Logo, wolle für die Freiheit der Presse, die Achtung der Minderheiten und eine unabhängige Justiz als Basis des Rechtsstaats kämpfen. Einen Führerkult lehne die neue Partei ab, verkündete Davutoğlu, ohne Erdoğan in diesem Zusammenhang namentlich zu erwähnen.

Ablehnung eines Führerkults

Viele Türken werfen Davutoğlu allerdings vor, dass er mit dieser Parteigründung zu lange gewartet und zu lange Erdoğans autoritäre Politik mitgetragen habe. Erdoğan hatte den Professor für Politologie zunächst als außenpolitischen Berater engagiert, bevor er ihn 2009 zum Außenminister ernannte. Unter seiner Ägide entwickelte die Türkei den Neo-Osmanismus, das Streben, nach dem Ersten Weltkrieg verlorene frühere Gebiete des Osmanischen Reichs zurückzugewinnen. Die Besetzung weiterer Gebiete im Norden Syriens geht auch auf Davutoğlu zurück.

Rückkehr zum Parlamentarismus

Nach Erdoğans Wahl zum Präsidenten 2014 ernannte dieser Davutoğlu zum Regierungschef. Doch Davutoğlu sah die Einführung eines Präsidialsystems kritisch, weil dadurch sein Amt abgeschafft wurde. Im Mai 2016 zwang Erdogan ihn zum Rücktritt. Die Rückkehr zum parlamentarischen System ist nun ein zentrales Ziel von Davutoğlus neuer Partei. Mit dem Präsidialsystem werde es „keine demokratische Gesellschaft geben“, warnte er in Ankara vor Hunderten Anhängern. Seine Partei strebe deshalb zunächst eine neue Verfassung an.

Mit der Parteigründung ist Davutoğlu dem früheren Wirtschaftsminister Ali Babacan zuvorgekommen, der mit Unterstützung des ehemaligen Präsidenten und Ministerpräsidenten Abdullah Gül ebenfalls eine neue Partei plant. Babacan war einer der Mitbegründer der AKP, vor allem war er der Vater des wirtschaftlichen Erfolgs der Erdogan-Partei. Als Erdogan seinen Schwiegersohn zum Wirtschaftsminister machte, verließ er jedoch im Juli die Partei.

Bodo Bost

Verbrecher in Hemd und Kragen: Durch Betrug bei der Umsatzsteuer entgehen den Staaten insbesondere der Europäischen Union Milliarden *Foto: Colourbox*

AUFGEDECKT

Umsatzsteuerbetrug im großen Stil – und keine Besserung in Sicht

Wirtschaftwissenschaftler entdeckten, dass den Steuerangaben nach die Welt vielmehr exportiert als importiert hat, was unmöglich ist, aber massiv Steuern spart. Insbesondere die EU ist betroffen

VON NORMAN HANERT

Bei einer Analyse der weltweiten Handelsdaten haben das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel) und das ifo Institut München eine erstaunliche Entdeckung gemacht. Die Wirtschaftsforscher ermittelten einen globalen Handelsüberschuss, den es eigentlich gar nicht geben dürfte. Zumindest rechnerisch scheint die gesamte Welt allein im Jahr 2018 gegen sich selbst einen Handelsüberschuss von 422 Milliarden US-Dollar beziehungsweise 357 Milliarden Euro aufgebaut zu haben. Bei einer korrekten Erfassung aller Im- und Exporte im globalen Handel aller Staaten müsste tatsächlich aber im langfristigen Durchschnitt am Ende eine Null stehen.

Die Studienautoren bewerten die von ihnen ermittelte statistische Abweichung als zu groß, um sie allein durch Messfehler oder zufällige Ungenauigkeiten erklären zu können. Der ifo-Forscher Martin Braml und der IfW-Präsident Gabriel Felbermayr vermuten hinter dem scheinbaren Handelsüberschuss stattdessen Steuerbetrug, der in großem Stil abläuft: „Wenn Unternehmen Umsätze als Exporte deklarieren, sind diese von der Umsatzsteuer befreit. Werden diese Umsätze aber gar nicht im Ausland erzielt, sondern im Inland, fehlen sie in der Importstatistik des angeblichen Handelspartners und bleiben damit unversteuert.“

Lösungsversuche bisher gescheitert

Erstaunlich ist nicht nur das Ausmaß der Differenz. Laut der Analyse geht die globale Abweichung zu 86 Prozent allein auf die EU zurück. Wie das IfW Kiel mitteilt, bilanziert die EU bereits seit der Gründung des Binnenmarktes im Jahr 1993 einen Handelsüberschuss mit sich selbst, „der mit der EU-Osterweiterung deutlich anstieg und sich über die letzten zwölf Jahre auf insgesamt 2,9 Billionen Euro summiert“. Im Durchschnitt werden den EU-Mitgliedsländern 18 Prozent zu viel Warenexporte und 26 Prozent zu viel Dienstleistungsexporte gemeldet. Nach Schätzung der Forscher sind den europäischen Steuerzahlern dadurch alleine im Jahr 2018 rund 30 Milliarden Euro verloren gegangen.

> „Wenn Unternehmen Umsätze als Exporte deklarieren, sind diese von der Umsatzsteuer befreit“
>
> **Gabriel Felbermayr**
> Präsident des IfW

Um künftigen Betrug zu erschweren, empfehlen die Wissenschaftler einen digitalen, automatisierten Datenabgleich von Importen und Exporten innerhalb der EU. Andere Kritiker sehen dagegen bereits in der Steuerfreiheit im Warenverkehr über die EU-Ländergrenzen hinweg einen Konstruktionsfehler des Binnenmarktes. Auch der EU-Kommission ist die Problematik der Umsatzsteuerbetrugs im europäischen Binnenmarkt schon lange bekannt. Die bisherigen Lösungsversuche sind allerdings regelmäßig gescheitert und eine Besserung ist nicht in Sicht.

DIGITALISIERUNG

Deutschland fällt weiter zurück

Politiker reden zwar eifrig über nötige Fortschritte – in der Praxis geschieht aber viel zu wenig

Viele Unternehmen in Deutschland fürchten, bei der Digitalisierung den Anschluss zu verlieren. Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Bitkom-Studie. Mehr als jedes zweite Unternehmen sieht sich demnach als Nachzügler. Die Gründe sind vielschichtig. Einerseits seien es hausgemachte Probleme, wie das Fehlen einer digitalen Strategie. Andererseits fehle es an finanziellen Anreizen und auch geeigneten Fachkräften.

Auf der Suche nach geeigneten Vorbildern schaut sich die Bundesregierung mittlerweile auch im Osten Europas um. Dort ist Estland ein Vorreiter. Nach Ansicht von Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) könne Deutschland von den Esten einiges lernen. Als Beispiele nennt sie digitale Krankenakten, Behördengänge via Internet oder die Möglichkeit, online zu wählen. „Es ist beeindruckend, wie weit Estland auf diesem Weg bereits ist und welche hohe Akzeptanz dieser Prozess in der estnischen Gesellschaft findet“, so Lambrecht. In Deutschland fehlt beispielsweise immer noch die Möglichkeit, rechtssicher online zu wählen.

Teil der Wahrheit verschwiegen

Das Hauptproblem, das Unternehmer und Wirtschaftsfunktionäre ausmachen und das seit Jahren nicht gelöst wird, hört sich simpel an: Das Internet ist hierzulande einfach zu langsam. 2010 versprach Kanzlerin Angela Merkel (CDU), dass 75 Prozent der Haushalte bis 2014 über „mindestens 50 Megabit“ verfügen sollten, bis 2018 sollten es alle sein. Beide Ziele wurden verfehlt. Die Regierung beteuert zwar, dass das Internet prozentual schneller geworden ist, verschweigt dabei aber einen Teil der Wahrheit. Der Fortschritt erfolgte durch die Umstellung auf die modernen Glasfaserleitungen vor allem in den Ballungsgebieten. Auf dem Land sieht es düster aus. Experten mahnen, die Kluft zwischen Stadt und Land müsse kleiner, nicht größer werden, damit Deutschland konkurrenzfähig bleibe.

Ein Beispiel: Wenn es darum geht, sich Inhalte aus dem Netz herunterzuladen, hinkt die Bundesrepublik meilenweit hinterher. Mit einer durchschnittlichen Downloadrate von 25 Megabit pro Sekunde liegt Deutschland im weltweiten Vergleich weit abgeschlagen auf Platz 27. In Dänemark und Schweden surfen die Nutzer doppelt so schnell, im erstplatzierten Taiwan erreichen die Werte sogar mehr als 85 MBit pro Sekunde. Für die deutsche Wirtschaft ist dies im internationalen Wettbewerb eine Katastrophe: „Ein restriktives Datenschutzrecht, eine kaum digitalisierte und damit langsame Verwaltung sowie die Behäbigkeit bei der Schaffung der Rahmenbedingungen durch schnelles Internet in der Breite lassen den Abstand zu China und den USA Tag für Tag größer werden“, warnt Martin Pätzold, Professor für Wettbewerb in der digitalen Wirtschaft an der Hochschule Mittweida. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Streit um Überschuss

Berlin – Obwohl das Witschaftswachstum in Deutschland im vergangenen Jahr nur gering war, erzielte der Bundeshaushalt zum dritten Mal seit 2015 einen hohen Überschuss. Laut dem Anfang der Woche vorgestellten Jahresabschlussbericht des Finanzministeriums liegt der Überschuss aus dem abgelaufenen Jahr bei 13,5 Milliarden Euro. Nicht ausgegebene Rücklagen hinzugerechnet, stehen dem Finanzministerium insgesamt 17,1 Milliarden Euro zur Verfügung, über deren Verwendung die Parteien nun streiten. Während CDU und CSU angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage eine Unternehmenssteuerreform anstreben, setzt die SPD auf eine Entschuldung der Kommunen wie eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags und plant neue Sozialausgaben wie eine Kindergrundsicherung sowie Verbesserungen bei Rente und Pflege. Die Reserven will die SPD jedoch nicht anrühren *MRK*

Milliarden nicht abgerufen

Berlin – Aus den Reservetöpfen der Bundesregierung, die für Investitionen vorgesehen sind, wird zu wenig Geld angefordert. Von dem 2015 errichteten Kommunalinvestitionsförderungsprogramm in Höhe von 3,5 Milliarden Euro wurden bislang gerade einmal zwei Milliarden abgerufen. So flossen aus den verschiedenen Sonderfonds der Bundesregierung wie Energie- und Klimafonds, Kommunalinvestitionsfonds, der unter anderem für Schulsanierungen vorgesehen ist, dem Fonds für den Kita-Ausbau und dem Digitalfonds, der unter anderem für den Glasfaserkabelausbau eingerichtet wurde, weniger Mittel ab als erwünscht. Gründe dafür sind unter anderem langwierige und komplizierte Vergabeverfahren, das Fehlen ausführender Baufirmen bei anhaltendem Bauboom sowie nicht zuletzt an der allgemeinen Überforderung der kommunalen Gemeinden, etwa aufgrund Personalmangels. *MRK*

Asyl-Rücklage wächst stetig

Berlin – Die sogenannte Asylrücklage, ein Topf im Bundeshaushalt, den die Regierung aufgelegt hat, um die Folgen der Asylkrise abzufedern, ist Ende 2019 von 30 Milliarden Euro im Vorjahr auf 48 Milliarden Euro gestiegen. Zwar sind davon zwei Drittel für die kommenden Jahre vorgesehen, aber ob dieses verplante Geld wirklich ausgegeben wird, ist unklar. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass aufgrund des Rückgangs der Asylsucherzahlen der Bau weiterer Asylunterkünfte nicht nötig war. Bereits im vergangenen Jahr kritisierte der Bundesrechnungshof die Bildung immer weiterer Fonds und Rücklagen. Die Prüfer sprachen von einer „Tendenz zu einer Töpfchenwirtschaft, also der Veranschlagung und Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln außerhalb des Kernhaushalts“. Damit seien wesentliche Haushaltsgrundsätze wie Einheit, Vollständigkeit, Fälligkeit und Klarheit beeinträchtigt oder sogar aufgehoben. Die FDP sprach von einem „Schattenhaushalt“ und forderte die Auflösung der Rücklage. *MRK*

KOMMENTARE

Schäubles Auftrag

RENÉ NEHRING

Wolfgang Schäuble macht Druck. In einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ forderte der Bundestagspräsident am vergangenen Wochenende eine Wahlrechtsreform, um zu verhindern, dass das Parlament in der kommenden Legislaturperiode mehr als 800 Abgeordnete haben wird. Grund für diese Befürchtung ist die zunehmende Ausdifferenzierung des Bundestags, die vor allem dadurch entsteht, dass viele Deutsche ihre Erststimme einer anderen Partei geben als sie mit ihrer Zweitstimme wählen. Da die CDU nach wie vor die meisten Erststimmen bekommt, jedoch weniger Zweitstimmen als früher, erhält sie viele Überhangmandate, die solange mit Ausgleichsmandaten verrechnet werden, bis die Sitzverteilung des gesamten Parlaments dem Zweitstimmenverhältnis entspricht.

Ob es tatsächlich zu einer Deckelung der Mandate kommen wird, darf indes bezweifelt werden. Zwar zeigten sich in ihren ersten Reaktionen Vertreter aller Fraktionen einsichtig, doch schoben sie die Verantwortung für die Lage sofort auf die jeweils anderen.

Ein Aspekt wird in diesem Zusammenhang meistens ausgeblendet: Bei der Bundestagswahl 2017, als das Parlament von 631 Abgeordneten (im Jahr 2013) auf 709 Mandate hochschoss, zog die FDP mit 80 Abgeordneten wieder und die AfD mit 94 Abgeordneten erstmals in den Bundestag ein. Beide Parteien haben ihre Mandate überwiegend mit Zweitstimmen geholt. Wäre der Deutsche Bundestag bei 631 Mandaten geblieben, hätten rund 28 Prozent der bisherigen Mandatsträger der anderen Parteien ihren Hut nehmen müssen. Bei einer Deckelung der Mandate auf 598 Abgeordnete wären es noch etwas mehr.

Durch die außergewöhnliche Zunahme an Mandaten war und ist insbesondere der Einzug der AfD zwar immer noch ein Ärgernis, doch tut er den etablierten Kräften nicht unmittelbar weh. Warum also ein solches System ändern? Gerade für diejenigen, die eine Reduzierung der Mandate beschließen müssten, ergibt Schäubles Auftrag überhaupt keinen Sinn.

Katja und Gesine

ERIK LOMMATZSCH

Katja Meier, die kurz vor Weihnachten Sächsische Staatministerin wurde, brachte es unlängst bundesweit in die Schlagzeichen. Die Grünen-Politikerin zupfte einst bei den „Harlekins“ den Bass. Die Zwickauer Punkband fand es ganz lustig, dass zum Advent mal „ein Bulle“ brennt. Oder auch gleich mehrere. Peinliche Distanzierungen folgten. Frau Meier habe die Texte ja nicht geschrieben und nicht selbst gesungen. Sie verurteile „jegliche Form von Gewalt“. Als „Jugendsünde“, die 20 Jahre zurückliegt, scheint ihr das inzwischen weitgehend nachgesehen zu werden.

Natürlich kann man einwenden, dass nicht jede Artikulation aus der Reifezeit später auf die Goldwaage gelegt werden sollte. Allerdings sind Jugendliche, die Vergnügen daran finden, Menschen verbrennen zu sehen, glücklicherweise eher selten. Und darum besagen derartige Äußerungen durchaus etwas über Erziehung, prägendes Umfeld und Grunddispositionen – was die Eignung für das eine oder andere Amt vielleicht doch in Frage stellt. Auch später noch.

Denn Frau Meier leitet nicht irgendein Ressort, sondern die Justiz. Was qualifiziert sie dafür? Als Politikwissenschaftlerin mit langjähriger Parteifunktionärstätigkeit wohl eher nichts. Ursprünglich galt für Justizminister das entsprechende Studium als Voraussetzung.

Die richtige Demokratie

Ähnliches betrifft ihre Staatssekretärin Gesine Märtens, eine ausgebildete Familientherapeutin. Der vollständige Titel für Frau Meier lautet: „Sächsische Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung“. Dass ein Politiker im heutigen Deutschland für Demokratie steht, sollte eine bare Selbstverständlichkeit sein. Es sei denn, man macht sich das Verständnis zu eigen, dass als „demokratisch“ nur diejenigen gelten, die dem heutigen rot-grün geprägten Zeitgeist entsprechen. Dann braucht man natürlich auch Minister, die für diese Form von Demokratie sorgen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Jenseits des Kampfes gegen den IS: Patrouille der US-Armee auf einem Ölfeld in Syrien *Foto: Youtube*

KOLUMNE

In geheimer Mission

FLORIAN STUMFALL

Mit die wichtigsten Tatsachen des Kriegs in Syrien sind solche, über welche die deutschen Systemmedien nicht berichten. Am Anfang steht naturgemäß der Kriegsgrund. Er wurde im Februar 2011 zwischen dem damaligen US-Senator John McCaine und einigen Golf-Potentaten in Kairo abschließend abgesprochen, kurz bevor dann die NATO Libyen überfiel.

Mit Libyen hing auch der Beginn des Krieges in Syrien zusammen. Dort nämlich hatte eine von der CIA zusammengestellte Truppe aus radikalen islamischen Kämpfern gemeinsam mit Söldnern im US-Dienst den Aufstand angezettelt. Kaum aber war Muammar al-Gaddafi ermordet und Libyen zerstört, gelangten diese Kämpfer und Legionäre über Tobruk nach Syrien, um dort ihr Werk fortzusetzen. Im Westen aber wird heute noch von einem „Bürgerkrieg“ geredet, was er nie war.

Solange die USA als einzige fremde Macht in Syrien standen, wenn auch widerrechtlich, und dort angeblich den Islamischen Staat (IS) bekämpften, nahm dieser an Macht und regionalem Umfang stetig zu. Erst als Russland von der Regierung Assad zu Hilfe gerufen wurde, zeichnete sich bald die Niederlage der radikalen Moslems ab. Jetzt waren die USA gezwungen, sich auch ein wenig am Kampf gegen den IS zu beteiligen.

Einseitige Berichterstattung

Über all diese Geschehnisse und Zusammenhänge war in Deutschland nichts zu sehen, zu hören oder zu lesen. Ein wenig anders verhielt es sich mit den „Weißhelmen“, einer privaten Zivilschutzorganisation. Wo immer diese auftrat, um eine Missetat des Präsidenten Baschar al-Assad anzuprangern und seine Opfer zu zeigen, wurde darüber berichtet, und zwar ausgiebig und genussvoll. Als sich aber die Fälle häuften, in denen man den „Weißhelmen“ gezielte, arrangierte Fälschungen nachweisen konnte, verschwanden sie aus den Schlagzeilen. Ebenso wurde der deutschen Öffentlichkeit zumeist verschwiegen, dass diese die Gründung eines Offiziers des britischen Auslandsgeheimdienstes, James le Mesurier, sind. Dieser Mann wurde erst genannt, als er in Istanbul unter unklaren Umständen ums Leben kam.

Angesichts einer derartigen systematischen Einseitigkeit in der Berichterstattung kann es nicht verwundern, dass auch jetzt ein Hauptmotiv des Kriegs in Syrien ungenannt bleibt. Obwohl nämlich der Versuch eines „Regime Change“ durch die CIA gescheitert ist, haben die USA einen guten Grund, ihr Militär in Syrien weiterhin als sektorale Besatzungsmacht zu belassen. Es geht um Erdöl.

> Wegen des Öls zieht Trump keine US-Truppen aus Syrien ab

Eine Beraterin des syrischen Staatschefs Assad, Bouthina Shaaban, gab bekannt, dass syrische Behörden erwägten, gegen die USA eine Klage anzustrengen. Der Grund dafür sei der Raub von Erdöl durch die USA auf syrischem Staatsgebiet. Gegenüber dem US-Fernsehsender NBC News sagte Shaaban, wenn US-Präsident Donald Trump vorgebe, das syrische Erdöl zu „schützen“, so sei das nur ein anderes Wort für „stehlen“. Shaaban weiter: „Das ist unser Erdöl, die USA haben daran keine Rechte. Unser Land muss vollständig von den ausländischen Okkupanten, den Terroristen, den Türken und den Amerikanern befreit werden.“

Eine Klage Syriens gegen die USA vor dem Internationalen Gerichtshof ist also ins Auge gefasst. Dabei ist es durchaus möglich, dass nicht nur der Dieb, also die USA, vor Gericht muss, sondern auch der Hehler. Wer das ist, hat Präsident Assad bereits im Vorfeld bekannt gemacht: „Die Verkäufe des Öls liefen durch die Türkei. Und jetzt stehlen die USA das Erdöl und verkaufen es an die Türkei. Die Türkei ist bei diesem Vorgang ein Komplize.“ Der Vorgang hat übrigens einen grotesken Nebenaspekt: Die USA verstoßen durch ihre Machenschaften gegen ihre eigenen Sanktionen gegen Syrien, die jedes Geschäft mit Erdöl verbieten.

Das russische Verteidigungsministerium legte mittlerweile als Beweis für den Ölhandel Satellitenbilder vor. Diese lassen erkennen, dass die USA die Ölförderung übernommen haben und die Beute mit Kolonnen von Lastwagen in die Türkei bringen. Die Erklärung der USA, ihre Truppen seien nur dazu da, die Ölquellen vor radikal-islamischen Terroristen und „anderen destabilisierenden Akteuren“ zu schützen, ist so nicht mehr aufrechtzuerhalten; das heißt, es wäre so, wenn in der westlichen Öffentlichkeit vorbehaltlos darüber berichtet würde.

Selbst in den USA umstritten

Die Sache mit dem Öl ist auch der Grund, dass entgegen verschiedenen Ankündigungen des US-Präsidenten Trump immer noch keine US-Truppen aus Syrien abgezogen worden sind. Im Gegenteil. Die US-Armee hat in der ölreichen Provinz Deir ez-Zor im Nordosten des Landes mit dem Bau von zwei Militärbasen begonnen. So berichten lokale Quellen, die auch bestätigen, dass die U.S. Army gepanzerte Militärfahrzeuge, schwere Waffen und Munition in die Region geschickt hat. Schon Anfang November wurden zwischen Rmelan und al-Qahtania sowie in der Ölstation Saida in al-Hasaklah im syrischen Nordosten mehrere der gepanzerten Fahrzeuge unter der US-Flagge gefilmt.

Der Raubzug der US-Armee gegen Syrien ist nicht einmal in den USA unumstritten. Die Politikerin der Demokratischen Partei, Kongressabgeordnete von Hawaii und Bewerberin für die Kandidatur zum US-Präsidenten, Tulsi Gabbard, erklärte: „Früher plädierte Trump für die Rückkehr der amerikanischen Truppen aus Syrien, und nun will er sie in Syrien lassen – nicht, um den IS zu bekämpfen, sondern um die Ölfelder zu schützen, die den USA nicht gehören.“

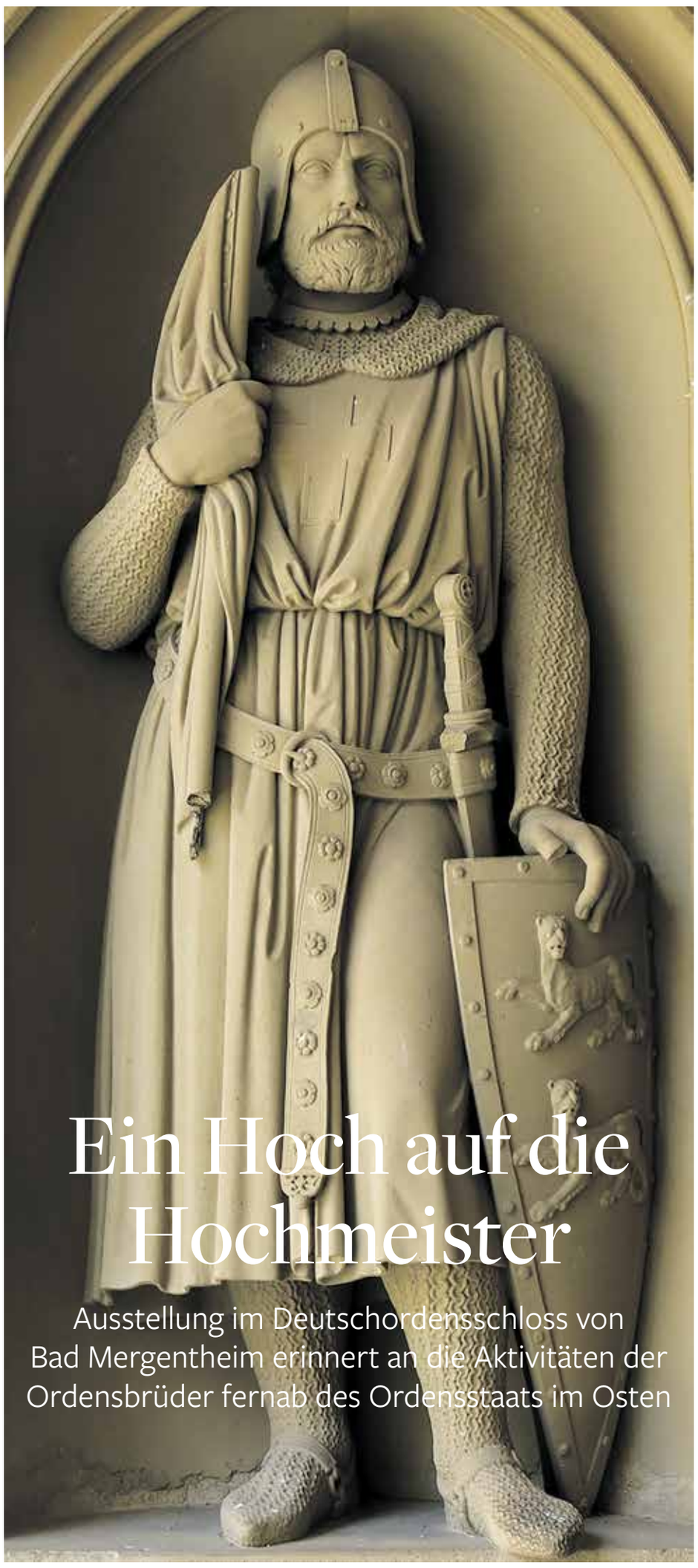
Russlands Außenminister Sergeij Lawrow erklärte bereits Ende des vergangenen Jahres in Genf: „Die Aktionen der Vereinigten Staaten in Syrien verstoßen gegen das Völkerrecht, da ihre Präsenz illegal im Land ist.“ Es sei zudem ganz klar völkerrechtswidrig, da die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen eines souveränen Staates ohne dessen Zustimmung gegen das internationale Recht verstoße. Syrien müsse seine volle Souveränität wiedererlangen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

VON VEIT-MARIO THIEDE

Ein Hoch auf die Hochmeister

Ausstellung im Deutschordensschloss von Bad Mergentheim erinnert an die Aktivitäten der Ordensbrüder fernab des Ordensstaats im Osten



Wacht an der Südwand der evangelischen Schlosskirche Bad Mergentheim: Heinrich von Hohenlohe, Hochmeister des Deutschen Ordens von 1244 bis 1249 *Foto: Thiede*

Vor 800 Jahren fasste der Deutsche Orden Fuß im Heiligen Römischen Reich. Davon zeugt eine am 16. Dezember 1219 ausgestellte Schenkungsurkunde: Die Brüder Andreas, Heinrich und Friedrich von Hohenlohe übereigneten dem Deutschen Orden Besitzungen in Mergentheim und traten der Gemeinschaft bei. Zum 800. Jubiläum der Ordensniederlassung präsentiert das Bad Mergentheimer Deutschordensmuseum eine Sonderausstellung, die ungewöhnliche Akzente setzt.

Während nämlich bisher stets die preußische Vergangenheit im Mittelpunkt der Beschäftigung mit dem Deutschen Orden stand, lenkt die Sonderschau unsere Aufmerksamkeit auf die Geschichte der Ritter- und Priesterbrüder im deutschen Südwesten. Von der erzählen 80 Urkunden und liturgische Gerätschaften, Gemälde, Grafiken und Skulpturen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Ordensleben in der Ballei Elsass-Burgund, deren Zentren die Bodenseeinsel Mainau und das oberschwäbische Altshausen waren, und der Ballei Franken mit Mergentheim, das von 1527 bis 1809 Hauptresidenz des Hoch- und Deutschmeisters war.

Die rund 20 Stationen sind mit der Dauerausstellung verflochten, welche die Gesamtentwicklung des Ordens dokumentiert. Bekanntlich wurde er 1190 auf dem Dritten Kreuzzug ins Leben gerufen. Der letzte der ab 1809 in Wien residierenden Ritter-Hochmeister legte sein Amt 1923 nieder. Seitdem steht ein Priester an der Spitze und der nach einer trikonfessionellen Phase seit 1809 rein katholische Orden konzentriert sich auf seelsorgerische und karikative Aufgaben. Seit 1946 sind auch in Deutschland wieder Deutschordensschwestern und -brüder tätig.

Die Sonderausstellung betont die wohltätigen und seelsorgerischen Leistungen des Deutschen Ordens. Für die schuf er sich in Gestalt der Elisabeth von Thüringen (1207–1231) eine „attraktive“ Identifikationsfigur. Zu sehen ist die päpstliche Urkunde von 1235, welche die auf Betreiben des Deutschen Ordens vollzogene Heiligsprechung Elisabeths besiegelte. Ganz in ihrem Sinne betrieb er Hospitäler und unterhielt zahlreiche Kirchen, die er mit Kostbarkeiten wie dem „Reliquienschrein für einen Finger der heiligen Katharina von Alexandrien“ (um 1240) ausstattete. Eindrucksvoll schlicht ist hingegen das dem Gedenken an den Altshauser Deutschordenspfarrer Johann Baptist Mang gewidmete Gemälde (um 1761). Er kniet im weißen Ordensmantel vor dem Gekreuzigten und betet.

In den ersten Jahrhunderten der Ordensgeschichte gab es weit mehr Priesterbrüder als Ritterbrüder. Aber mit der Reformation nahm die Zahl der Priesterbrüder stark ab. Viele bekannten sich zum evangelischen Glauben und heirateten. Dem Schwund der Priesterbrüder begegnete der Deutsche Orden mit der Anstellung bezahlter Pfarrer. Befand sich die Ordenskirche auf lutherischem oder reformiertem Gebiet, engagierte der Orden entsprechend Pfarrer dieser Glaubensrichtungen. Die Rittergemeinschaft selbst mauserte sich zum Vorbild für konfessionelle Toleranz. Das Amt des Hoch- und Deutschmeisters blieb stets einem Katholiken vorbehalten. Aber ansonsten gehörten dem Orden bis 1809 katholische, lutherische und reformierte Ritter gleichberechtigt an. Alle mussten sich zu Gehorsam, Keuschheit und Armut verpflichten. Zumindest mit der Armut war es aber nicht weit her.

Die Adelsfamilien betrachteten den reichen Orden als standesgemäße Versorgungsanstalt für ihre nachgeborenen Söhne. Der Andrang war so groß, dass als Zugangsbeschränkung eine Ahnenprobe eingeführt wurde. Die Kandidaten mussten mindestens 16 adelige deutsche Vorfahren nachweisen, wie die kunstvoll auf Papier gemalte „Ahnenprobe des Franz Benedikt von Baden-Liel“ (1669) zeigt.

Das eindrucksvollste Exponat ist das weitläufige Deutschordensschloss selbst. Die prächtigsten Baumaßnahmen gehen auf Sprößlinge von Herrscherfamilien zurück, die nur noch „nebenamtlich“ Hoch- und Deutschmeister waren. So wurde der prunkvolle Kapitelsaal 1782 während der Regentschaft des Maximilian Franz von Österreich vollendet, der zugleich Erzbischof und Kurfürst von Köln war. An den Schmalseiten bilden jeweils zwei wie Säulen aufgerichtete Kanonenrohre eine tempelartige Architektur aus Stuck, die an der einen Wand vom Deutschordenskreuz und an der anderen vom Hochmeisterwappen bekrönt wird, dessen schwarzem Kreuz ein goldenes Jerusalemkreuz sowie ein Brustschild mit Reichsadler aufgelegt ist.

Mit ihren beiden Chorflankentürmen überragt die Schlosskirche alle anderen Bauwerke. Ihr Bauherr Clemens August von Bayern, der den Orden von 1732 bis 1761 führte, war Kurfürst von Köln sowie Fürstbischof von Münster, Paderborn, Hildesheim und Osnabrück. Die der Gottesmutter Maria, der heiligen Elisabeth und dem heiligen Georg als den Ordenspatronen geweihte Schlosskirche beeindruckt mit den majestätischen Deckenmalereien der Kreuzvision Kaiser Konstantins sowie der Verherrlichung des Kreuzes im Himmel und auf Erden.

In und um Bad Mergentheim hat der Deutsche Orden sehenswerte Spuren hinterlassen. Auf dem Marktbrunnen steht die Figur des „Milchling“ genannten Hoch- und Deutschmeisters Wolfgang Schutzbar (um 1485–1566). Sie ist das Wahrzeichen der Stadt. Kunstvoll ist die von Clemens August von Bayern gestiftete Hospitalskapelle St. Martin ausgeschmückt. Als stolze Ruine präsentiert sich die in der Nähe Bad Mergentheims aufragende Burg Neuhaus, die ehemals die Schatzkammer und das Waffenarsenal des Deutschen Ordens beherbergte.

Mit ihrem doppelten achteckigen Grundriss ist die um 1200 erbaute Achatius-Kapelle von Grünsfeld-Hausen ein originelles Kleinod romanischer Baukunst. Vorbild war die Grabeskapelle in Jerusalem. Vermutlich stifteten Adelige die Achatius-Kapelle zum Andenken an ihre auf dem Dritten Kreuzzug umgekommenen Angehörigen.

● **Info** Bis 26. Januar im Deutschordensmuseum, Schloß 16, Bad Mergentheim, geöffnet von 14 bis 17 Uhr. Telefon (07931) 52212, www.deutschordensmuseum.de

STAATSOPER PRAG

Guter Auftakt an der Moldau

Häuser, in denen klassische Musik eine Heimat hat, gelten nach wie vor als Aushängeschilder von Metropolen. Hamburg prunkt mit seiner neuen Elbphilharmonie, in Berlin ist die Staatsoper Unter den Linden mit viel Geld saniert worden, in Köln ist man noch dabei und ebenso in München mit der Philharmonie am Gasteig. Überall gab oder gibt es Streit um Kostensteigerungen, Terminverschiebungen und Planungsideen. Die Generalsanierung der Prager Staatsoper lief dagegen vergleichsweise ruhig ab. Das Haus, das man am 5. Januar 1888 als „Neues Deutsches Theater“ eingeweiht hatte, wurde jetzt nach dreijähriger Schließung am 132. Jahrestag mit einem vom Schriftsteller Pavel Kohout moderierten und vom neuen Generalmusikdirektor, dem aus Trier stammenden Karl-Heinz Steffens, dirigierten Galakonzert wiedereröffnet.

Der Auftakt markierte den Beginn einer Reihe, die als „Musica Non Grata“ die Kräfte von vier Prager Bühnen bündeln wird. Neben der Oper, dem Nationaltheater und der Nová Scéna ist das historische Ständetheater, in dem einst Mozarts „Don Giovanni“ uraufgeführt wurde, mit dabei. „Musica Non Grata“ startet am 27. Mai mit einem Konzert, das Ausschnitte der in den Folgejahren geplanten Werke enthält. Am 28. Mai wird Jaromir Weinbergers Oper „Schwanda, der Dudelsackpfeifer“ der erste Baustein dieses Musikprojekts sein, das die tschechisch-deutsche Musikgeschichte von Prag in den Fokus stellen will. *tws*

FEDERICO FELLINI

Der Brunnen der Sehnsucht

Der Trevi-Brunnen ist wohl einer der am besten bewachten Plätze von Rom. Tag und Nacht pfeifen Carabinieri mit ihren Trillerpfeifen Touristen zurück, die sich zu dicht an den Brunnenrand wagen. Denn sonst würden viele junge Leute die schwedische Schauspielerin Anita Ekberg nachahmen, die in Federico Fellinis Film „Das süße Leben“ (La Dolce Vita) unter den Augen von Marcello Mastroianni, der mit dem Film zum internationalen Kinostar wurde, lasziv bekleidet im Trevi-Brunnen badet. Die Szene ist ebenso unsterblich geworden wie der Ausdruck Paparazzi, der auf den Namen eines Boulevard-Fotografen im Film zurückgeht.

Als Fellini, der am 20. Januar vor 100 Jahren im Badeort Rimini geboren wurde, mit den Dreharbeiten begann, stand die Szene noch nicht im Drehbuch. Als neorealistischer Autorenfilmer, der die wahren Filmkulissen jenen künstlichen der römischen Filmstadt Cinecittà vorzog, war es seine Arbeitsweise, spontan mit den Schauspielern zu arbeiten. Auf diese Weise ist 1954 auch „La Strada“ entstanden, sein erster großer Erfolg mit Anthony Quinn und Fellinis Ehefrau Giulietta Masina. Dafür erhielt er seinen ersten von fünf Oscars. Mit seinen poetischen, oft auch autobiografischen Filmen inspirierte er Massen von Regisseuren wie Woody Allen oder Emir Kusturica. Er drehte 24 Filme und starb im Oktober 1993 in Rom an den Folgen eines Herzinfarkts. *H. Tews*

AUSSTELLUNG

Wilhelm Busch malt

Geschichten jenseits von „Max und Moritz“ – Der Satirezeichner als seriöser Maler von Genrebildern

Wilhelm Busch kennt man eigentlich nur als Zeichner von Satiregeschichten. Aber er malte auch kleinformatige Ölbilder mit Szenen, Porträts und Stillleben aus dem bäuerlichen Alltag. Kostproben davon sind bis zum 24. Februar in der Ausstellung „Herzenssache – Wilhelm Busch malt“ im Museum Schloss Moyland bei Bedburg-Hau im Kreis Kleve zu sehen.

Bei einem Studienaufenthalt an der Kunstakademie Antwerpen im Jahr 1852 lernte Busch, der von 1832 bis 1908 lebte, die flämische und holländische Malerei des 17. Jahrhunderts kennen. Sie sollte ihn zu zeitlos schöner Malerei fern jeder Satire inspirieren.

Lange Zeit schlummerten die Bilder im Verborgenen ihren Dornröschenschlaf. Dass sie im Schloss Moyland im Herzen des Niederrheins wachgeküsst wurden, passt zu diesem ungewöhnlichen Standort. Denn hier wird auch das Leben und Werk von Joseph Beuys gewürdigt. Der Künstler bildet mit rund 5000 Werken den Schwerpunkt der Sammlung, die die Brüder Hans und Franz Joseph van der Grinten zusammengetragen haben. Die Busch-Ausstellung, die gegenwärtig viele Besucher anlockt, ist momentan ein kultureller Höhepunkt in der Region. Bei gutem Wetter lohnt sich ein Spaziergang in der Parkanlage, die das Wasserschloss umgibt. Sie ist Schlosspark und Skulpturenpark in einem. *Andreas Rüdig/tws*

● **Internet** www.moyland.de

KARL VII.

Der letzte Kaiser aus Bayern

„In diesen Umständen fande ich mich ohne Geld, ohne Credit, ohne Armee, ohne eigene Experienz und Wissenschaft und endlich auch ohne allen Rat, weilen ein jeder aus ihnen anvorderist sehen und abnehmen wollte, wohin die Sachen sich wenden würden. In dieser Situation befande ich mich, da von dem König von Preußen feindlich angegriffen wurde.“ Maria Theresia spricht in diesem Zitat aus einer Denkschrift über den Beginn ihrer Regierungszeit. Österreich befand sich nach dem Tod des Vaters der Habsburgerin, Karl VI., in einer Schwächephase und schien sich als Opfer anzubieten.

Den Anfang machte Friedrich der Große mit seinem Einmarsch in Schlesien. Andere folgten, und der Erste Schlesische Krieg weitete sich zum Österreichischen Erbfolgekrieg aus. Diverse Fürsten bestritten ungeachtet der sogenannten Pragmatischen Sanktion Maria Theresia als Frau das Recht, das Erbe ihres Vaters anzutreten. Zu diesen Fürsten gehörte auch Karl Albrecht von Bayern. Der 1697 geborene Wittelsbacher regierte seit dem Tode seines Vaters, Maximilian II. Emanuel, im Jahre 1726 das Herzogtum und leitete seine Ansprüche auf das Erbe der Habsburger von seiner Ehe mit Maria Amalia von Österreich, der jüngsten Tochter Kaiser Josephs I., ab. Als Verbündete gewann er Spanien, Preußen, Sachsen, Frankreich, Schweden, Neapel, die Kurpfalz und Kurköln.

Wichtige Teilerfolge Karl Albrechts im Ringen mit Maria Theresia waren 1741 die Krönung zum König von Böhmen und 1742 die Wahl zum Kaiser. Noch im selben Jahr fand die prunkvolle Krönung in Frankfurt am Main durch seinen Bruder, den Kölner Erzbischof Clemens August I., statt. In gewisser Hinsicht war dieses ein Höhepunkt in der Geschichte der Wittelsbacher und des von ihnen regierten Bayern, ist Karl VII. doch der einzige Nicht-Habsburger an der Spitze des Heiligen Reiches in der Neuzeit.

Allerdings war schon damals die Freude Karl Albrechts nicht ungetrübt. Bereits einen Tag nach der Krönung klagte er: „Meine Krönung ist gestern vor sich gegangen mit einer Pracht und einem Jubel ohnegleichen, aber ich sah mich zur gleichen Zeit von Stein- und Gichtschmerzen angefallen – krank, ohne Land, ohne Geld kann ich mich wahrlich mit Hiob, dem Mann der Schmerzen, vergleichen.“

Schließlich konnte sich denn auch Karl Albrechts Gegenspielerin als Herrscherin Österreichs behaupten. Und nach Kaiser Karls VII. Tod vor 275 Jahren, am 20. Januar 1745, setzte sie ihren Mann, Franz Stephan von Lothringen, als seinen Nachfolger durch. *Manuel Ruoff*

Kaiser Karl VII. *Foto: BurgererSF*

EINE „EVAKUIERUNG“, DIE DEN NAMEN NICHT VERDIENT

Die Flucht aus dem Osten führte ins Chaos

Die Menschen in Ostdeutschland hatten zwangsweise ausharren müssen, bis es für viele von ihnen längst zu spät war

Auf der Flucht aus Ostpreußen: Frauen, Kinder und alte Männer waren gezwungen, sich über das zugefrorene Haff zu quälen *Foto: Archiv PAZ*

VON KLAUS J. GROTH

Als die Winteroffensive der Roten Armee ab Januar 1945 in die deutschen Ostgebiete vordrang, war es für eine geordnete Flucht längst zu spät. 14 Millionen Menschen verließen ihre Heimat, zwei Millionen starben auf der Flucht durch Gewalt, Hunger und Kälte. Allein aus Ostpreußen versuchten zwei Millionen den rettenden Westen zu erreichen. Viele schafften es nicht. Dennoch listen Verzeichnisse historischer Ereignisse das unter dem Schlagwort „Evakuierung Ostpreußens“. Es war keine Evakuierung, es waren Chaos, Elend und Tod.

Die Menschen in Ostpreußen, in der Neumark, im Warthegau und Oberschlesien hatten geahnt, was ihnen bevorstehen könnte. Im August 1944 war Ostpreußens Gauleiter Erich Koch ein Plan zur Evakuierung der Zivilbevölkerung vorgelegt worden. Er wischte ihn beiseite: „Wer noch einmal von Räumung spricht, gilt als Verräter.“ Ende August erreichten erste Flüchtlingstrecks aus dem Gebiet Tilsit den Kreis Insterburg. Nahezu an jedem Tag zogen 10000 Menschen mit Wagen, Pferden und Vieh durch die Dörfer. Halbverwildert wanderte eine Herde von 40000 Rindern durchs Land.

Im Oktober 1944 brachten im kurzzeitig eroberten Nemmersdorf Soldaten der Roten Armee zahlreiche Bewohner des Dorfes viehisch um. Die abscheulichen Berichte aus Nemmersdorf waren später Grund für viele, vor der anrückenden Roten Armee zu flüchten.

14 Millionen verließen ihre Heimat

Dienststellen der NSDAP hatten ein Reiseverbot verhängt. Fahrkarten in Richtung Westen gab es nur mit Sondergenehmigung bei dringenden Familienangelegenheiten. Evakuierung wurde als Feigheit abgetan. Darum hatten die Bewohner es unterlassen, zu packen oder sich um Transportmöglichkeiten zu kümmern. Die sowjetische Winteroffensive, die am 12. Januar 1945 begann, traf sie unvorbereitet. Überhastet machten sich die Menschen zu Hunderttausenden bei minus 20 Grad und den heftigsten Schneefällen des Jahrhunderts auf den Weg. Über Autos und Motorräder verfügte nur die Wehrmacht. Die Menschen flohen zu Fuß, mit dem Handwagen, umgedrehte Tische ziehend. Glücklich, wer auf einem Pferde- oder Ochsenfuhrwerk saß. Mütter schoben ihre Kinderwagen durch den Schnee. Viele schleppten ihre Habe in unhandlichen Koffern.

FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 183-H1377 / CC-BY-SA 3.0

„Wer noch einmal von Räumung spricht, gilt als Verräter“

Erich Koch
Ostpreußens Gauleiter im August 1944

Am 21. Januar waren noch einige Züge in Königsberg eingesetzt worden. Zehntausende versuchten, sie zu stürmen, mussten aber zum größten Teil zurückbleiben. Vier Tage steckten die Züge zwischen Heiligenbeil und Elbing fest, bei minus 15 Grad. Dann fuhren sie zurück, es gab kein Durchkommen mehr.

Schon vier Tage nach Beginn der Offensive herrschte auf den Straßen und Feldwegen Chaos. Die Rote Armee drang täglich 50 bis 70 Kilometer ins Reichsgebiet vor. Sie überrollte die Flüchtlingstrecks. Panzer schossen in die Kolonnen. Wer von den sowjetischen Soldaten umstellt wurde, dem drohten Misshandlung, Vergewaltigung oder Ermordung. Die Zahl der vergewaltigten Frauen wird auf 1,4 Millionen geschätzt. Es kam zu zahlreichen Massenvergewaltigungen. Nach Dokumenten des Bundesarchivs wurden Schwangere, Minderjährige, Bewohnerinnen von Altersheimen und Krankenschwestern nicht verschont. Die Kommandanten schritten nicht ein. Männer wurden in die Sowjetunion deportiert. Von den Flüchtlingen aus Ostpreußen kamen nach Schätzungen 300000 auf der Flucht elend ums Leben.

Zwei Millionen starben auf der Flucht

Die Katastrophe weitete sich aus, als sowjetische Panzer am 22. Januar nach Elbing vorstießen. Ostreußen war abgeschnitten. Es gab keinen Weg zur Weichsel mehr. Der Flüchtlingsstrom musste umkehren. Nur noch der Weg über das Frische Haff schien offen. Das war zugefroren, da konnte man den acht Kilometer langen Weg zur Frischen Nehrung schaffen. Über die schmale Landzunge hoffte man, den Hafen von Danzig zu erreichen. Für viele wurde das zur tödlichen Falle. Eiswasser stand 25 Zentimeter über der gefrorenen Oberfläche. Fuhrwerke brachen ein, weil sie von sowjetischen Tiefflliegern beschossen wurden. Viele der Flüchtenden ertranken oder erfroren. Die verzweifelten Menschen wussten um die Gefahr auf dem Haff. Doch es war der einzige Weg, um in Danzig auf ein Schiff der Marine zu gelangen, das sie nach Westen bringen würde. Die Tragödie der „Wilhelm Gustloff“ setzte ein schreckliches Ausrufezeichen in die Geschichte des unendlichen Leidens der Flucht aus Ostpreußen.

Von den Reichsdeutschen, die flohen oder vertrieben wurden, stellten die Schlesier mit 3,3 Millionen den größten Anteil. 2,9 Millionen mussten ihre sudetendeutsche Heimat verlassen. Danach stellten Ostpreußen mit zwei Millionen die nächste Gruppe. Etwa die gleiche Anzahl mussten aus der Kurmark und Pommern in eine ungewisse Zukunft ziehen. Zwei Millionen Deutsche entschlossen sich, in der von der Roten Armee eroberten Heimat zu bleiben. Sie wurden zu Hunderttausenden zur Zwangsarbeit deportiert, in Lager gesperrt oder im Alltag drangsaliert.

ENIGMA

Wie Polen und Briten die deutsche Rotor-Schlüsselmaschine knackten

Seit dem 17. Januar 1940 gelang es den Alliierten zunehmend, chiffrierte Funksprüche der Wehrmacht zu dekodieren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Ersten Weltkrieg erlebten die deutschen Streitkräfte ein regelrechtes kryptographisches Waterloo. Der Gegner war in der Lage, zahllose ihrer verschlüsselten Funksprüche zu dechiffrieren. Möglicherweise hat auch dies dazu geführt, dass es den Deutschen nicht gelang, Paris einzunehmen.

Deshalb suchte die nach dem Weltkrieg gegründete Reichswehr der Weimarer Republik nach einem Ersatz für die nun allgemein als unsicher geltenden manuellen Schlüsselverfahren. Diesen fand sie in der elektromechanischen Rotor-Chiffriermaschine von Arthur Scherbius namens „Enigma“, dem griechischen Wort für Rätsel. Das schreibmaschinenähnliche Gerät bestand im Prinzip aus einem Tastenfeld zur Eingabe des Klartextes, mehreren drehbaren Walzen, welche die Verschlüsselung besorgten, sowie beleuchteten Buchstabenfeldern zur Anzeige des codierten Textes, der dann gesendet und mit ebensolchen Maschinen wieder dechiffriert wurde. Durch die Kombination unterschiedlicher Walzen sowie zusätzlicher, sich ständig ändernder Verdrahtungen innerhalb der „Enigma“ waren je nach Modell theoretisch bis zu 200 Trilliarden Code-Kombinationen möglich.

Die Reichsmarine verwendete die ersten Prototypen der Maschine ab 1926, zwei Jahre später zog das Heer nach. Bis 1945 wurden zwischen 40000 und 100000 Enigma-Schlüsselmaschinen produziert. Sie kamen ab 1933 in weiterentwickelten Varianten schrittweise auch bei der Luftwaffe, der SS, der Polizei, der Reichsbahn und dem Auswärtigen Amt zum Einsatz.

FOTO: IMAGO IMAGES/UIG PHOTO

Eine Enigma der Marine für den Einsatz an Bord: Eine sogenannte Enigma-M, Enigma M, Schlüssel M oder Marine-Enigma

Im Rahmen der verdeckten polnischen Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland versuchten einige junge Kryptologen des Referates BS4 im Biuro Szyfrów (Chiffrier-Büro) des Warschauer militärischen Nachrichtendienstes Dwójka, die Geheimnisse des Enigma-Verfahrens zu ergründen. Dabei wären sie allerdings kaum sehr weit gekommen, wenn es nicht einen Verräter in der Chiffrier-Stelle des Reichswehrministeriums gegeben hätte. Hierbei handelte es sich um Hans-Thilo Schmidt, den Bruder des damaligen Chefs des Stabes der Inspektion der Nachrichtentruppen, der unter den Decknamen „HE“, „Asché“ und „Source D“ für den französischen Geheimdienst Service de Renseignement arbeitete und diesem zwischen Oktober 1931 und Sommer 1939 303 Dokumente über die Enigma und deren Funktionsweise verkaufte.

Trilaterale Zusammenarbeit

Weil die Franzosen mangels kryptologischer Kompetenz aber wenig mit dem erhaltenen Material anzufangen wussten, leiteten sie es sukzessive an den polnischen und britischen Geheimdienst weiter. Dies gab dem polnischen Mathematiktalent Marian Rejewski vom BS4 die Möglichkeit, ab Ende 1932 erste Teilerfolge bei der Entschlüsselung von Enigma-Meldungen zu erzielen. Hierbei halfen ihm seine früheren Kommilitonen Jerzy Różycki und Henryk Zygalski sowie zwei selbst entwickelte elektromechanische Gerätschaften namens „Zyklometer“ und „Bomba kryptologiczna“ (kryptologische Bombe), die dem Prinzip der Enigma nachempfunden waren und ein beschleunigtes automatisiertes Durchspielen der möglichen Code-Varianten ermöglichten.

Allerdings wurde die Enigma deutscherseits immer wieder technisch verbessert. Dazu kamen ständige Verkomplizierungen des Schlüsselverfahrens. Deswegen stießen die polnischen Code-Knacker zunehmend an ihre Grenzen. So hätten sie 1938 bereits 60 Exemplare der Bomba kryptologiczna gebraucht, um mit einiger Aussicht auf Erfolg weiterarbeiten zu können. Daraufhin entschloss sich der Leiter des Biuro Szyfrów, Oberst Karol Gwido Langer, zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem britischen und französischen Geheimdienst. Hierdurch kam es Ende Juli 1939 im polnischen Entzifferungszentrum „Wicher“ im Kabaty-Wald von Pyry bei Warschau zu einem trilateralen Kryptologen-Treffen. In dessen Verlauf wurde vereinbart, dass die Polen künftig vor allem die mathematisch-theoretischen Probleme rund um die Enigma bearbeiten sollten, während Frankreich seine Agentenkontakte intensivierte und die Briten die Weiterentwicklung der Entschlüsselungstechnik übernahmen. Letztere Aufgabe oblag ab September 1939 der Government Code and Cypher School (G.C. & C.S.) unter Commander Alexander Guthrie Denniston in Bletchley Park, 70 Kilometer nordwestlich von London. Während hier der Aufbau einer regelrechten Entzifferungsfabrik mit zum Schluss rund 10000 Mitarbeitern sowie 330 weiterentwickelten Exemplaren der Bomba kryptologiczna vorangetrieben wurde, musste das Biuro Szyfrów im Herbst 1939 wegen der polnischen Niederlage gegenüber der Wehrmacht über Rumänien nach Frankreich ausweichen.

Geheimhaltung bis 1974

Dort gelang den polnischen Kryptologen im nunmehrigen „PC Bruno“ im Château de Vignolles bei Gretz-Armainvilliers unweit der französischen Hauptstadt ab dem 17. Januar 1940 praktisch zeitgleich mit den Briten in Bletchley Park die Entschlüsselung erster Enigma-Funksprüche im Kriege. Dabei handelte es sich zunächst nur um militärisch unwichtige alte Meldungen vom Oktober des Vorjahres. Allerdings nahm die Effizienz der Mitarbeiter der G.C. & C.S. quasi von Woche zu Woche zu. Daran änderten auch immer neue Modifizierungen des Kodier-Verfahrens der Enigma-Maschine durch die deutsche Seite nichts. Bald waren die Briten in der Lage, um die 1000 Meldungen pro Tag zu dechiffrieren.

Die Folgen der Mitlesens von insgesamt letztlich mehr als 2,5 Millionen Enigma-Sprüchen unter der alliierten Tarnbezeichnung „Ultra“ (jenseits) waren gravierend. Zum einen trug das Knacken der deutschen Codes sehr zu den britischen Siegen in der Luftschlacht um England sowie den Kämpfen gegen Erwin Rommels Afrikakorps bei, zum anderen erleichterte es die alliierte Landung auf Sizilien und in der Normandie. Ebenso wäre die Wende in der sogenannten Atlantikschlacht gegen die U-Boot-Rudel der Kriegsmarine ohne Kenntnis des deutschen Funkverkehrs nicht möglich gewesen. Insofern lagen der alliierte Oberkommandierende Dwight D. Eisenhower und der britische Premierminister Winston Churchill vollkommen richtig, als sie später intern die kriegsentscheidende Bedeutung von Ultra betonten. Die Kryptoanalyse hatte tatsächlich den Lauf der Geschichte verändert – was die Westalliierten indes noch bis 1974 geheim zu halten vermochten.

Kurzporträts

FOTO: WIKIPEDIA

Der 1878 in Frankfurt am Main geborene und 1929 in Berlin gestorbene Elektroingenieur **Arthur Scherbius** war ein Unternehmer und Erfinder. Seine berühmteste Erfindung ist die 1918 patentierte Enigma

FOTO: WIKIPEDIA

Der 1909 in Oltschana bei Kiew geborene Mathematiker und Kryptologe **Jerzy Różycki** starb 1942 beim Untergang des Passagierschiffs „Lamoricière“ in der Nähe der Balearischen Inseln

FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 146-1985-013-07 / CC-BY-SA 3.0

Der 1891 Heidenheim an der Brenz geborene Militärstratege und Befehlshaber des Deutschen Afrikakorps, Generalfeldmarschall **Erwin Rommel**, wurde 1944 in Herrlingen zum Selbstmord gezwungen

VOLLEYBALL

Am Anfang stand ein Football-Spiel

Bei einem Football-Spiel im Herbst des Jahres 1891 lernten sich der vor 150 Jahren, am 23. Januar 1870, in Lockport, New York, geborene William G. Morgan und der gut acht Jahre ältere James Naismith kennen. Naismith, damals Assistenztrainer der Football-Mannschaft der International YMCA Training School, dem heutigen Springfield College, schlug dem großen, starken, sportlichen damals 21-jährigen Sohn eines Bootsbauers vor, von der Mount Hermon School in Northfield an die ebenfalls in Massachusetts beheimatete sportpädagogische Ausbildungsstätte der Young Men's Christian Association (YMCA), in Deutschland besser bekannt als Christlicher Verein Junger Menschen (CVJM), zu wechseln. Morgan folgte dem Rat 1892 und lernte dort das von Naismith 1891 erfundene Basketball intensiv kennen.

Nach seiner Ausbildung arbeitete Morgan ab 1894 als Physical Director für den YMCA. In Holyoke im Hampden County, Massachusetts, hatte er es mit relativ vielen weniger robusten, unsportlicheren oder schon etwas älteren Menschen zu tun und suchte nach einer sanften Alternative zu Naismiths Basketball für diese Klientel. Er selber formulierte es wie folgt: „Basketball schien für jüngere Männer geeignet, aber es gab das Bedürfnis nach etwas für die älteren, das nicht so rau und anstrengend war. Ich dachte an Tennis, aber da brauchte man Schläger, Bälle, ein Netz und weitere Ausrüstung.“ Morgan mischte Tennis und Basketball mit American Handball, Badminton, Federfußball und Faustball. Heraus kam Volleyball.

Im Gegensatz zum Tennis kommt dieser Sport nicht nur ohne Schläger aus, sondern braucht auch vergleichsweise wenig Fläche pro Spieler. Dieses gilt insbesondere für die Urfassung, in der die Größe der beiden Mannschaften nicht festgelegt war. An die Stelle der Tennisbälle ist der spezifische Volleyball getreten, eine Neuentwicklung, die sich vom Basketball insbesondere durch ihr geringeres Gewicht unterscheidet.

Das 1895 entwickelte Spiel wurde im Folgejahr der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf einer Versammlung der sportlichen Leiter der YMCA in Springfield konnte Morgan seine Erfindung Multiplikatoren am 7. Juli 1896 präsentieren. Die Zeitschrift „Physical Education“ informierte ihrer Leser über das neue Spiel in ihrer entsprechenden Monatsausgabe.

Es begann ein Siegeszug dieses schönen Spiels um die Welt, den Morgan nur noch teiweise erlebte. Er starb am 27. Dezember 1942 in seinem Geburtsort. *Manuel Ruoff*

William G. Morgan *Foto: Wikipedia*

George Orwells bekannter „Dystopie“-Roman „1984“ wurde verfilmt und kam 1984 in die Kinos: John Hurt als Protagonist Winston Smith *Foto: imago/ United Archives*

„DYSTOPIEN“ DER WELTLITERATUR

Was Orwell, Huxley und Co. erschreckend richtig vorhersahen

In ihrer Gegenwart galten sie als Schwarzmaler. Doch vieles von dem, was die Warner des 20. Jahrhunderts vorausgesagt haben, wird mehr und mehr zur bitteren Wirklichkeit

VON WOLFGANG KAUFMANN

Lange bevor der englische Humanist Thomas More zum Lordkanzler Heinrichs VIII. aufstieg, veröffentlichte er im Dezember 1516 seinen Roman „Vom besten Zustand des Staates und der neuen Insel Utopia“, in dem er eine fiktive Idealgesellschaft beschrieb. Das Buch erwies sich als so wirkmächtig, dass hernach alle Schriften zur gleichen Thematik als „Utopien“ bezeichnet wurden. Später entstand im Zuge des Fortschreitens der industriellen Revolution zum Ende des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts eine weitere Literaturgattung, welche ausdrücklich als Gegenentwurf zur Utopie gedacht war: die „Dystopie“. Statt der Hoffnung auf Besseres wie bei More obsiegte hier der umfassend pessimistische Blick aufkommende Zeiten.

Als eine der ersten Dystopien gilt der 1826 erschienene apokalyptische Roman „The Last Men“ (deutscher Titel: Verney, der letzte Mensch) von Mary Shelley, die 1818 durch das Buch „Frankenstein oder Der moderne Prometheus“ zu literarischem Ruhm gelangt war. Diesmal gab es allerdings kein Lob, sondern massive Kritik. So bekam Shelley zu hören, ihre Erzählung, in der es um das Aussterben der Menschheit infolge einer globalen Seuche geht, sei „krankhaft“ und „ekelerregend“.

Hieran hat sich bis heute nichts Grundlegendes geändert: Geschichten, welche den verbreiteten Fortschrittsoptimismus in Frage stellen oder vor verderblichen Tendenzen innerhalb der Gesellschaft warnen, gelten oft als übertriebene Schwarzmalereien, bei denen den Lesern eine irrationale Angst vor der Zukunft eingejagt werde. Doch stimmt das? Enthalten Dystopien nur finstere Übertreibungen – oder hat sich die Welt nicht in vielen Belangen genauso zum Negativen entwickelt, wie vor mehr oder weniger langer Zeit vorhergesagt?

Demokratie nur zum Schein

Eine Antwort bietet der Blick auf einige der bekanntesten Dystopien des 20. Jahrhunderts. Zu nennen wären hier unter anderem Jewgeni Samjatins „Wir“ von 1920, „Schöne neue Welt“ von Aldous Huxley (1932), „Fahrenheit 451“ von Ray Bradbury (1953) und das wohl populärste dystopische Werk überhaupt, nämlich „1984“ von George Orwell, welches 1949 erschien. In der Regel weist die Gesellschaft der Zukunft in den Romanen mehrere der folgenden Merkmale auf: An der Spitze des Staates, der sich zum Schein demokratisch gibt, steht entweder eine Einzelperson oder eine relativ kleine Gruppe, die in strikter Abschottung vom Rest der Gesellschaft lebt. Dass die Bevölkerung keine echten Mitspracherechte hat, wird tunlichst kaschiert. Den Hauptpart hierbei übernimmt ein gigantischer Propagandaapparat. Dessen wichtigste Aufgabe sind permanente Lobeshymnen auf das System.

Darüber hinaus gibt es strikte, umfassende Sprech- und Denkverbote. In Zusammenhang damit steht die gezielte Umgestaltung der Sprache hin zu einer vom Staat regulierten neuartigen Sprache, in der altbekannte Wörter andere oder gar gegenteilige Bedeutungen erhalten und Euphemismen die Realität verzerren. Ziel sind die Manipulation der Bürger durch die sprachliche Durchsetzung der verordneten Ideologie und die Beseitigung aller vorhandenen Reste an kritischer Individualität.

Im Kampf gegen eigenständig denkende Menschen, welche die Zustände hinterfragen könnten, wird außerdem massiver Druck ausgeübt, um konformes Verhalten zu erzwingen. Das geschieht zum einen auf der materiellen Ebene: Wer sich nicht systemtreu verhält, bekommt keinen Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen mehr. Zum anderen existiert ein aufgeblähter und technisch hoch gerüsteter Spitzel- und Sicherheitsapparat, welcher scheinbar nur die Einhaltung der Gesetze kontrolliert, tatsächlich aber über dem Gesetz steht und dafür sorgt, dass Menschen- und Bürgerrechte lediglich auf dem Papier Geltung haben – wenn überhaupt. Um Loyalität zu erzwingen und potenziell unpopuläre staatliche Eingriffe zu rechtfertigen, werden des Weiteren immer neue innere oder äußere Bedrohungen konstruiert.

Das Bildungswesen wiederum dient weniger dem Zweck, Wissen zu vermitteln, als „pflegeleichte“ Untertanen zu produzieren. Eine besondere Rolle spielt dabei die Uminterpretation der Vergangenheit: Die historischen Geschehnisse werden anders dargestellt, als sie tatsächlich verlaufen sind. Das soll dem System zusätzliche Legitimität verschaffen – wobei die neue geschichtliche „Wahrheit“ dann bei Androhung drastischer Strafen nicht mehr hinterfragt werden darf.

Gelegentlich bietet der Staat den Beherrschten auch eine ausufernde Vergnügungskultur, um für maximale Ablenkung von allen doch noch sichtbaren Problemen zu sorgen, wobei gleichzeitig das Ziel der Absenkung der Wahrnehmungsfähigkeiten der Masse verfolgt wird.

Warnungen haben kaum gefruchtet

Ansonsten ist die Gesellschaft in den Dystopien vielfach durch ausgesprochen starke soziale Ungleichheiten geprägt: Produzierte Überschüsse kommen meist nur einer Minderheit zugute, sofern sie nicht in den aufgeblähten Sicherheits- und Propagandaapparat investiert werden. Besonders deutlich macht sich das Wohlstandsgefälle dabei auf zwei Gebieten bemerkbar: der Gesundheitsversorgung und der Ernährung. Die kleine Oberschicht profitiert im Gegensatz zum Rest der Bevölkerung stark vom medizinischen Fortschritt. Und sie besitzt auch Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln – wohingegen den unteren Schichten bei der Ernährung Dinge zugemutet werden, die gelegentlich die Grenze zum Widerlichen überschreiten. Gleichzeitig ist die soziale Mobilität erheblich eingeschränkt oder verschwunden. Wer einmal in einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht geboren wird, bleibt in aller Regel sein Leben lang Angehöriger dieser Schicht, wobei der soziale Aufstieg ans Unmögliche grenzt.

Die in mancher Hinsicht bestehende Übereinstimmung der Welt der klassischen Dystopien mit dem Hier und Heute ist mehr als augenfällig. Also leben wir momentan zum Teil in einer Realität, welche Autoren wie Huxley, Bradbury oder Orwell zu ihrer Zeit als inhuman charakterisiert haben. Dabei taten sie das nicht aus Effekthascherei oder oberflächlichem Kulturpessimismus. Vielmehr wollten sie vor negativen Entwicklungen warnen, die sich schon vor vielen Jahrzehnten andeuteten. Allerdings hat die Überzeichnung dieser Trends in Dystopien wie „1984“ kaum etwas gefruchtet. Sonst sähen die Zustände des Jahres 2020 nämlich um einiges anders aus.

POLIZEI IN DER KRISE

Prügelknaben der Nation

Arbeitsüberlastung, knappes Geld, dreiste Delinquenten und illoyale Politiker: Warum Polizeibeamte in Frustration verfallen

Bereits 2011 kritisierte der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, die desaströsen Zustände bei den Polizeibehörden von Bund und Ländern. Seither hat sich die Situation noch weiter verschlechtert, wodurch die Frustration bei den 260000 deutschen Polizisten nun höher denn je ist.

Zu den wichtigsten Ursachen hierfür zählt die Tatsache, dass der Staat selbst seit 2015 im Umgang mit den illegalen Asylforderern einen Rechtsbruch nach dem anderen begeht, wodurch das polizeiliche Handeln trotz allem Engagement der Beamten immer öfter ins Leere läuft.

Darüber hinaus fehlt Geld. Während die Anforderungen an die Polizisten ständig steigen, wurde beim Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie den Gehaltszulagen der Rotstift angesetzt. Die unzureichende Finanzierung macht sich zudem durch Ausrüstungsmängel bemerkbar, welche eine ernstzunehmende Gefahr für das Leben und die Gesundheit der uniformierten Staatsdiener darstellen.

Bund bricht selber das Recht

Angesichts dieser Umstände kann kaum verwundern, dass immer weniger junge Leute Polizist werden wollen, was das schon länger bestehende Problem der personellen Unterbesetzung verschärft. Aufgrund dessen müssen die Beamten heute bis zum Pensionsalter hin gesundheitlich ruinöse Schichtdienste auf der Straße leisten. Und es sammeln sich riesige Berge von Überstunden an: rund zwei Millionen pro Jahr allein bei der Bundespolizei. Der Personalmangel wiederum führt zu einer laxen Einstellungspraxis. Die Folge ist Misstrauen in den eigenen Reihen: Wem gilt wohl die wahre Loyalität der Kollegen, die türkischen oder arabischen Großfamilien entstammen? Dazu kommen all die „kleinen“ kulturellen Konflikte am Arbeitsplatz zwischen den verschiedenen Immigrantengruppen innerhalb der Polizei.

Demotivierend ist des Weiteren die zunehmende Gewalt gegenüber den Beamten sowie die absolute Respektlosigkeit mancher Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig fallen Politiker grüner und roter Couleur der Polizei permanent mit dümmlichen bis bösartigen Kommentaren in den Rücken. Letzte diesbezügliche Kostproben lieferten die neue SPD-Chefin Saskia Esken und die sächsische Landtagsabgeordnete Juliane Nagel von der Linkspartei anlässlich der Ausschreitungen in der Neujahrsnacht in Leipzig-Connewitz.

Eine glatte Lüge seitens bestimmter Politiker und Medien ist zudem die ständig geäußerte Behauptung, die Polizei sei von „Rechtsextremen“ unterwandert. Denn die Quote mutmaßlicher rechtsradikaler Vorkommnisse, die zur Einleitung von Ermittlungsverfahren führten, liegt bei gerade einmal 0,02 Prozent.

Von Politik und Medien attackiert

Das alles hat natürlich Konsequenzen. Die Ohnmacht gegenüber missgünstigen Politikern und einem pflichtvergessenen Dienstherrn auf der einen und dreisten Kriminellen auf der anderen Seite führt immer öfter zu subversiven Aktionen wie dem bewussten Durchstechen vertraulich-brisanter Informationen an die Öffentlichkeit. Andere Beamte flüchten sich in Dienst nach Vorschrift oder werden krank: Der Krankenstand unter Polizisten liegt doppelt so hoch wie beim Durchschnitt der arbeitenden Bevölkerung.

Trotz alledem blieb die große Revolte bisher aus: Explizite Dienstverweigerungen bilden nach wie vor die absolute Ausnahme, und auch die der Polizei angehörenden Personenschützer von Politikern, welche die Beamten nach Kräften demütigen, verrichten scheinbar gelassen ihren Job. Dabei drängt sich unweigerlich die Frage auf: Wie lange noch? *W.K.*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 3 · 17. Januar 2020

NEUBAUTEN IN KÖNIGSBERG

Immer mehr, immer höher hinaus

Bauvorhaben sind Sache der Gebietsregierung – Bürger beklagen sich vielfach in Internetforen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Umstritten, weil sie das Gesicht der Stadt verändern und lange Schatten werfen: Hochhäuser im Zentrum Königsbergs *Foto: J.T.*

Als Gouverneur Anton Alichanow 2016 sein Amt antrat, wurden in der Gesetzgebung des Königsberger Gebiets eine Änderung vorgenommen. Diese betrafen auch die Baupolitik der Stadt. Seitdem wird über die Umsetzung von Bauprojekten, die Erteilung von Baugenehmigungen und die Gestaltung des Erscheinungsbilds der Städte in der Region nicht mehr in den Kommunen, sondern auf Ebene der Regionalregierung entschieden. Die Stadtverwaltungen beschäftigen sich weiter mit der Umsetzung von Infrastrukturprojekten wie der Gestaltung von Plätzen, der Beleuchtung, mit Bänken, Mülltonnen und dergleichen.

Früher hatte der jeweilige Stadtrat die Entscheidungen über Bauvorhaben selbst getroffen. Da die Mehrheit der Abgeordneten Eigentümer von Baufirmen sind – beispielsweise sind die Firmen des Abgeordneten Walerij Makarow am Bau von 14 Hochhäusern und die von Jewegenij Wercholas an über 20 Neubauten beteiligt –, wäre zu erwarten gewesen, dass im Zusammenhang mit der Übertragung von Befugnissen zur Erteilung der Baugenehmigungen an die Landesregierung positive Veränderungen eintreten würden.

Bei einem Treffen des regionalen Architektur- und Stadtplanungsrates, bei dem der Bau eines Hochhauses in der Alten Pillauer Landstraße [Dmitrij Donskoj] diskutiert wurde, machte Jewgenij Kostromin, Chefarchitekt des Königsberger Gebiets, deutlich, dass Königsberg in Bezug auf die Architektur dem Weg Hamburgs folgen und die Anzahl der Stockwerke der neuen Gebäude nicht grundsätzlich einschränken solle.

Die Hochhausbebauung auf jedem verfügbaren Grundstück ist bereits zur Norm für die Stadt geworden, aber einige Architekten und die Bewohner der umliegenden Häuser sind entschieden dagegen. Viele Russen vergleichen Königsberg mit Shanghai, der größten chinesischen Me-tropole, die trotz des Einsatzes modernster Technologie als Synonym für Chaos und Unordnung gilt. Sergej Gulewskij, Mitglied des russischen Architektenverbands, bezeichnete die Entwicklung Königsbergs als „Shanghai und ein Chaos, in dem psychisch kranke Kinder aufwachsen werden“. Seiner Meinung nach „töten“ die Entwickler einfach die städtische Umgebung.

Planung ohne Bürgerbeteiligung

Viele Architekten gehen davon aus, dass der Bau von Hochhäusern einen wirtschaftlichen Nutzen für die Bauherren bringe. Berücksichtigt man jedoch den Gesundheitszustand der Bürger, so ist bekannt, dass eine mehrgeschossige, dichte Bauweise sich negativ auf die Psyche auswirkt. Gulewskij beklagte, dass in Europa im Durchschnitt Siedlungen und Städte etwa 4,5 Prozent eines Staatsgebietes einnähmen, während in Russland die Fläche aller Städte weniger als ein Prozent der Gesamtfläche des Landes ausmache. Warum also mehrstöckige Gebäude dicht nebeneinander bauen? Er wies darauf hin, dass Königsberg ein historisches Erbe sei:

„Wir haben ein wunderbares Erbe: Königsberg und seine Planungsstruktur. Wenn wir durch das Zentrum gehen, ... sehen wir, wie groß die Häuser und die Straßen sind. Der Mensch lebt gut da. Eine gemütliche Straße und ein gemütlicher Innenhof sorgen für psychische Gesundheit und angenehme Gefühle.“ Zwischen Wolkenkratzern müssten sich die Städter dagegen wie Ameisen vorkommen.

Er forderte, durch Diskussionen einen Konsens mit den Bürgern zu erreichen. Einen solchen Mechanismus gebe es nicht. Weder Bürger noch Architekten dürften echte Diskussionen führen. Die Fachwelt und die Bürger müssten ihrem Ärger in sozialen Netzwerken Luft verschaffen, während die Stadt und die regionalen Behörden ihre Pläne einfach weiter umsetzten.

Gulewskij beklagte, dass mit der neuen Gebietsregierung die positiven Entwicklungen, die es seit dem inzwischen eingestellten Projekt „Herz der Stadt“ gab, Vergangenheit seien. „Jetzt haben wir Architekten überhaupt keine Informationen mehr. Fast alle neuen Projekte sind von der Dunkelheit des Unbekannten bedeckt. Niemand kennt die Strippenzieher, und wer etwas tut oder wie.“

In der Tat wurden seit Amtseinführung der neuen Regierung die Stadtentwicklungspläne geändert. Wo früher ein freier Platz geplant war, gibt es nun Gebäude und Einkaufszentren. Alle Versprechungen des bisherigen Bürgermeisters oder Gouverneurs wurden von der neuen Führung wieder einkassiert. Die künftige Entwicklung Königsbergs bleibt somit intransparent.

MELDUNGEN

Elektrisch nach Memel

Memel – Die Litauische Eisenbahn hat einen Vertrag über die lange erwartete Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen Memel und Wilna abgeschlossen. Vertragsnehmer sind die spanischen Unternehmen Elecnor und Instalaciones Inabensa, die mit gut 363 Millionen Euro den Zuschlag erhalten haben. Dieser Preis liegt etwa ein Fünftel unter den Baukosten für ähnliche Projekte in den übrigen EU-Staaten während der letzten Jahre. Bis Ende 2023 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Die Bahn rechnet mit erheblichen Kostensenkungen durch geringere Energie- und Wartungskosten von über einer halben Milliarde Euro. Wie der litauische Transportminister Jaroslav Narkevič mitteilte, will die Regierung den Warentransport auf der Strecke erheblich steigern: Letztlich sollen Güter 70 Prozent der Gesamtauslastung ausmachen. Hintergrund für diese Erweiterungspläne ist der Wunsch Litauens nach einer möglichst hohen Beteiligung am Projekt der „Neuen Seidenstraße“, mit der Waren zwischen Mitteleuropa und China sowie den neuen, unter chinesischer Federführung errichteten Fabrikationsanlagen in Weißrussland über den Hafen von Memel transportiert werden sollen. *T.W.W*

Kant-Kongress in Königsberg

Königsberg – Eigentlich sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein, aber nun wurde es offiziell beschlossen: Im 300. Geburtsjahr des Königsberger Philosophen findet der XIV. Internationale Kant-Kongress in der Geburtsstadt des großen deutschen Denkers statt. Als Veranstalter wurde die Immanuel-Kant-Universität ausgewählt. Deren Antrag auf Ausrichtung war von ihren in der Kant-Gesellschaft e.V. zusammengeschlossenen deutschen Kollegen nachdrücklich unterstützt worden. *T.W.W.*

MEMELUFER

Tilsit ist um ein Schmuckstück reicher

Erholungsort für die Bürger der Stadt und touristischer Anziehungspunkt für Besucher

Lange Jahre stellte das verwahrloste Ufergelände entlang der Memel ein öffentliches Ärgernis dar. Die Anlegestellen, einst Domizil der Tilsiter Dampferflotte, waren verfallen. Die Suche nach einer Neugestaltung hatte nun endlich Erfolg. Mit der Teilnahme an einem gesamtrussischen Wettbewerb zur Anlage umweltfreundlicher Bürgerbereiche in Kleinstädten bot sich eine Chance, das Areal zu einem ansehnlichen Uferpark zu gestalten. Unter den 156 Bewerbern sicherte sich Tilsit mit einem überzeugenden Projekt einen der vorderen Plätze und damit auch die erforderlichen Mittel.

Binnen eines reichlichen Jahres schufen die Bauleute auf einem vier Hektar großen Areal einen Uferpark, der zu einer Attraktion für die Bürger der Stadt und ihre Besucher geworden ist. Er erstreckt sich etwa einen Kilometer entlang des Memelufers von der Königin-Luise-Brücke bis an den ehemaligen Hafenspeicher. Neben Spazierwegen entstanden Ruhebänke und Aussichtsplattformen mit dem Blick über den Strom nach Litauen, Grünflächen mit Rabatten, Laternen, Kinderspielplätze und Anlagen für sportliche Betätigung. Verlegt wurden 2500 Granitpflastersteine und 12500 Quadratmeter Gehwegplatten.

Schickes Parkgelände, wo bis vor Kurzem ein ungepflegtes Ufer zu sehen war: Memelufer nahe der Königin-Luise-Brücke in Tilsit *Foto: J. Rosenblum*

Auf erhöhter Ebene, geschützt vor möglichem Frühjahrshochwasser, befinden sich ein Straßencafé, eine Ladenzeile mit Souvenirständen und ein beleuchteter Springbrunnen. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 143 Millionen Rubel, das sind etwa zwei Millionen Euro.

Das Gelände wird überragt von einem 37 Meter hohen Fahnenmast mit einer überdimensionalen Trikolore der Russischen Föderation, welche die größte ihrer Art im Königsberger Gebiet sein soll. Mit einem feierlichen Zeremoniell wurde der Uferpark am 25. Dezember 2019 eröffnet. Umrahmt von Flaggenhissung, Salutschüssen und Darbietungen einer Militärkapelle betonte Oberbürgermeister Nikolaj Woischew die Bedeutung der Anlage für das Wohl der Bürger und für das Flair der Stadt.

Mit dem Uferpark hat Tilsit ein weiteres städtebauliches Schmuckstück erhalten, eine attraktive Erholungsstätte für die Menschen und einen neuen Anziehungspunkt für den Tourismus.

Hans Dzieran

Wir gratulieren …

Pr. Eylau Ein Blick auf das Gehöft von Erich Krause, das mit einer Größe von knapp über 52 Hektar das zweitgrößte in Albrechtsdorf, Kreis Preußisch Eylau, war. Das Dorf, das bereits 1880 das zweitgrößte Dorf im Landkreis war, beging 1935 sein 600-jähriges Bestehen. Am Ende des Zweiten Weltkriegs war Albrechtsdorf hart umkämpft. Heute trägt es den Namen „Wojciechy“ und gehört zum polnischen Teil Ostpreußens.

Foto: Archiv PAZ

ZUM 103. GEBURTSTAG

Funk, **Paul**, aus Sorthenen – Kirche Pobethen, Kreis Samland, am 10. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schmidt, **Magdalena**, geb. **Stern**, aus Neidenburg, am 23. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kallweit, **Gerda**, geb. **Boehnke**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 23. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gerewitz, **Emma**, geb. **Schuran**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 18. Januar

Lange, **Margarete**, geb. **Czaplinski**, aus Treuburg, am 20. Januar

Leiss, **Irmgard**, geb. **Liss**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 20. Januar

Myska, **Karl**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 22. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bartuleit, **Ernst**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

Dickschas, **Kurt**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Januar

Dinse, **Luise**, aus Lyck, am 23. Januar

Jurkschat, **Rudolf**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

Truskowski, **Gertrud Roswitha**, geb. **Czerwonka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 17. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Faerber, **Anna-Elise**, geb. **Possekel**, aus Ebenrode, am 18. Januar

Hertrampf, **Gertrud**, geb. **Passargus**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 18. Januar

Kleine, **Elfriede**, geb. **Kramberger**, aus Lyck, am 20. Januar

Klietz, **Margarete**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 19. Januar

Oberdiek, **Ilse**, geb. **Reikat**, aus Groß Lenkenau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Januar

Raupach, **Elisabeth**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 17. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dreipelcher, **Dr. Horst**, aus Lyck, am 19. Januar

Mäder, **Gerda**, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Pfeiffer, **Irene**, aus Taulensee, Kreis Osterode, am 19. Januar

Pukies, **Egon**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 18. Januar

Rohde, **Kurt**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 19. Januar

Stoll, **Willy**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Wallis, **Brunhilde**, geb. **Schweiger**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 23. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dembeck, **Helmut**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 21. Januar

Hermenau, **Alfred**, aus Königsberg, am 10. Januar

Walendy, **Udo**, aus Lyck, am 21. Januar

Winter, **Doris**, geb. Nebel, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dzeya, **Walter**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar

Ehlers, **Ingrid**, geb. **General**, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

Engels, **Margarete**, geb. **Weiß**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Kohn, **Heinz**, aus Wehlau, am 22. Januar

Lang, **Waltraut**, geb. **Zahlmann**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

Langhals, **Lieselotte**, geb. **Gollan**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 21. Januar

Lorenzen, **Elsa**, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

Meisel, **Luzia**, geb. **Kallweit**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Januar

Ruchotzki, **Gerhard**, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 17. Januar

Schmidt, **Helga**, geb. **Pitsch**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

Zaenker, **Erna**, geb. **Peitsch**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 19. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bolze, **Helene-Martha**, geb. **Bernatzki**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

Pusch, **Gerda**, geb. **Polenz**, aus Weischkitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Acksel, **Irmgard**, geb. **Kowalzik**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 20. Januar

Albeke, **Hildegard**, geb. **Reimer**, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 19. Januar

Albers, **Eleonore**, geb. **Riemer**, aus Brandlacken, Kreis Wehlau, am 17. Januar

Baatz, **Anneliese**, geb. **Schenk**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Bialowons, **Rudolf**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar

Dennig, **Willi**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. Januar

Gayk, **Maria**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 18. Januar

Graf, **Irene**, geb. **Klimach**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Heldt, **Manfred**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

Hillgruber, **Hans-Georg**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Januar

Kleinschmidt, **Manfred**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 20. Januar

Pelludat, **Christel**, geb. **Kalex**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar

ANZEIGE

Masuren und Danzig
Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Poerschke, **Paul-Gerhard**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 23. Januar

Rathje, **Hildegard**, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Sagitzki, **Erika**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Scheele, **Helene**, geb. **Schönfeld**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 17. Januar

Schütte, **Irma**, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

Strasdeit, **Heinz**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

Warda, **Edith**, geb. **Diederich**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 21, am 19. Januar

Werschkull, **Klaus**, aus Königsberg, am 21. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ananias, **Helmut**, aus Vickenau, Kreis Neidenburg, am 20. Januar

Böhm, **Horst**, aus Lyck, am 21. Januar

Borg, **Irene**, geb. **Kraft**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Büchner, **Helga**, geb. **Faber**, aus Babenten, Kreis Sensburg, am 23. Januar

Czub, **Reinhold**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 18. Januar

Heinl, **Rudolf**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar

Hornickel, **Lydia**, geb. **Przykopp**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 22. Januar

Jondral, **Werner**, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar

Kirsch, **Helga**, geb. **Rosinski**, aus Rostken, Kreis Lyck, am 17. Januar

Krause, **Horst**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

Lubert, **Gerda**, geb. **Jortzik**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 18. Januar

Mekelburg, **Anita**, geb. **Drewsky**, aus Schönwiese, Kreis Insterburg, am 13. Januar

Meschkauskiene, **Charlotte**, geb. **Stanschus**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Januar

Oltersdorf, **Walter**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 22. Januar

Prange, **Ulrich**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Pullwitt, **Inge**, geb. **Noga**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 20. Januar

Schlesier, **Gerda**, geb. **Meschkat**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

Schubert, **Gerda**, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 21. Januar

Schult, **Lieselotte**, geb. **Pucknus**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

Spickschen, **Ingolf**, aus Woydiethen, Kreis Fischhausen, am 20. Januar

Thieme, **Helga**, geb. **Bogumil**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bethke, **Dieter**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Januar

Beutler, **Werner**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 20. Januar

Döhmen, **Regina**, geb. **Winter**, aus Schurfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Januar

Fischer, **Margret**, geb. **Rohmann**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

Friedrich, **Erika**, geb. **Sanio**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Jaquet, **Dieter**, aus Neidenburg, am 22. Januar

Klein, **Erika**, geb. **Glatkowski**, aus Neidenburg, am 19. Januar

Kudies, **Horst**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 17. Januar

Meier, **Irmtraut**, geb. **Sobottka**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 21. Januar

Ospel, **Waltraut**, geb. **Arndt**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 21. Januar

Press, **Elisabeth**, geb. **Pfennig**, Kreisgemeinschaft Bremen, am 22. Januar

Pultke, **Arno**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 18. Januar

Raehse, **Horst**, aus Fischhausen, am 20. Januar

Riech, **Udo**, geb. **Meißner**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 22. Januar

Ruppenstein, **Christel**, geb. **Barteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

Ryk, **Ulrich**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 23. Januar

Seiler, **Helga**, geb. **Reuter**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 18. Januar

Tolksdorf, **Arnold**, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 22. Januar

Zimare, **Rosemarie**, geb. **Lemke**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

14./15. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)
17. bis 19. April: Kulturseminar in Helmstedt
18./19. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
26. bis 28. Juni: 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
11. Juli: Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein
12. Juli: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen
18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder auf unserer Webseite www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

PAZ wirkt!

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de **Geschäftsstelle:** Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, Tel.: (089) 517826, Fax (0821) 3451425, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Nürnberg – Dienstag, den 28. Januar 2020, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstr. 1, Ende der U1 gegenüber. „Heimat Ostpreußen, ein Film“. Der vorgesehene Ostpreußen-Vortrag muss wegen Erkrankung des Referenten verschoben werden. Allen Mitgliedern und Freunden der Heimat wünschen wir ein gesundes neues Jahr 2020.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Hamburg – Kulturreferat Sonntag, 15. März 2020. Sie sind herzlich eingeladen zu unserer Busfahrt zum ostpreußischen Theater „Dittchenbühne“ nach Elmshorn. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken und einem Gläschen Bärenfang sehen wir uns die Aufführung „Biedermann und die Brandstifter“, Drama von Max Frisch, an. Der Preis für den Ausflug beträgt 32 Euro pro Person. Darin enthalten sind die Fahrt mit einem modernen Reisebus, Kaffee und Kuchen sowie die Theateraufführung.

Abfahrten:
13.00 Uhr Meckelfeld, Höpenstr. 88, Bushaltestelle Waldquelle
13.15 Uhr Bahnhof Harburg
14.00 Uhr Kirchenallee beim Hamburger Hauptbahnhof

Die Rückfahrt erfolgt um 18.30 Uhr nach Hamburg-Kirchenallee, Harburg und Meckelfeld.

Anmeldung bei Walter Bridszuhn via Tel.: (040) 6933520 und 0172/92 09 151 oder per E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:**: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Tel. (06151) 148788.

Kassel, Donnerstag, 6. Februar 2020, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl. Anschließend Vortrag von Gerhard Raßner: „Reisen über Oder und Weichsel – da kann man was erleben“.

Ort: Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3 (AWO-Seniorenheim), Kassel.

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688.

Anklam - Jahresauftakt: Am Sonnabend, dem 4. Januar 2020, hatte die Landesgruppe der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern 50 ehrenamtlich tätige Landsleute zum jährlichen Drei-Königs-Treffen nach Anklam eingeladen. Mit einem festlichen Mittagessen und Sekt-Empfang dankte der Vorstand diesen unermüdlichen Helfern, ohne deren Einsatz die großen Heimattreffen nicht möglich wären.

Beim Rückblick auf das Jahr 2019 standen die jüngsten Aktionen im Vordergrund, so das mit 1.200 Landsleuten gut be-suchte Landestreffen in Neubrandenburg und die Weihnachtspäck-chenaktion im Dezember ins Memelland. Die Übergabe an die Landsleute in Plicken, Memel, Heydekrug, Pogegen und anderen Orten dokumentierte ein umfangreicher Vortrag in Bild und Film.

In der Neujahrsandacht ging es anhand alter Ausweise und Urkunden um die „doppelte Staatsbürgerschaft“ des Menschen – die irdische und die himmlische. Außerdem wurde noch ein großer Stapel Weihnachtspost – darunter litauische, polnische, russische und brasilianische Grüße – und von den Besuchern selbst heitere und ernste Gedichte und Geschichten vorgetragen.

Im neuen Jahr 2020 begeht die Landesgruppe vier Jahrestage: 75 Jahre Kriegsende, 30 Jahre Wiedervereinigung, 25 Jahre Denkmal am Steintor und 20 Jahre Mehrzweckhalle „Volkshaus“ in Anklam, welche die Ostpreußen als Erste offiziell nutzten – und das vom Jahr 2000 bis heute mit etwa 100 Großveranstaltungen. Es gab also viel abzusprechen, und bei Kaffee, Kuchen und einem letzten Weihnachtsliedersingen ging diese fröhliche Auftaktveranstaltung des neuen Jahres viel zu schnell zu Ende.

Friedhelm Schülke

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Am Mittwoch, 22. Januar 2020, findet keine Monatsversammlung statt. Wir treffen uns wieder am Mittwoch, 26. Februar um 15.00 Uhr. Allen Mitgliedern ein gutes neues Jahr 2020 – mit Gesundheit, Zufriedenheit und weltweitem Frieden.

Gelungener Jahresauftakt Am 4. Januar 2020 lud die Landesgruppe der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern zum jährlichen Drei-Königs-Treffen nach Anklam *Foto: privat*

Oldenburg – Bericht über unsere Versammlung am 8. Januar 2020 Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg begann das Jahr 2020 mit dem Video-Film „Ostpreußens Schlösser“, der die virtuellen Rekonstruktionsversuche an den zerstörten Schlössern Schlobitten, Schlodien und Friedrichstein in Ostpreußen zeigt, um eine detailgetreue Darstellung am Computer zu ermöglichen. Das ist ein multinationales Projekt unter der Leitung des Herder-Instituts in Marburg. Außerdem gedachten wir unserer 2019 verstorbenen Mitglieder und hörten den Jahresbericht 2019.

Bei unserem nächsten Treffen am 12. Februar – im Stadthotel, Hauptstraße 38 in 26122 Oldenburg-Eversten, um 15.00 Uhr – stellt Dr. Siegmund Fröhlich sein Buch „Masurische Wortschätze und Familiengeschichten“ vor. Siegmund Fröhlich hat über 800 Wörter der masurischen Sprache gesammelt und einen Teil davon in kleine Geschichten eingeflochten. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de.

Bielefeld – Jahreshauptversammlung der Ostpreußen in Bielefeld am 9. Februar 2020. Anträge bitte bis 4.2. an den Vorsitzenden. Der Tagungsort und die genaue Zeit werden noch mitgeteilt.

Lippe – Die Landsmannschaft Ostpreußen Kreisgruppe Lippe plant 2020 drei Veranstaltungen:
- Frühjahrsveranstaltung am 6. Mai 2020
- Herbstveranstaltung am 16. September 2020 und die
- Adventsveranstaltung am 2. Dezember 2020.

Alle Veranstaltungen finden im Kleinen Festsaal der Stadthalle Detmold jeweils von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr statt.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Zu unserem Jahresabschluss mit Weihnachtsfeier nach alter Tradition unserer Heimat Ostpreußen waren nicht nur unsere Landsleute herzlich eingeladen, sondern auch viele liebe Gäste. So konnten wir am 14. Dezember 2019 im großen Saal des Eschemuseums sehr viele Teilnehmer begrüßen. Der Raum war bis auf den letzten Platz besetzt.

Der Saal war festlich geschmückt und erstrahlte im Licht der vielen Kerzen. Frau Gläser hatte ihre heimatlichen Handarbeiten

ANZEIGE

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ausgestellt, und Reinhard Gerullis machte sich große Mühe, dem Saal einen besonderen weihnachtlichen Glanz zu geben. Familie Kervin aus Leipzig verschenkte kleine Gläser Marmelade.

Reinhard Gerullis und Jürgen Scheffler brachten in ihrer Begrüßung ihre Freude über die zahlreiche Teilnahme zum Ausdruck. Nun sprach Elli Springwald das Gedicht von den Glocken der Heimat. Maja Büchner erzählte uns eine Weihnachtsgeschichte und sang uns allen zur Freude ein Weihnachtslied. Dafür bekam sie viel Applaus. Die Schülergruppe der Gerhard-Hauptmann-Oberschule hatte ein kleines Kulturprogramm für uns vorbereitet und auch sehr gut vorgetragen. Anschließend sprach Hannelore Kedzierski ein Gedicht über „Gedanken zur Weihnacht". Es folgten nun die schönsten Weihnachtslieder, vorgetragen vom gemischten Chor „Langenberg", und wir sangen alle fröhlich mit. Danach folgte eine Pause mit Kaffee und Stollen, und auch die Mohnrolle durfte nicht fehlen – wie es in Ostpreußen früher dazugehörte.

Im Jahr 2020 ist wieder eine Reise in die Heimat Ostpreußen geplant. Der Reiseleiter Andreas gab viele gute Informationen bekannt, wohin die Reise führen wird und was man gemeinsam erleben kann. Eine ganz persönliche Weihnachtsgeschichte erzählte Elli Springwald. Frau Büchner, eine Lehrerin, hatte mit einer Schülergruppe eine Überraschung vorbereitet. Die Kinder hatten sich als Wichtel verkleidet und gingen durch den Saal und sangen fröhliche Weihnachtslieder. Es war so herzlich und fröhlich durchgeführt, dass sie dafür viel Beifall bekamen. Dann wurde eine Weihnachtsgeschichte gespielt, und es wurde von den Kindern laut und deutlich gesprochen.

Nun kam der Weihnachtsmann mit einem Schlitten voller Geschenke, und die Wichtel haben fleißig mitgeholfen. Jeder Teilnehmer bekam einen Beutel mit Süßigkeiten geschenkt. Monika Weihe hatte rote Beutel genäht und alles sehr gut vorbereitet. Herzlichen Dank dafür! Herr Kedzierski hatte eine schöne Karte angefertigt mit guten Wünschen zur Weihnachtszeit und für das Jahr 2020.

Ein besonderer Dank gilt unserer jungen Generation, die zum Gelingen unserer Veranstaltung bei der Vorbereitung und Durchführung beigetragen hat. Dieser Dank gilt ganz besonders Peggy Gerullis und Jacklin Scheffler. Ein Dankeschön auch an Frau Gisela Lemke, die tatkräftig mit ihrer freundlichen und angenehmen Art am Einlass unterstützt hat. Der Dank gilt auch allen anderen fleißigen Helfern.

Zum Schluss gab es noch Informationen für das Jahr 2020. Reinhard Gerullis und Jürgen Scheffler verabschiedeten die Teilnehmer mit vielen guten Wünschen und bedankten sich für die rege Teilnahme und für die Treue zu unserer Landsmannschaft.

H. u. H. Kedzierski

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.
Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.
Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 €.

Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:
Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info.

Kiel – Einladung zum Preußentag Sonntag, 19. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat, Wilhelminenstraße 47-49, 24103 Kiel.

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden der LO Schleswig-Holstein, Edmund Ferner.
2. Vortrag: „Deutschlands Geschichtsbild 2020", Referent: Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof, anschl. Diskussion
3. Mittagessen (ca. 12.00 Uhr)
4. Vortrag: „Kriegssschauplatz Ostpreußen im Ersten Weltkrieg und die Zeit nach den Kämpfen", Referent Peter Gerigk
5. Sketch von Ingelore Spaeth und Jochen Gawehns
6. Verschiedenes
7. Kaffeetrinken
8. Zum Ausklang des Tages singen wir das Ostpreußenlied.

ANZEIGEN

Seele des Menschen,
wie gleichst du dem Wasser!
Schicksal des Menschen,
wie gleichst du dem Wind!

Wir trauern um

Jürgen Hansen
Oberstleutnant a.D.
* 30. Januar 1934 † 28. Dezember 2019

In tiefer Liebe und Dankbarkeit:
Regina Hansen
Sven Hansen und Marta Emila mit Alexander und Markus
Christian Hansen und Patricia mit Lena-Sophie und Josephina Zoe

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung fand am Montag, dem 13. Januar 2020, um 14 Uhr auf dem Friedhof in Neckarsteinach statt.

Jürgen Hansen
* 30. 1. 1934 † 28. 12. 2019

Langjähriger Kassenwart der Gemeinschaft Arys aus Arys/Ostpreußen, Bronsartstraße.

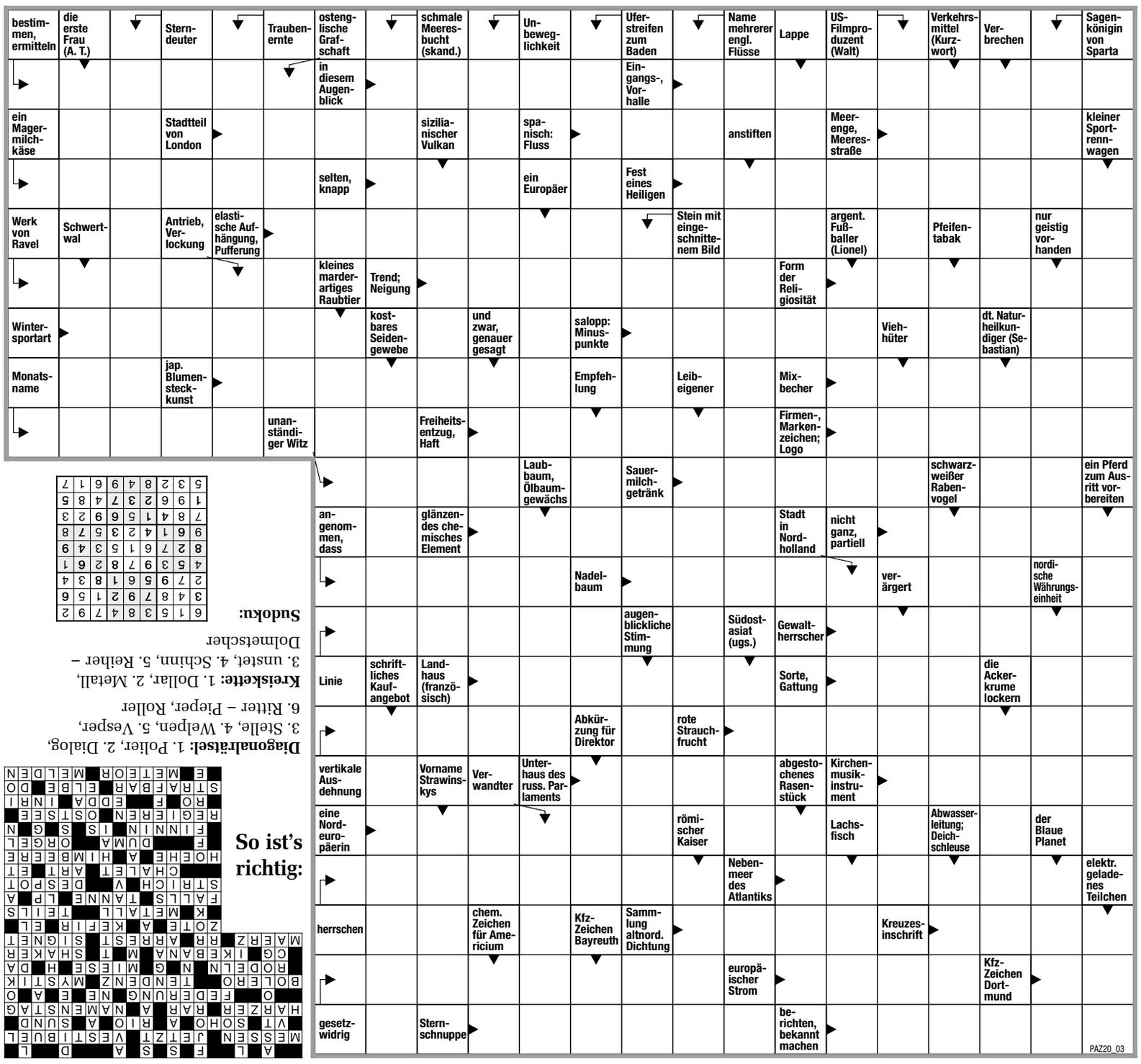
Wir werden Jürgen in ehrender Erinnerung behalten.

Der Vorstand der Gemeinschaft Arys

Zusendungen für die Ausgabe 5/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der Ausgabe 5/2020 (Erstverkaufstag 31. Januar) bis spätestens Dienstag, den 21. Januar 2020 an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de,
Fax: (040) 41400850 oder
postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Rätsel



Sudoku:

7	1	6	9	4	8	2	3	5
5	3	2	8	6	4	9	7	1
1	9	6	2	3	7	4	8	5
7	8	4	1	5	9	6	2	3
9	6	1	4	2	3	5	7	8
8	2	7	6	1	5	3	4	9
4	5	3	9	7	8	2	6	1
2	7	9	5	6	1	8	3	4
3	4	8	7	9	2	1	5	6
6	1	5	3	8	4	7	9	2

Diagonalrätsel: 1. Polier, 2. Dialog, 3. Stelle, 4. Welpen, 5. Vesper, 6. Ritter – Pieper, Roller

Kreiskette: 1. Dollar, 2. Metall, 3. unstet, 4. Schinn, 5. Reiher – Dolmetscher

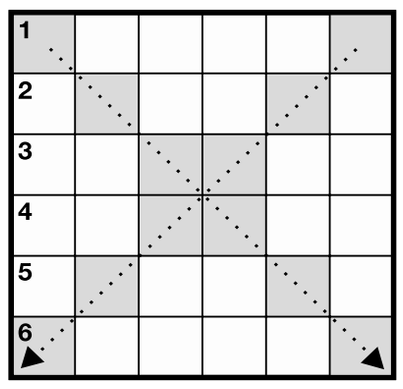
So ist's richtig:

Sudoku

3			7	9	2			6
		9	5		1	8		
	5		9		8		6	
8	2						4	9
	6		4		3		7	
		4	1		6	9		
1			2	3	7			5

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



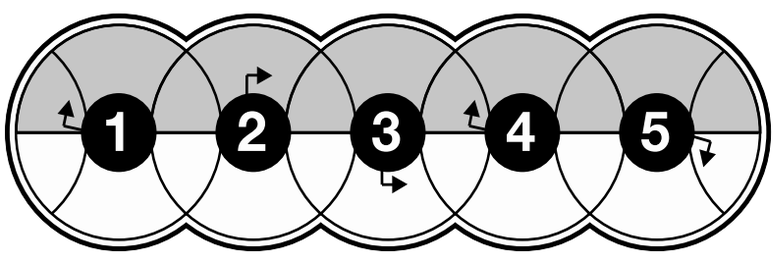
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Singvögel.

1 Vorarbeiter der Maurer
2 Zwiegespräch
3 Ort, Platz
4 Hundejunges (Mehrzahl)
5 Abendbrot (bayerisch)
6 adliger Krieger im Mittelalter

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Gesprächsübersetzer.

1 amerikanische Währung, **2** Grundstoff, **3** von innerer Unruhe getrieben, **4** norddeutsch für Kopfschuppen, **5** Schreitvogel



Heimatkreisgemeinschaften

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 – 983-31 00; Fax: 04261 – 983 –31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

Heimatpolitische Tagung

Zum 62. Mal laden die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) am 8. und 9. Februar zur Heimatpolitischen Tagung in die Theodor-Heuss-Schule Rotenburg (Wümme) ein. Interessierte Gäste sind herzlich willkommen.

Drei Referate stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Heimatpolitischen Tagung. Den Auftakt macht Dr. Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, am 8. Februar um 15 Uhr mit einem Bericht über die neueste Entwicklung in seinem Museum. Im Anschluss wird Sönke Kosicki, Leiter des Archives des Landkreises Rotenburg (Wümme), ein besonderes Dokument der Patenschaftsübernahme vor 70 Jahren präsentieren. Es handelt sich hierbei um eine Tonaufnahme des Festaktes. Der Abend endet mit einem gemeinsamen Abendessen. Traditionell wird Elchbraten serviert.

Am 9. Februar um 10 Uhr endet die Tagung dann mit einem Referat von Dr. Wolfgang Brandes über den Heidedichter Hermann Löns.

Alle Referenten stehen im Anschluss an ihre Vorträge für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Für Speisen und Getränke während der Veranstaltung ist ausreichend gesorgt. Interessierte Gäste sind herzlich willkommen.

Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Es wird allerdings um Anmeldung, insbesondere zum Abendessen, beim Landkreis Rotenburg (Wümme), Telefon: (04261) 983-2858, E-Mail: michael.meyer@lk-row.de, bis zum 31. Januar gebeten.

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

11. Lycker-Treffen in Bremen

Zum 11. Mal fand am Donnerstag, dem 14. November 2019, das Lycker-Treffen im Bremer Hotel „Zur Post“ gegenüber dem Hauptbahnhof statt. Organisator des Treffens – sowie auch der vorangegangenen Treffen – war Wilhelm Norra, Ortsvertreter von Sareiken sowie Bezirksvertreter Lyck-Land und Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck e.V.

Teilgenommen an der Veranstaltung haben 55 Landsleute, die durch schriftliche Einladung, Bekanntgabe im Lycker Brief, sowie in der *PAZ*/*Das Ostpreußenblatt* auf die Veranstaltung aufmerksam geworden waren, darunter vier Bezirksvertreter und elf Ortsvertreter der Kreisgemeinschaft Lyck.

Das Treffen begann um 13 Uhr. Bis 14 Uhr war Zeit für persönliche Begrüßungen und zum Gedankenaustausch. Um 14 Uhr eröffnete Wilhelm Norra den offiziellen Teil des Treffens mit dem Gedicht „Die Lycker Ecke“, umrahmt von zwei heimatlichen Liedern.

Als danach alle in Gedanken in ihrer ehemaligen Heimatstadt Lyck angekommen waren, begrüßte Wilhelm Norra die Anwesenden und hieß sie herzlich willkommen, darunter auch die ehemalige langjährige Sprecherin der mittleren Generation und Kassenwartin, Bezirks- und Ortsvertreterin von Stradaunen und Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck, Heidi Mader sowie ihren Ehemann, Michael Mader, Mitglied des Kreistages und zuständig für den Buchversand.

Ganz besonders freudig begrüßen konnten er sowie alle Landsleute die Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Lyck, Bärbel Wiesensee, die die weite Reise von Niederkrüchten nach Bremen auf sich genommen hatte.

Einzeln begrüßte Wilhelm Norra dann auch die Bezirksvertreter von Gorlau, Soffen und Stradaunen sowie die Ortsvertreter von Neuendorf, Talussen und Renkussen, Lisken, Birkenwalde, Georgsfelde und Kelchendorf, Keipern, Petersgrund, Willenheim und Zielhausen, Selmenthöhe Schönhorst und Seliggen, Millau, Stradaunen sowie Auersberg und Kechlersdorf. Heidi Mader dankte Wilhelm Norra für seine Arbeit mit den vielen Bremer Treffen und sprach u.a. auch über das alljährlich von ihr ausgerichtete Lycker Regionaltreffen in Lübeck, das in diesem Jahr am 26.04.2020 wieder im Restaurant „Zum Tucher“ stattfinden wird. Michael Mader hatte wieder einen Büchertisch aufgebaut und berichtete den Landsleuten auch über neue Bücher, die er erstmals zum Verkauf dabei hatte.

Eine ausführliche Ansprache hielt anschließend die Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Lyck, Bärbel Wiesensee. Darin berichtete sie über die vielen Aktivitäten der Kreisgemeinschaft, die vielfältigen Kontakte und über das gute Verhältnis zu den Kommunalpolitikern unserer Heimatstadt Lyck, jetzt Elk. So war die Kreisvertreterin unter anderem eingeladen worden zur Feier der Polen zu ihrer Unabhängigkeit. Dabei wurde sie vorgestellt als Repräsentantin der ehemaligen Einwohner der Stadt Lyck.

Zwischen den Reden spielte Wilhelm Norra zur Auflockerung jeweils ein Volkslied auf seinem Akkordeon. Nach den Reden wurde gemeinsam das Ostpreußenlied mit Akkordeonbegleitung gesungen.

Im Anschluss an den offiziellen Teil gab es bei Kaffee und Kuchen Gelegenheit zu weiteren persönlichen Gesprächen. Zwischendurch wies Wilhelm Norra nochmals darauf hin, dass die Regionaltreffen nicht in Konkurrenz zu den Haupttreffen der Kreisgemeinschaft in Hagen stehen sollten. Die Teilnahme an den Haupttreffen ist unbedingt erforderlich, damit dort nicht immer weniger Landsleute teilnehmen und ein anderer Veranstaltungsort in Hagen gesucht werden müsste.

Das Treffen endete gegen 18.00 Uhr. Zum Ausklang hatte Wilhelm Norra wie bereits in den letzten Jahren einen Tisch im Bremer Ratskeller reserviert. Etwa zwanzig Landsleute verbrachten dort noch ein paar nette Stunden in heimatlicher Verbundenheit.

Es wurde beschlossen, auch im nächsten Jahr ein Lycker Treffen in Bremen zu veranstalten. Das Treffen findet statt am Donnerstag, dem 12. November 2020, von 13.00 bis 18.00 Uhr, wiederum im Hotel „Zur Post“ in Bremen, Bahnhofsplatz 11, gegenüber dem Bremer Hauptbahnhof.

Weitere Einzelheiten über das Treffen können gern erfragt werden bei Wilhelm Norra, Tel. (0421) 82 06 51.

Preußisch Eylau

Kreisvertreter: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net.
Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.
Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries.

Zehntägige Rundreise

Landsmann Gerd Birth aus Canditten hat für die die Zeit vom 18. bis 27. Juni 2020 eine Busreise nach Warschau und Ostpreußen organisiert. Hier der geplante Reiseverlauf:

1. Tag, Donnerstag, 18. Juni: Einstieg/Zustieg beginnend in Bielefeld, dann Weiterfahrt über Herford, Langenhagen, entlang der A2 und des Berliner Rings, Überquerung der polnisch-deutschen Grenze bei Frankfurt/Oder und Zwischenübernachtung bei Posen.

2. Tag, Freitag, 19. Juni: Weiterfahrt nach Warschau, dort erster Teil der Stadtführung und Ankunft am Hotel für zwei Übernachtungen.

3. Tag, Samstag, 20. Juni: Besuch der wunderschönen Warschauer Altstadt und des eindrucksvollen Schlossplatzes, Besichtigung des Königlichen Schlosses und Zeit für eigene Unternehmungen.

4. Tag, Sonntag, 21. Juni: Abfahrt vom Hotel in Warschau in Richtung Norden. Zwischen-Stopp in Allenstein/Olztyn für eine Führung zu den Sehenswürdigkeiten Hohes Tor, Marktplatz, Rathaus, Burg Allenstein und Kopernikus-Denkmal. Dann Weiterfahrt zum Hotel in Heilsberg/Lidzbark Warminski für zwei Übernachtungen.

5. Tag, Montag, 22. Juni: Fahrt von Heilsberg nach Canditten/Kandyty für eine kleine Feierstunde. Weiterfahrt nach Landsberg/Górowo Iławeckie mit einer kleinen Stadtführung und anschließendem Besuch der Deutschen Gesellschaft Natangen bei Kaffee und Kuchen, danach gemütliches Grillpicknick in Landsberg. Private Unternehmungen sind möglich.

6. Tag, Dienstag, 23. Juni: Abfahrt von Heilsberg in Richtung Bartenstein/Bartoszyce und Beisleiden/Bezledy, dort Überquerung der polnisch-russischen Grenze, kurzer Halt am L´Estocq-Denkmal bei Pr. Eylau/Bagrationowsk und Weiterfahrt nach Königsberg/Kaliningrad, hier Besuch des sehenswerten Bernsteinmuseums im Dohnaturm, danach zum Hotel in Königsberg für drei Übernachtungen. Der Rest des Tages steht zur freien Verfügung.

7. Tag, Mittwoch, 24. Juni: Ausführliche Stadtrundfahrt mit Führungen durch die verschiedenen Stadtteile Königsbergs mit zahlreichen Sehenswürdigkeiten der ostpreußischen Hauptstadt, z. B. dem Dramentheater, dem Oberen und Unteren Schlossteich, den verschiedenen und gut restaurierten Stadttoren sowie einem Spaziergang am Hansaplatz. Weitere Stationen sind das Gelände des Meeresmuseums, die Dominsel (Kneiphof) mit der Gedenkstätte von Immanuel Kant und eine Dombesichtigung mit einem faszinierenden Orgelkonzert und ferner der Besuch der 1995 erbauten Auferstehungskirche (evangelisches Kirchenzentrum).

8.Tag, Donnerstag, 25. Juni: Ausflug in die Umgebung von Königsberg. An diesem Tag geht zunächst nach Pillau/Baltijsk mit Stadtbesichtigung und Besuch des deutschen Soldatenfriedhofs. Danach folgt eine Fahrt zur Bernsteingrube nach Palmnicken/Jantarnij mit anschließendem Spaziergang durch den Park zum wunderschönen Ostseestrand. Anschließend Weiterfahrt zum Ostseebad Rauschen/Swetlogorsk und Rückkehr nach Königsberg. Alternativ sind private Unternehmungen möglich.

9.Tag, Freitag, 26. Juni: Abfahrt vom Hotel in Königsberg und Fahrt in Richtung Kurische Nehrung. Hier Besichtigung der weltberühmten Vogelwarte Rossitten/Rybatschi, dann Passieren der russisch-litauischen Grenze bei Nidden und einstündiger Halt an der Hohen Düne bei Nidden. Weiterfahrt bis zum Ende der Kurischen Nehrung, Übersetzen mit der Fähre nach Memel, in Memel kurze Stadtführung mit Besuch am Nationaltheater und Ännchen-von-Tharau-Brunnen. Anschließend Einschiffen auf der Fähre nach Kiel.

10.Tag, Samstag,27. Juni: Verlassen der Fähre in Kiel und Rückfahrt über Hamburg-Hauptbahnhof, Hannover und Bielefeld mit Möglichkeiten der Rückfahrt in Richtung Magdeburg und Berlin.

Alles in allem bietet diese Reise sehr viele interessante Ziele mit zahlreichen Abwechslungen, aber auch mit Möglichkeiten für eigene Unternehmungen.

Der Reisepreis beträgt bei 40 Teilnehmern inklusive aller Nebenkosten und Halbpension nur 988,- Euro pro Person im Doppelzimmer. Bei Anfahrt nach Bielefeld mit der Bahn ist die Abholung vom Bahnhof garantiert, für die Anfahrt mit dem Auto stehen kostenlose Parkplätze in Bielefeld zur Verfügung. Ein Reisepass für den russischen Teil ist erforderlich, das Visum besorgt die Reisefirma und kostet 89,- Euro.

Weitere Informationen und Anmeldungen bei Gerd Birth, Kantstr. 30, 41836 Hückelhoven-Baal, Tel. (02435) 616, E-Mail: g.birth@new-online.de.

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de

ANZEIGEN

Es ist vorbestimmt, wann wir kommen
und wann wir gehen.
Und keiner weiß, wie lang er bleiben kann,
denn es gibt für alle nur ein irgendwann.

Sabine Froese
geb. Kuhn

* 29. Juli 1957 Hamburg
* 9. Januar 2020 Potsdam

Meine liebe Frau, Mutter und Schwester ist nach kurzer schwerer Krankheit eingeschlafen. Das Leuchten in ihren Augen ist erloschen. Was uns bleibt, sind wunderschöne Erinnerungen.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Hans-Jörg Froese, Jess Froese, Betina Schlemmer,
Familienangehörige sowie alle, die sie lieb hatten.

Kondolenzadresse: Familie Froese, Phöbener Chausseestraße 10, 14542 Werder (Havel)

Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen,
über weite Felder lichte Wunder geh'n.

Nach einem bewegten Leben und langer schwerer Krankheit nehmen wir Abschied von unserem geliebten Vater, Schwiegervater, unserem lieben Opa und Uropa

Ernst Langkau
* 23. Oktober 1930 † 22. Dezember 2019

In liebevoller Erinnerung
Erika und Anton Klosok
Renate Dick und Michael Buse
Maria und Michael Boden mit Lukas und Kira
Theodor Langkau und Gabriele Naumann mit Matthias und Lea
Beate und Armin Braun mit Mara und Nina
Sylvia und Holger Schlossherr mit Caspar
Monika und Christian Jäkel mit Henrik und Jana-Marie
Frederik Tillmann
Ulrich Tillmann

Kondolenzanschrift:
Bestattungen Hüsgen, 41539 Dormagen, Goethestraße 3d, „Ernst Langkau“
Im Sinne von Ernst Langkau bitten wir um eine Spende zugunsten des Fördervereins für das Missionshaus Knechtsteden e.V. IBAN: DE45 3055 0000 0000 3333 02
Die Beerdigung hat am 2. Januar 2020 in Dormagen-Hackenbroich stattgefunden.

REISEN IN DIE HEIMAT

Aktivurlaub im nördlichen Ostpreußen

Sinziger Reisegruppe erlebte im Raum Insterburg aufregende Tage und fand unter den dort lebenden Russen Freunde

VON MARCO WROBEL

„Hat jemand etwas zu verzollen?“, fragte der russische Zollmitarbeiter frech grinsend in den Bus hinein. Und als ob man es vorher geübt hätte, ertönte ein gemeinsames „Nein“. „Wirklich?“ „Nein nein, bestimmt nicht!“ So übersetzte ich mir den Dialog, den ich im Bus von Danzig nach Königsberg am Grenzübergang mitbekam. Das Aussteigen blieb uns zwar nicht erspart, aber ein strahlend blauer Himmel und gut gelaunte Zöllner sorgten für einen freundlichen ersten Eindruck vom Königsberger Gebiet.

Guter erster Eindruck

Weiter ging es bis in die ostpreußische Hauptstadt, wo uns Jewgenij bereits erwartete. Schlapphut, Wanderhose, rotes Karohemd und blaue Weste, mein Bild vom typischen Russen war jetzt vollkommen zerstört. In lupenreinem Deutsch hieß er uns willkommen, ich dachte kurz an meine zwei Semester Russisch an der Volkshochschule und bekam immerhin ein kurzes „Priwjet“ heraus. Im hoteleigenen Auto wurden wir dann nach Insterburg gebracht, wo sich bereits die anderen Teilnehmer unserer Reisegruppe aufhielten: Einige Vereinskameraden vom Wassersportverein Sinzig hatten es sich bereits bequem gemacht, am nächsten Tag sollte noch ein weiterer Reiseteilnehmer zu uns stoßen, und so bildeten wir eine recht muntere, bunte Truppe, die neugierig auf dieses Land war.

Man kann das nördliche Ostpreußen nicht bereisen, ohne überall auf Spuren der Vergangenheit zu stoßen, die bis in die Kaiserzeit zurückreichen. Wurde die deutsche Vergangenheit in den ersten Nachkriegsjahren weitestgehend ignoriert, hat man heute auch diese Zeit als Teil der Geschichte begriffen und restauriert alte Häuser, richtet Museen ein und bietet Führungen an. Die Pädagogen unter uns freute der Besuch bei Jurij, einem Schuldirektor, der uns stolz seine Schule zeigte, mitsamt einem kleinen Ostpreußenmuseum. Erstaunlich, wie viel Informationen er zusammengetragen hat. Und so wurde uns immer wieder bewusst, dass die Heimat einiger unserer Vorfahren heute die Heimat der neuen Bewohner geworden ist und die Schönheit dieses Landstriches mit ihrem Zauber ein verbindendes Element ist.

Aber die eigentliche Überschrift dieser Reise war ja „Aktivurlaub“. So waren dann auch zwei Paddeltouren auf der Angerapp und der Pisa geplant. Wir glitten über kristallklares Wasser, sahen Fische im Schilf in Deckung huschen, beobachteten Eisvögel und versuchten, uns von den Bremsen nicht auffressen zu lassen – jede Romantik hat seinen Preis. Am Ende der Paddeltour erwartete uns ein Open-Air-Drei-Gänge-Menü mit anschließendem Banja (Sauna)-Besuch. Der Radfahrer, den wir abends im Hotel kennenlernten, beschrieb die russische Banja etwa so: „Beim Betreten der Banja schlagen einem etwa 100 Grad Celsius entgegen. Drinnen erwarten dich mit einem Filzhüt-chen bekleidete Menschen, die sich mit einer Birkenrute vermöbeln lassen.“ Davon war kein Wort gelogen. Der Sprung danach in den kühlenden Fluss holte einen wieder zurück in diese Welt und war herrlich erfrischend.

Aktive Reisegruppe aus Sinzig: Auf dem Programm standen neben Paddeln auf den Flüssen Angerapp und Pisa der Besuch der Rominter Heide und der Kurischen Nehrung *Foto: M. Wrobel*

Ein weiteres Muss war die Rominter Heide. Alexej, der ein kleines Museum betreibt und an diesem Tag unser Führer war, mochte uns so viel zeigen: Wilde Möhren, Waldkräuter, Pilze, natürlich Spuren der Vergangenheit und erstaunlich hohe Bäume (an die 40 Meter). Wie kamen wir nur auf die Idee, dass eine Tageswanderung für diese Gegend ausreichend wäre? Eine Woche wäre weitaus angemessener gewesen. Wie auch immer, Jewgenij trug stolz den Sack selbst gesammelter Butterpilze zu unserem Kleinbus, der uns dann zum Forsthaus brachte, eine weitere Adresse, die man nicht verpassen sollte. Dort gab es neben einem zünftigen Mittagessen auch Selbstgebrannten.

Natürlich durfte auch ein Besuch auf der Kurischen Nehrung nicht fehlen. 100 Kilometer lang trennt sie das Kurische Haff von der Ostsee. Nur an der Nordspitze bei Memel findet sich ein Durchlass, durch den sich die Memel ihren Weg ins baltische Meer gebahnt hat. Schon Thomas Mann wurde von dieser Dünenlandschaft in ihren Bann gezogen und ließ sich in Nidden von dem Geld, das er für seinen Literaturnobelpreis erhalten hatte, ein Haus errichten. Wir bauten an diesem Tag keine Häuser, sondern maximal eine Sandburg am Ostseestrand, streiften durch die Dünen und genossen den Ausblick auf das ruhig vor uns liegende Haff.

> „Die russische Banja bedeutet, sich bei 100 Grad Celsius mit einem Birkenbündel verprügeln zu lassen“
>
> **Badegast**
> Hotel Insterburg

Es war schlichtweg unmöglich, alle Eindrücke dieser Reise in einen druckbaren Bericht zu packen, aber vielleicht reicht ja auch die Bemerkung, dass wir uns alle in dieses Land, die Menschen, die liebenswerte Schlitzohrigkeit, das leckere Essen und die vielen Herzbegegnungen verliebt haben.

Viel zu schnell verging die Zeit und ein wenig wehmütig traten wir unsere Heimreise an – aber mit dem schönen Gefühl, im nördlichen Ostpreußen neue Freunde gefunden zu haben.

REICHENBACH/NIEDERSCHLESIEN

Honig brachte die Inspiration

Erfolgreiche Suche nach einem Alleinstellungsmerkmal in Reichenbach

Bereits zum zweiten Mal wurde das niederschlesische Reichenbach [Dzierzoniow] am Eulengebirge zur Stadt der Pfefferkuchen. In einem Pfefferkuchen-Workshop wurden Einwohner animiert, die historische Innenstadt aus Lebkuchen nachzubilden. Diese Lebkuchenstadt soll nun Touristen nach Reichenbach locken.

Innenstadt aus Lebkuchen

Reichenbach war seit dem Mittelalter die Stadt der Weber und Tuchmacher. Im 16. Jahrhundert und Anfang des 17. Jahrhunderts erlebte Reichenbach seine wirtschaftliche Blütezeit durch die Herstellung von Barchent, einem Mischgewebe aus Baumwolle und Leinen. 1790 spielte Reichenbach zudem eine bedeutende politische Rolle, denn hier fanden Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich statt, die zur Reichenbacher Konvention führten. Mit dieser wurde ein drohender Krieg zwischen Preußen und Österreich abgewandt. Am 27. Juni 1813 wurde in Reichenbach die Konvention von Reichenbach unterzeichnet, mit der ein antinapoleonisches Bündnis zwischen dem Russischen Reich, Preußen und Österreich vereinbart wurde.

1855 erhielt Reichenbach Eisenbahnanschluss an Schweidnitz [Swidnica], der drei Jahre später nach Frankenstein [Zabkowice Slaskie] verlängert wurde. 1891 folgte die Eisenbahnverbindung nach Langenbielau [Bielawa] und 1900/03 wurde die Stadt mit der Eulengebirgsbahn verbunden, die nach Wünschelburg [Radkow] unterhalb des Heuscheuergebirges führte. Nach Kriegsende und der Vertreibung der Deutschen wurden von 1945 bis 1948 polnische Juden aus der Sowjetunion in Reichenbach angesiedelt. Dies belebte die erhalten gebliebene Reichenbacher Synagoge, die heute ein Kulturzentrum ist. Einmal im Jahr finden darin eher beschauliche Tage der jüdischen Kultur statt – doch dies ist zu wenig, um sich nachhaltig im Kulturkalender Niederschlesiens zu etablieren.

„Pfefferkuchenaktion“ gestartet

So wurde im Jahr 2018 seitens der Stadt Reichenbach die „Pfefferkuchenaktion“ gestartet. Dies brachte zwar nicht unbedingt Scharen von Touristen in die Stadt, doch die Einwohner fanden großen Gefallen an der süßen Angelegenheit. Im gerade vergangenen Jahr entstanden gleich mehrere solcher Lebkuchenminiaturen, die die Gaumen der Einwohner und Touristen kitzeln. Die Pfefferkuchenstadtkulisse kann täglich von 8 bis 18 Uhr kostenlos an zwei Stellen besichtigt werden: im Eulengebirgs-Verkehrszentrum und in der Hilbert-Mühle.

Schneebedeckt, mit Zuckerguss verziert: In der Hilbertmühle ist die Stadt Reichenbach aus Lebkuchen nachgebildet zu bewundern *Foto: C.W.W.*

Im 19. Jahrhundert erbaute die Familie Hilbert eine Dampfmühle, die erste in Schlesien. Eine Stiftung, die schlesische Industriedenkmäler rettet, hat diese Mühle nach der Schließung 2016 vor der Zerstörung bewahrt. Als Relikt einer längst vergangenen Zeit ist sie jetzt ein Museum und ein perfekter Ort für die Lebkuchenminiaturenstadt. Magdalena Sosnicka vom Magistrat der Stadt versichert, dass man sich dabei auf die alte Lebkuchentradition in Schlesien stützt, die schon viel älter als die in Thorn sei, so Sosnicka.

Thorn gilt in Polen als die polnische Pfefferkuchenstadt schlechthin, wobei natürlich auch dort die Tradition von deutschen Ostkolonisten mitgebracht wurde. Sosnicka erinnerte kürzlich auf Radio Breslau ferner daran, dass der polnische Name der Stadt auf den oberschlesischen Imker Johann Dzierzon zurückgeht und bekanntlich gibt es ohne Honig eben keine Pfefferkuchen.

An der Lebkuchenstadt bauten die Reichenbacher seit Mitte November, als das Backen der Einzelteile begann. Das nach Kardamom und Honig duftende Stadtmodell kann neben der Hilbertmühle im restaurierten Reichnbacher Bahnhofsgebäude bewundert werden. Im Bahnhofsgebäude wird außerdem an den Bau der Eisenbahn von 1852 durch die Breslau-Freiburger Eisennbahngesellschaft erinnert. Chris W. Wagner

LEBENSQUALITÄT

In Pommern unter Landsleuten leben

Besuch in der Seniorenresidenz „Erania“

Wer von uns hat sich nicht schon einmal in Gedanken damit beschäftigt, seinen Lebensabend in der pommerschen Heimat zu verbringen? Eine Möglichkeit, dies zu realisieren, bietet die Seniorenresidenz „Erania“, drei Kilometer südlich vom Ostseebad Henkenhagen – polnisch Ustronie Morskie. Die gepflegte, dem Fachwerkstil nachempfundene und nach außen gut gesicherte Anlage, befindet sich auf einem 7 Hektar großen Areal inmitten weiter Felder.

Eine gepflegte Anlage auf großzügigem Gelände Foto: Erania

Umfangreiches Angebot

Das Objekt bietet auf 170 Plätzen unterschiedliche Wohnmöglichkeiten in der Hauptresidenz und 15 Apartements für betreutes Wohnen. Ein 3-Sterne-Hotel mit Schwimmbad steht Besuchern zur Verfügung. Während meines Pommern-Aufenthaltes im September 2019 hatte ich dieses Senioren- und Pflegeheim, das zu 90 Prozent von Deutschen bewohnt ist, besucht. Die Seniorenresidenz wirbt in ihrem umfangreichen Prospektmaterial u.a. damit, dass alle Räume und freie Flächen deutschem Standard und Richtlinien gerecht werden und es für demenzkranke Patienten zugeschnittene Wohn- und Betreuungsangebote gibt.

Die angebotene Pflege erstreckt sich über alle fünf Pflegegrade. Eine Möglichkeit der Kostenübernahme durch deutsche Krankenkassen bestehe ebenfalls. Während ich auf den Direktor wartete, unterhielt ich mich in der modernen Lounge mit Erwin Borowy. Das Ehepaar Borowy stammt aus Halle an der Saale und lebt erst seit einer Woche in der Residenz. Bevor sich die Borowys für das Seniorenheim entschieden haben, wohnten sie dort eine Woche zur Probe. Der Abschied von Halle fiel ihnen nicht schwer. Für ihre 35 -Quadratmeter-Wohnung mit Vollverpflegung, Wäscheservice und freiem Internet bezahlen sie die Hälfte von dem, was der gleiche Standard in Deutschland kosten würde. Mit dem eigenen Wagen unternehmen sie Ausflüge in die schöne Umgebung. Für alle Bewohner gibt es neben Freizeitangeboten, zu denen außer einem Polnisch-Kurs, Vorträge, Filme und Konzerte gehören, zweimal in der Woche die Möglichkeit, kostenlos mit dem hauseigenen Bus nach Kolberg (14 Kilometer) zu fahren. Obwohl die Mitarbeiter der Residenz wie auch der Arzt Deutsch sprechen, genießen es die Rentner, dass sie unter Deutschen sind. Der Gesamteindruck meines kurzen Besuches war eher positiv. Die Nähe zum pommerschen Ostseestrand wie zu meiner Geburtsstadt Köslin weckten in mir heimatliche Gefühle.

Man sollte einmal zur Probe wohnen und dann weitersehn. Mir fielen die letzten Zeilen des Pommernliedes ein, in denen es heißt:

„Jetzt bin ich im Wandern,
bin bald hier bald dort,
doch aus allem andern
treibt´s mich immer fort.
Bis in dir ich wieder finde
meine Ruh´, send ich meine Lieder
Dir oh Heimat zu“.

Helmut Kirsch
hehe.kirsch@gmail.com

b Weitere Informationen im Internet unter www.erania.de

b TERMINE

Feininger-Ausstellung

Lyonel Feininger baute sich über Jahre in den Sommern an der Ostsee einen reichen Fundus an „Notizen“ auf, in dem nicht nur die örtliche Anregung, sondern mehr noch die mit dem jeweiligen Tag verbundenen Stimmungen und Gefühle gespeichert wurden: „Baltic Memories“.

Eine Ausstellung im Pommerschen Landesmuseum konzentriert sich auf diese „Periode der Aufnahme“ an der Ostsee und blättert sie wie ein visuelles Tagebuch auf. Warum und wo entstanden solche „Notizen“, welche Rolle spielte der glückliche Moment dabei, und wieso benutzte Feininger fast nie ein Skizzenbuch?

Dazu treten die noch vor Ort entstandenen Aquarelle, Kohlezeichnungen und bei bestimmten Serien (Villa am Strande, The Gate) auch die etwas später geschaffenen Holzschnitte. Am Beispiel der späten Aquarelle mit Ostsee-Motiven erlebt der Besucher, wie der Künstler auf dieses während der Sommermonate entstandene „künstlerische Gedächtnis“, nach New York zurückgekehrt und voller Sehnsucht nach der Ostsee, zurückgriff.

b 4. und 5. April 2020 im Pommerschen Landesmuseum Greifswald

HISTORIE

Das Lotsenwesen in Pommern

Die Geschichte des Hafen- und Lotsenwesens von Swinemünde bis Stettin

Die Geschichte des Lotsenwesens an der südlichen Ostseeküste kann bis in das 17./18. Jahrhundert zurückverfolgt werden. Jedoch gab es einheitliche Regelungen im Norddeutschen Bund erst ab 1869 und danach im Deutschen Reich ab 1871. Historisch gesehen war das Seelotsenwesen zur preußischen Zeit immer Landesrecht gewesen. Bis zum Frühjahr 1945 galten die deutschen Regeln für die gesamte deutsche Ostseeküste bis in das Memelgebiet.

Die Zufahrten zur Landeshauptstadt Stettin wurden vor Jahrhunderten in erster Linie über die westliche Peene, aber auch über die Swine mit ihrem alten Lauf und über die Dievenow als östlichstes Fahrwasser genutzt. Im Mittelalter war die Swine noch nicht Hauptschifffahrtsweg gewesen, denn auch die Schweden benutzten zwischen 1648 und 1720 auf ihrem Hoheitsgebiet nur die Peene und nahmen an der Schiffbarkeit der Swine keine Veränderungen vor. Der mit großen Krümmungen versehene Verlauf der Swine war damals für Seefahrer und Lotsen nur schwierig zu befahren. Als Hafen wurde die Mündung der Swine urkundlich erstmals 1297 genannt.

Vertiefung der Swine

Nachdem Stettin und Vorpommern wieder zu Preußen kam, begann man auch mit der Vertiefung der Swine ab 1729 und dem Ausbau des kleinen Hafenortes, der ab 1746 zum preußischen Seehafen erklärt wurde und 1765 das Stadtrecht erhielt. Die erste Lotsenordnung stammt von 1727 und im Februar 1746 wurde diese Ordnung für Swinemünde in Kraft gesetzt. Zwei neugebildete Schifffahrts-Kommissionen für Stettin und Swinemünde befassten sich als königliche Hafenpolizeibehörden unter anderem mit der Aufsicht über die Lotsen.

Ab 1799 wurden die königlichen Seelotsen zum Tragen von Uniformen verpflichtet; ab 1801 leitete der Lotsenkommandeur Nüscke das Amt in „Schwienemünde“, wie der Ort damals noch genannt wurde. Die preußischen Könige hatten großen Anteil an der Entwicklung der See- und Hafenwirtschaft in diesem Bereich. So hatte sich auch der pommersche Oberpräsident Johann August Sack ab 1816 große Verdienste um die Entwicklung der Stadt und des Umlandes erworben. Ab 1820 ist mit dem Bau von Hafenmolen begonnen worden und die sich entwickelnde Stadt wurde zu einem wichtigen Vorhafen von Stettin. Das belegen verschiedene Verordnungen und Regelungen für die Schifffahrt, wie die Hafenordnung von 1817, eine Uniformordnung von 1829 und eine Polizeiordnung für die Häfen und Binnengewässer aus dem Jahre 1833. Der erste feste Lotsenturm war 1830-31 an der Westmole erbaut worden, der auch als Landmarke für die Schifffahrt diente.

Das 19. Jahrhundert mit seinem aufblühenden Handel und Verkehr brachte auch für Preußen weitere staatliche Regelungen, wie einen Erlass von 1840 über die „Lotsgebühren für Pommern-Rügen, Stettin, die Swine und Peene, Kolberger-, Stolp-, Rügenwaldermünde“ und ein Gesetz zur Erleichterung des Lotsenzwangs für die Provinzen in Preußen und Pommern (1853). Eine wichtige Ausbildungsstätte für das seefahrende Personal war die im 19. Jahrhundert gegründete Stettiner Seefahrtsschule, die bis 1945 bestand. Die Tätigkeit der See- und Revierlotsen erhielt damals ebenso einen Aufschwung durch die Fertigstellung der sogenannten „Kaiserfahrt“ bis 1880, durch die sich der Weg nach Stettin um etwa 8 Seemeilen verkürzte. Das Gebiet der alten Swine zwischen Kaseburg und Pritter auf Wollin ist mit seinen der Insel vorgelagerten kleinen Inselgruppen noch eine naturnahe abgeschiedene Landschaft geblieben. Im späten Mittelalter hatten hier am Flusslauf die pommerschen Herzöge ihre Kontrollstellen, an denen sie von den passierenden Schiffen ihre Zölle eintrieben.

Zu Beginn der Moderne

Verschiedene Bestimmungen des 19. und 20. Jahrhunderts regelten das Verhalten der in der Pommerschen Bucht einlaufenden Schiffe, so auch die Signalgebung von Bord und von Land aus. Ab 1903 bestand Lotsenzwang für Schiffe ab 210 Ncbm Tragfähigkeit, ausgenommen jedoch deutsche Kriegsschiffe und an der Küste fahrende Post- und Passagierschiffe. Auch über Kollisionen und Mannschaftsverluste bei schweren Wettern hier an der Bucht wird in vorhandenen Dokumenten berichtet, so von Verlusten beim orkanartigen Sturm vom November 1872.

Ab 1914 wurde eine neue Generation von Lotsen-Versetzfahrzeugen in Dienst gestellt und alte Barkassen, die nicht mehr den Anforderungen entsprachen, ausgemustert oder versetzt. Ab 1916 wurden alle Lotsen aus dem Regierungsbezirk Stettin als preußische Staatslotsen übernommen und Aufsichtsbehörde war nach 1921 in Pommern der Oberpräsident der Wasserbau-Direktion Stettin. Die Lotsenwarte wurde in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts am rechten Swineufer neu errichtet, in der Nähe des Leuchtturms am Osternothafen, der vor über 150 Jahren gebaut wurde und heute als ein Wahrzeichen des polnischen Swinemünde in einem neuen Kleid erstrahlt.

Das Aufgabengebiet der Revierlotsen zwischen Swinemünde Reede und Stettin war schon im 19. Jahrhundert gut organisiert. Eine „Dienstanweisung für den Lootsen-Commandeur und die Binnenlootsen in Stettin“ von 1833 regelte umfassend die Rechte und Pflichten der Revierlotsen und in einem Tarifabkommen vom Oktober 1840 wurden die Lotsenstationen mit den Begleitstrecken zwischen den beiden Orten und dem Kleinen Haff zwischen Ueckermünde und Wolgast festgelegt. In einer Verordnung aus dem Jahre 1880 heißt es u.a. zur Befähigung der Seelotsen werde von den Bewerbern verlangt: „ein Nachweis des Wohlverhaltens“ - und „Fertigkeit im Lesen und Schreiben“. Das Stettiner Lotsenamt an der Baumbrücke war zuständig für den Einsatz der dortigen Revierlotsen. Das Durchlotsen bei Eisgang und durch die Brücken verlangte auch von den Schleppern ein gekonntes Manöver.

Der Swinemünder Hafen mit dem alten Leuchtturm Foto: Peer Schmidt-Walther

Der Hafenlotsen-Station Frauendorf kam im letzten Jahrhundert eine besondere Aufgabe zu, denn bei der Passage in Höhe Frauendorf musste der Lotsendienst von den Seelotsen an die Hafenlotsen übergeben werden und umgekehrt. In einer Hafenordnung von 1933 wurde das Unterstellungsverhältnis mit dem Hafenpolizeiamt geklärt und die Tag-und-Nacht-Besetzung an der Hafengrenze bei Frauendorf geregelt. Nach dieser Ordnung waren die Hafenlotsen in ihrem Arbeitsverhältnis städtische Beamte. Im Stettiner Revier gab es bis 1945 etliche Schlepp- und Lotsendampfer (z.B. „Delphin“), Seezeichen- und Revierdampfer („Walter Körte“) sowie Fährdampfer („Ostswine“, nach 1945 unter russ. u. poln. Flagge). In diesen Jahren wurde auch Kapitän H. Hausmann als Nautischer Direktor in der Wasserbaudirektion Stettin eingesetzt, nach einer Dienstzeit als Kapitän von Seebäderdampfern im Sommer und auf Eisbrechern der Industrie- und Handelskammer im Winter, als es noch richtige Eiswinter in den Binnenrevieren gab.

Als am 26. April 1945 Stettin als „Festung“ gegenüber den russischen Truppen kapitulierte, war auch dieses Kapitel des deutschen Lotsenwesens an der Oder beendet.

Wolfgang Dahle, Rostock

b In Deutschland sind die Lotsen in neun Bruderschaften zusammengeschlossen.

„Die Grundrente ist ein Danaergeschenk“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Das neue Layout ist natürlich für uns Alte erst einmal gewöhnungsbedürftig. Aber wir kriegen das hin. Hauptsache Sie machen weiter. Wir werden Sie unterstützen.“

Annegret Kümpel, Antalya/Türkei
zum Thema: Die *PAZ* im neuen Gewand (Nr. 49)

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DER POLNISCHE HAMMER

ZU: POLENS BESONDERE STREITMACHT (NR. 1)

Ich möchte der Darstellung widersprechen, dass dem deutschen Angriff auf Polen keine Vertragsbrüche, auch gegenüber Polen, vorausgegangen wären.

Es kann doch nicht sein, dass Deutschland mit dem Angriff auf Polen im Jahre 1939 das Haager Abkommen von 1907 gebrochen hat, zu einem Zeitpunkt, als Polen zwar als Staat noch nicht existierte, aber mit Beginn seiner staatlichen Wiedergeburt im Jahre 1918 am 27. Dezember seine diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrach, die deutsche Gesandtschaft aus dem neuen Polen auswies und mit militärischen Überfällen die nach dem Versailler Diktat Deutschland verbliebenen deutschen Ostgebiete besetzte.

Nicht nur Deutschland, auch die anderen Nachbarstaaten Polens hatten unter der Aggressionslust des wiedergegründeten Staates beziehungsweise seiner Staatsführung zu leiden. Polen überfiel nämlich seit seiner Neugründung im Jahre 1918 bis zum Jahre 1939 jeden seiner Nachbarstaaten, außer Lettland und Rumänien.

Auch der Vertrag von Locarno im Jahre 1925 wurde von Deutschland nicht gebrochen. Dieser eigenartige Vertrag wurde nämlich so abgefasst, dass er sich im Kriegsfalle immer gegen Deutschland gerichtet hätte. So war England durch diesen Vertrag verpflichtet, Frankreich gegen einen deutschen, und eigentlich auch Deutschland gegen einen französischen Angriff zur Hilfe zu kommen. Wenn dagegen Frankreich, um Polen beizustehen, Deutschland den Krieg erklärte, so bedeutete dies keinen „casus foederis“, also kein Ereignis, dass die Bündnispflicht auslöste. Wie sollte wohl ein schon sieben Jahre total abgerüstetes und militärisch völlig wehrloses Deutschland ohne Armee und ohne Waffen einen militärischen Angriff herbeiführen?

So soll nach dem Artikel über Polens Streitmacht auch der Briand-Kellogg-Pakt von 1928 als angebliches Schlüsseldokument des modernen Friedensvölkerrechts durch Deutschlands Polenfeldzug 1939 verletzt worden sein. Dieser Pakt spielte aber eine noch merkwürdigere Rolle als der Pakt von Locarno. In diesem Vertrag vereinbarten die USA, England, Frankreich, Belgien, Indien, Italien, Japan, Polen, Deutschland und viele andere, Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle zu verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen zu verzichten und alle Streitigkeiten oder Konflikte friedlich zu lösen.

Als es dann an die Vertragsunterzeichnung dieses „Vertrages“ ging, zogen 47 Staaten mit verschiedenen Ausreden „den Schwanz ein“. Nur einer von den insgesamt 48 Staaten unterschrieb, nämlich Deutschland, das dann am Ende des Zweiten Weltkriegs wegen Verletzung des Briand-Kellogg-Paktes vom IMT als alleiniger Kriegsverbrecher verurteilt wurde.

Aber jetzt der Hammer: Es kommt nicht so sehr darauf an, dass der Verfasser den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934 auf das Jahr 1935 verlegt, sondern darauf, dass Deutschland auch diesen Vertrag gebrochen haben soll. Deshalb auch hier ein klein wenig Nachhilfe in neuerer Geschichte: Am 22. März 1939 brach die polnische Regierung ihren mit Deutschland 1934 abgeschlossenen Nichtangriffspakt durch die Teilmobilmachung der polnischen Armee an den Grenzen zu Deutschland. Nach Einberufung von über 300000 polnischen Reservisten formierten sich 700000 polnische Soldaten an der Grenze zu Deutschland. Englands Teilmobilmachung gegen Deutschland erfolgte vier Tage darauf am 26. März 1939.

Ganz am Ende wurde dann ja auch die Schlinge um den westlichen Demokratieanwärter Polen zugezogen, als der im alliierten englischen Exil aufgebaute polnische General Sikorski aus einem englischen Flugzeug in den Tod gefallen wurde; denn Polen musste ja ab 1945 entsprechend den Siegerabmachungen dem sowjetischen Herrschaftsbereich zugeführt werden. *Ingo Schewiola, Hamm*

WO BLEIBT DER AUFSCHREI?

ZU: DIE WELTWEITE VERFOLGUNG VON CHRISTEN NIMMT ZU (NR. 51/52)

Es ist von der *PAZ* sehr verdienstvoll, dass endlich einmal näher auf die weltweite Situation der Christen und ihre existenzbedrohende Lage eingegangen worden ist.

Schon die Verfolgung der Kopten, der ältesten Christen in Ägypten, ist ein schmerzliches Leidenskapitel. Viele ihrer wunderbar ausgemalten Kirchen wurden zerstört und die Gläubigen verfolgt oder sogar getötet. Wo war da eigentlich der Aufschrei der Christen bei uns? Überall im Vorderen Orient bis nach Afrika, wo früher die Menschen friedlich miteinander gelebt haben, herrscht nun Intoleranz und Gewalt. *Wolfgang Hornuff, Berlin*

OHNE STROM NIX LOS

ZU: FEUERWEHR WARNT VOR STROMAUSFÄLLEN (NR. 1)

Jeder sollte sich aus seiner ganz persönlichen Situation heraus einmal vorstellen, wie er einige Tage oder sogar länger ohne Strom leben würde. Dabei sind Menschen in Einzelhäusern mit Garten weitaus besser dran als die, die in großen Wohneinheiten wohnen. Ohne Strom läuft der Wasserhahn nicht mehr. Die Toilettenspülung ist tot. Die Tiefkühltruhe macht spätestens nach zwei Tagen schlapp. Genauso der Kühlschrank. Die Heizung funktioniert nicht mehr. Telefon und Handy sind strom- und nutzlos. Radio, Fernseher und Computer – nichts geht mehr. Und weder der Küchenherd, noch die Mikrowelle oder der Wasserkocher können uns helfen.

Wenn so ein Szenario im tiefsten Winter geschehen sollte, dann sieht es besonders unangenehm aus. Was tun? Gaskocher, Gaswärmequellen, Decken, Kerzen, LED-Lampen, Batterien, Nahrung und Wasser, warme Kleidung, Decken und eventuell Medikamente sollten unbedingt zur Grundausrüstung gehören. Ebenso wie Haustierfutter und ein voller Autotank. Die meisten Menschen gehen davon aus, dass es bisher niemals nennenswerte und länger anhaltende Stromausfälle gab. Und nebenan ist doch der Supermarkt, in dem alles schnell eingekauft werden kann. Doch bei dem läuft dann auch nichts mehr. Nicht einmal seine Automatik-Türen gehen noch auf. Genau wie beim Griechen um die Ecke.

Unser Leben ist extrem einseitig auf Strom-Komfort und damit auf Stromabhängigkeit ausgerichtet: Ohne Strom nix los. Meinen Airbag und Sicherheitsgurt im Auto möchte ich niemals ausprobieren. Ein stromloses Szenario auch nicht. Doch es könnte sehr beruhigen, entsprechend gut vorbereitet zu sein.

Henry Stephan, Himbergen

DER WITZ UM DIE GRUNDRENTE

ZU: NACH UNS DIE SINTFLUT (NR. 46)

Ein Danaergeschenk ist ein Geschenk, das sich für den Empfänger als unheilvoll erweisen kann. Dieser Begriff kommt aus der griechischen Mythologie. Homer hat die Griechen/Hellenen als die „Danaer“ bezeichnet. Sie haben den Trojanern das hölzerne Pferd geschenkt. Da gab es den römischen Dichter Vergil, der dem Priester Laokoon sagen lässt: „Traut nicht dem Pferde, Trojaner. Was immer es ist, ich fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke tragen.“ Es gibt ein englisches Sprichwort, das sich daran anlehnt: „Hüte Dich vor Griechen mit Geschenken.“ Wenn wir die „Danaer“ austauschen, passt alles.

Die sogenannte „Grundrente“ ist wahrlich kein Geschenk. Zahlen müssen letztlich alle. Also auch sehr viele Rentner (nicht alle müssen Steuern zahlen). Ob die Steuerzahlungen der Rentner gerechtfertigt ist, kann an dieser Stelle nicht ausdiskutiert werden. Dieser Kompromiss um die „Grundrente“ ist ein Witz. Der Machterhalt der Groko war ausschlaggebend. Das wird sich rächen und das nicht erst in 30 oder 40 Jahren.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

Optimieren Sie Ihr Gehirn und Ihr Leben

Ihr Leben kann um einiges reicher und großartiger werden, als es zurzeit ist!

Wie wäre es, mehr Energie und ein besseres Gedächtnis zu haben? Jeden Morgen gut gelaunt und ausgeruht aufzustehen, bereit, sich den Herausforderungen des Tages zu stellen?

Der Schlüssel, um dies zu erreichen, liegt in der Neurogenese, dem Prozess der Bildung neuer Hirn- bzw. Nervenzellen. Durch die Neurogenese erneuert sich unser Gehirn und steigert seine Leistung. Dieser Prozess kann durch unsere individuelle Lebensweise beschleunigt und stimuliert werden. Wird die Neurogenese angeregt, verbessert sich unser alltägliches Leben in jeder Hinsicht und es kommt zu einer radikalen Veränderung in der Art und Weise, wie sich der Alterungsprozess äußert und anfühlt.

Die Hirnforschung hat jetzt entdeckt, dass die Geschwindigkeit, mit der diese Nervenzellen wachsen, der Schlüssel zu einer besseren Lebensqualität ist. Und: Unsere Neurogenese-Rate kann in allen Phasen des Erwachsenenalters dramatisch verbessert werden. Altersunabhängig lässt sich mit dem richtigen Lebensstil die Geschwindigkeit der Nervenzellen-Neubildung um das Drei- bis Fünffache steigern!

Dieses Buch erklärt, wie wir von diesem Phänomen profitieren können und zeigt das ganze Potenzial an Möglichkeiten, das ein optimal funktionierendes Gehirn für unser Leben bietet.

Professor Brant Cortright, Spezialist für Gehirnentwicklung, bietet einen wissenschaftlich gesicherten Weg für mentale Gesundheit. Mit seinen Anregungen lässt sich

- das Denk- und Erinnerungsvermögen verbessern
- Demenz und Alzheimer verhindern oder verzögern
- die seelische Belastbarkeit stärken und das Gehirn vor Stress und Depression schützen
- ein Leben mit mehr Vitalität und stärkerer Immunabwehr führen

»Dies ist das wichtigste Buch, das Sie in diesem Jahr lesen werden. Es handelt von der größten Entdeckung, die die Neurowissenschaft im letzten Jahrhundert gemacht hat. Dr. Cortright zeigt die vielfältigen Möglichkeiten auf, wie wir unsere kognitiven Fähigkeiten und unsere Gehirnfunktion ausbauen können.«
Prof. Dr. Frank Echenhofer, Neurowissenschaftler, California Institute of Integral Studies

Sonderausgabe nur 9.99 €* statt 19.99 €

Brant Cortright: Das bessere Gehirn
gebunden • 331 Seiten • Best.-Nr. 978 300

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

LESESTUNDEN FÜR TIERE

Diese Lesungen sind für die Katz

In Tierheimen lesen Kinder den Vierbeinern etwas vor – Profitieren tun alle davon

VON NORMAN HANERT

Aufmerksame Zuhörerin: Die Katze stört es nicht, wenn sich der junge Leser einmal verhaspelt *Foto: action press*

In immer mehr deutschen Tierheimen lesen inzwischen Kinder – Katzen oder Hunden vor. Kein Scherz: Dahinter steht die Idee, Kindern mit Leseschwierigkeiten den Mut zu geben, ohne Angst vor einer Blamage laut vorzulesen. Von den Lesestunden vor den vierbeinigen Zuhörern profitieren nicht nur die Kinder.

Die Idee, Schulkinder und Tiere zum Lesenlernen zusammenzubringen, stammt aus den USA. Dort nahm eine Mitarbeiterin der Animal Rescue League erstmals im Jahr 2013 ihren Sohn in das Tierheim von Birdsboro im Bundesstaat Pennsylvania mit, damit er dort einer Katze vorliest. Nicht nur der Junge fand Gefallen an der Lesestunde. Relativ schnell kamen weitere Leseanfänger dazu, die außerhalb der Schule und vor einem geduldigen Publikum ihre Lesefähigkeiten verbesserten.

Forscher der Tufts University bei Boston konnten tatsächlich bestätigen, dass die Kinder, die sich freiwillig als Katzenvorleser betätigten, schneller und auch besser lesen lernen. Auch die deutsche Psychologin Andrea M. Beetz, die bereits seit längerer Zeit zum Thema tiergestützte Pädagogik forscht, geht davon aus, dass sich über den Einsatz vierbeiniger Lernhelfer bei den Kindern Lernfreude, Interesse und Motivation erhöhen und damit auch eine deutliche Steigerung der Lesekompetenz erreichen lässt. Das „Bücher-Kumpel“-Programm fand schnell Nachahmer an anderen Orten der Vereinigten Staaten.

Auch hierzulande bietet mittlerweile eine ganze Reihe von Tierheimen, etwa in München, Hamburg oder Düsseldorf, Kindern mit Leseproblemen die Möglichkeit, vor vierbeinigen Zuhörern zu üben. In Niedersachsen hat der Tierschutzverein Gifhorn und Umgebung bereits im Jahr 2016 ein Projekt „Kinder lesen Katzen vor“ ins Leben gerufen. Auch der Tierschutzverein für Berlin und Umgebung bietet seit vergangenem Herbst ein solches Programm an. Im großen Tierheim in Berlin-Wartenberg können Schüler im Alter von sieben bis zwölf Jahren einmal pro Woche für eine halbe Stunde ihre Lesefähigkeiten verbessern. Vorgelesen wird im Seniorenkatzenhaus, in dem ältere Tiere untergebracht sind.

Von den Lesestunden profitieren nicht nur die Kinder: Auch die Tiere erhalten Aufmerksamkeit und Zuwendung, für die die Pfleger im Alltag der Tierheime oft nicht genug Zeit haben. Viele der Katzen sind ins Tierheim gekommen, weil ihre Besitzer erkrankten oder verstarben. Der Kontakt mit den kindlichen Vorlesern hilft diesen Tieren, sich wieder an neue Menschen zu gewöhnen und damit auch neuen Familienanschluss zu bekommen.

Auf der anderen Seite ist das Vorleseprogramm bei Eltern und Kindern so gefragt, dass das Berliner Tierheim sogar eine Warteliste angelegen musste. Bei dem Angebot des Tierschutzvereins Gifhorn gehen bis zu vier Kinder mit in ein Katzenzimmer, um den Tieren laut vorzulesen. Dazu stehen ehrenamtliche Lernhelfer bereit, die den Kindern bei schwierigen Wörtern und inhaltlichen Fragen helfen. Im Tierheim in Berlin-Wartenberg lesen die Kinder den tierischen Bücherfreunden wiederum allein vor. Dies soll es gerade den Kindern mit Vorleseängsten ermöglichen, in entspannter Atmosphäre ohne Hemmungen zu üben: „Die Katzen stört es nicht, wenn sich das Kind mal verhaspelt oder ein Wort falsch ausspricht“, so die Berliner Tierheimsprecherin Beate Kaminski.

In den Tierheimen zeigen sich Katzen als die geduldigeren Zuhörer für die kindlichen Leseanfänger. Bei regelmäßigen Besuchen an Grundschulen oder in Bibliotheken sind es wiederum Hunde, die sich als geduldige Zuhörer für Grimms Märchen, Mark Twains Abenteuergeschichten und andere Kinderbuchklassiker erwiesen haben. Auch die Idee, Hunde als Zuhörer für Kinder mit Leseschwächen zu nutzen, stammt ursprünglich aus den USA. Auch dieses Konzept findet hierzulande immer stärkere Verbreitung. Der Johanniter-Orden setzt bereits seit dem Jahr 2006 sogenannte Besuchshunde- und Therapiehundeteams ein, die pflegebedürftige Menschen beispielsweise in Senioreneinrichtungen oder auch in ihrem privaten Umfeld besuchen. Bei den Besuchen geht es oftmals darum, mithilfe der Tiere bei den Pflegebedürftigen neue Lebensfreude zu wecken.

Seit einigen Jahren rufen Regionalverbände der Johanniter nun auch immer öfter Lesehund-Projekte ins Leben. Dabei besuchen ehrenamtlich arbeitende und speziell ausgebildete Betreuer mit ihren Tieren Schulen, Bibliotheken oder andere Einrichtungen. Grundschüler mit Leseschwäche erhalten dann einmal in der Woche die Möglichkeit, in ruhiger Atmosphäre den „Lesehunden“ in 20-minütigen Sitzungen aus ihren Lieblingsbüchern vorzulesen.

VOGEL DES JAHRES

Sie turteln immer seltener

Turteltäubchen sagt man zu Verliebten. Damit erinnert man an das liebkosende Verhalten der Turteltauben. Doch diese Unterart der Taubenfamilie turtelt nicht häufiger als andere Vögel. Es kommt uns nur so vor, wenn man das Glück hat, ein Vogelpärchen zu sehen zu bekommen. Das Leben der Turteltauben ist jedoch alles andere als rosig. Denn wenn man diesen einstigen Allerweltsvogel heute noch sehen möchte, wird es schwierig. Seit 1980 hat sich ihr Bestand in Deutschland um 90 Prozent verringert.

Der kleinen Taube fehlen geeignete Lebensräume wie Wald- und Feldränder, die durch intensive Landwirtschaft immer mehr verschwinden. An Ackerrändern suchen sie nach Nahrung, die aus Wildkräuter- und Baumsamen besteht. Doch alles, was der Turteltaube schmeckt, wie Samen von Klee, der Vogelwicke, dem Leimkraut und weiteren Pflanzen, wollen die Bauern nicht auf ihren Felder haben. Daher werden Gifte eingesetzt, um das aus ihrer Sicht „Unkraut“ zu vernichten. Außerdem gibt es auf den endlosen Anbauflächen kaum Wasserstellen, auch keine Sträucher und Gebüsche zum Nisten.

Inzwischen haben sich die Turteltauben aus Not angepasst und fressen nach der Brutzeit Sonnenblumenkerne, Raps- und Weizensamen. In Deutschland brüten gerade noch zwischen 12500 bis 22000 Paare.

Noch etwas bedroht die Vögel so massiv, dass sie nun auf der roten Liste ganz oben auf Platz 2 stehen und als

FOTO: NABU/R. THIERFELDER

Turteltauben im Liebesglück

„sehr stark gefährdete Art“ gelten. Geht die Entwicklung so weiter, sind sie vom Aussterben bedroht. Turteltauben sind die einzigen Tauben, die als Langstreckenzieher ihre Winter in Afrika verbringen. Welche unglaublichen Leistungen die kleinen Tiere vollbringen, sieht man an ihrem Flug zum Überwintern. Vor Überquerung des Mittelmeeres oder großer Strecken werden Pausen eingelegt.

Auf afrikanischer Seite übernachten sie in Böschungen in Wassernähe, bevor sie mit 60 Stundenkilometern nonstop 700 Kilometer über Sandwüsten fliegen. Durch Bejagung sind die Tiere auf ihrem Weg dorthin und zurück extrem gefährdet. Etwa zwei Millionen Turteltauben werden in süd- und südosteuropäischen EU-Ländern wie Spanien, Griechenland und Italien geschossen. Viele Vögel kehren also niemals zurück.

Die Umweltschützer des Naturschutzbundes (NABU) haben die Tiere daher zum „Vogel des Jahres 2020“ ernannt, um auf die erbärmliche Lebenssituation der Vögel aufmerksam zu machen. Der NABU sammelt Unterschriften für eine Petition, damit Bundesumweltministerin Svenja Schulze sich bei der Europäischen Union für einen Jagdstopp einsetzt. Noch bis zum 13. Februar kann man die Petition zeichnen. *Silvia Friedrich*

SELTENES HOBBY

Auf den Trecker gekommen

Andere sammeln Oldtimer, ein Bauer in Bayern sammelt Traktoren – aber nur eine bestimmte Marke

Anton Obermeier besitzt elf Exemplare dieser legendären Traktorenbaureihe von Daimler-Benz. Heute fahren sie nur noch selten auf Straßen oder Feldern. Die Rede ist von den MB-Tracs, jener Traktorenbaureihe von Daimler-Benz, die von 1973 bis Ende 1991 hergestellt wurde. Elf Exemplare (und einen Unimog Baujahr 1994) besitzt Obermeier aus Klingen bei Hemau im Landkreis Regensburg. Die Fahrzeuge sind auch immer wieder im Einsatz – meist zu besonderen Zwecken.

Natürlich hat Obermeier auch beruflich einen Bezug zu diesen Fahrzeugen. Der heutige Rentner war bis vor sieben Jahren Nebenerwerbslandwirt. Bis heute verkauft er in ganz Bayern an Landwirte Betonbehälter für Gülle und Biogas. In den 80er Jahren schaffte er sich für seine Tätigkeiten einen MB 800 und danach einen MB 1000 an und war damit rundum zufrieden. Als bekannt wurde, dass Daimler-Benz die Produktion einstellt, erwarb Obermeier im Jahr 1991 gleich noch zwei neue MB 1000. Der Grundstock für die Sammlung war damit gelegt.

Obermeiers Sammelleidenschaft begann etwa im Jahr 2000. Denn es gab ja nicht nur den MB 800 und MB 1000, sondern viele weitere: den ersten MB-Trac 65/70 (gebaut von 1973 bis 1975) und dann die 700, 800, 900, 1000, 1100, 1300, 1500, 1400, 1600 und 1800. Fast von allen hat Obermeier ein Exemplar – lediglich der MB 1800, von dem nur noch 190 Stück gebaut wurden, fehlt in seiner Sammlung. Angesichts des Preisanstiegs seit 2008 ist ein solcher MB-Trac dann doch zu kostspielig für ihn.

FOTO: BAUER

In Reih und Glied: Einige der Traktoren in Obermeiers Sammlung

Rindenmulch für den Papst

Auf einige der elf MB-Tracs ist Obermeier besonders stolz. Einer war beim Städtischen Gut Karlshof der Stadt München in Betrieb, auf der Tür grüßt immer noch das Münchner Kindl. Ein paar haben eine im Landwirtschaftsbereich bestens bekannte grüne Lackierung und „Family“ zusätzlich in der Typbezeichnung. Das weist auf die im Jahr 1990 geplante und schließlich 1991 geplatzte Kooperation mit Deutz hin. Von dem MB 1000 Family gibt es nur noch zwei Stück, einer steht in Obermeiers Halle.

„Es ist nicht selten, dass die MB-Tracs 20000 Arbeitsstunden und noch den ersten Motor und das erste Getriebe haben“, beschreibt Obermeier die Zuverlässigkeit der Fahrzeuge. Zu den nicht alltäglichen Fahrzeugen zählt er den MB-Trac 1000 Silberdistel (silberfarbene Lackierung) und einen weißen MB-Trac 700, der in Fachkreisen „Schneewittchen“ heißt.

Zwei der elf MB-Tracs sind auch heute noch im landwirtschaftlichen Einsatz. Im Vorfeld des Besuchs von Papst Benedikt XVI. 2006 in Bayern, konkret für den Gottesdienst auf dem Feld in Oberisling, brachte eine Nittenauer Firma mit zwei MB-Tracs von Obermeier Bodenbeläge aus Rindenmulch aus. Bei Ausstellungen präsentieren Landmaschinenhändler gerne einige der MB-Tracs. Aber auch als Brautfahrzeug oder Urlaubsfahrzeug (Zugmaschine für Wohnwagen) dienten MB-Tracs. Und natürlich dürfen sie bei MB-Trac-Treffen nicht fehlen. Daher haben alle Fahrzeuge Saisonkennzeichen. Grundsätzlich gilt auch hier: Die Fahrzeuge müssen bewegt werden. Und es ist durchaus bewegend, einen MB-Trac live fahren zu sehen. *Markus Bauer*

FÜR SIE GELESEN

Rückblick mit Sympathie

Vor wenigen Wochen ist Liselotte Pulver 90 Jahre alt geworden. Noch immer ist sie eine der beliebtesten Schauspielerinnen in Deutschland, viele ihrer Filme sind cineastische Evergreens, ihre großen Hauptrollen in den Streifen „Ich denke oft an Piroschka“, in „Kohlhiesels Töchter“, im „Wirtshaus im Spessart“ oder als irrwitzige Ingeborg in Billy Wilders „eins zwei drei“ kann man gar nicht alle aufzählen. Ihr Charme und ihr umwerfendes Lachen bezaubern die Zuschauer bis heute.

Große Hauptrollen

„Liselotte Pulver öffnet ihr Privatarchiv“ lautet einer der Untertitel ihres neuen Buches. Ein immenses Archiv hatte sich bei ihr angesammelt, das sie aus Platzgründen vor zehn Jahren dem Filmmuseum in Frankfurt übergeben hatte. Sie hat aufgehoben, was für sie wichtig und was ihr persönlich lieb und wert war. Mithilfe der Journalisten Olaf Köhne und Peter Käfferlein wollte sie nun, wie sie sagt, „die Vergangenheit ein Stück weit ins Heute holen“. Und das macht sie ebenso herzlich wie humorvoll. Es ist eine höchst informative, auch reich bebilderte Darstellung ihres filmischen Lebens geworden.

Nahezu alle ihre großen Erfolge lässt sie noch einmal Revue passieren, wer ihre Partner waren (eigentlich alle männlichen Größen des deutschen Nachkriegsfilms sowie zahlreiche Hollywood-Stars), wie inspirierend die meisten Regisseure – etwa Helmut Käutner oder Kurt Hoffmann („mein Entdecker, mein Regisseur“) – waren, welche Knochenarbeit aber auch der Film war, sofern man sich wirklich voll und ganz in die jeweiligen Themen und Stoffe warf.

Humorvolle Schilderung

„Enthüllungen“ sind Liselotte Pulvers Sache nicht, vielmehr werden mit großer Sympathie Kolleginnen und Kollegen geschildert, was wiederum beim Leser viele freundliche Erinnerungen hervorruft. „Verliebt war ich oft“, gesteht sie freimütig, und zwar immer in ihre jeweiligen Partner, aber dann auch nur beim jeweiligen Film. Und weiter: „Geliebt habe ich nur einmal“, und das war ihr Mann Helmut Schmid, mit dem sie seit 1961 verheiratet war und der schon vor 30 Jahren gestorben ist. An dieser Stelle wird die heitere Darstellung unterbrochen – man spürt die wehmütige Erinnerung an den geliebten Mann.

Das Buch schließt mit einer Liebeserklärung an ihre Schweizer Heimat, in deren Hauptstadt sie geboren wurde und wo sie heute wieder lebt. Ihre glücklichsten Jahre aber seien jene mit Mann und (zwei) Kindern im eigenen Anwesen am Genfer See gewesen. Wie möchte sie in Erinnerung bleiben, fragt sie sich am Ende selbst: „Vielleicht als jemand, der ein gutes Herz hatte.“

Am Leser zieht ein Stück Filmgeschichte der Nachkriegszeit vorüber, erzählt von einer der großen Darstellerinnen von damals, die unzählige Erfolge feiern konnte, die aber alle, auch das erfährt man, hart erarbeitet waren. *Dirk Klose*

Liselotte Pulver: „Was vergeht, ist nicht verloren. Drehbuch meines Lebens“, Hoffmann und Campe 2019, 222 Seiten, 24- Euro

AUTO-KLASSIKER

Kleiner Brite ganz groß

Der Mini Cooper ist 60 Jahre alt geworden. Ein Meilenstein der Automobilgeschichte, erzählt in Bild und Text

60 Jahre Mini Als im Jahr 1959 die British Motor Companie (BMC) den ersten Mini vorstellte, war dieser Kleinwagen eine Revolution, sowohl in optischer als auch technischer Hinsicht. Sein unverkennbares Design und der innovative Frontantrieb schlugen ein neues Kapitel der Autogeschichte auf. Der preisgekrönte Fachjournalist Giles Chapman widmet sich in seinem neuen Buch der Geschichte des kleinen Briten, der heute – nachdem der letzte Original-Mini im Jahr 2000 gebaut wurde –, in Neuauflage von BMW produziert wird. *MRK*

Foto: BMW Group

Giles Chapman: „Mini. Die Geschichte des kleinen Riesen“, Koehler Verlag, Hamburg 2019, gebunden, 176 Seiten, 29,95 Euro

WIEN 1788

Eine Romanze mit Hindernissen

Facettenreich und redegewandt erzählt René Anour die Geschichte eines Medizinstudenten im Wien des 18. Jahrhunderts

VON LYDIA WENZEL

Wien im Jahr 1788: Ein junger Mann erwacht in einer Zelle im Narrenturm. Ohne sonstige Erinnerungen wird er immer wieder von den Schreckensereignissen einer Schlacht heimgesucht. In diese Situation voller Fragen wird der Leser de Romans „Im Schatten des Turms“ von René Anour regelrecht hineingezogen, bevor der Autor ihn erlöst und beginnt, die Ereignisse des vergangenen Jahres aufzurollen. So erfährt man vom talentierten Medizinstudenten Alfred, der sich, von einem seiner Seminare angeregt, beginnt, für das Treiben im Narrenturm zu interessieren.

Diese moderne Einrichtung der Medizin gibt, vom Kaiser persönlich gefördert, erstmals in ganz Europa einen Raum, um die Leiden der Irren zu erforschen. Trotzdem scheint sie einige Geheimnisse zu bergen, die Alfred nicht loslassen. Dann lernt er die Adelige Helene kennen. Alfred soll sie unterrichten, doch mit dem unerwarteten Tod ihres Vaters wird Helene immer tiefer in die Intrigen des Wiener Hofes hineingezogen und in den goldenen Käfig ihrer Herkunft eingesperrt, während ihre beginnende Liebe zu Alfred diesen in größte Not und weit von Wien fort bringt.

Einblicke in den „Narrenturm“

Die Stränge der Geschichte sind spannend erzählt, wenn auch manchmal etwas dick aufgetragen. Nach und nach werden dem Leser die Ränke des Wiener Hofes im 18. Jahrhundert, das Allgemeine Krankenhaus und der Narrenturm nahegebracht. In einem kurzen Nachwort wird erklärt, welche Anteile der Geschichte tatsächlich historisch belegt sind, was einige Überraschungen bereithält.

Ränke des Wiener Hofs

Zwar ist der Untertitel „Ein Wien-Roman“ etwas irreführend, da große Teile der Handlung in der näheren Umgebung Wiens, aber auch im weit entfernten Banat stattfinden, doch dafür sind die Eindrücke der beschriebenen Orte und auch der tatsächlichen historischen Ereignisse, die sich dem Leser bieten, sehr facettenreich. Anteil daran hat auch die große sprachliche Vielfalt, die beispielsweise in Dialekten und Redeweisen der einzelnen Figuren zum Ausdruck kommt.

Wer sich nun für den weiteren Verlauf der Liebesgeschichte zwischen Alfred und Helene interessiert, findet in diesem Roman ein gut recherchiertes und einfühlsam sowie vielfältig berichtetes Drama, das mit der einen oder anderen Wendung zu überraschen weiß.

René Anour: „Im Schatten des Turms. Ein Wien-Roman“, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 2019, broschiert, 653 Seiten, 13 Euro

GESCHICHTSWISSEN

Museumsbesuch von zu Hause aus

Patrick Henßler stellt auf hervorragende Weise die bedeutendsten Ereignisse der Weltgeschichte übersichtlich dar

VON SILVIA FRIEDRICH

Geschichtsbücher können sehr langweilig sein. Wenn man jedoch in Patrick Henßlers Buch „100 Sachen, die Geschichte machten“ aus der ars Edition blickt, wird man sofort eines Besseren belehrt. Selten gelang es einem Autor, in dermaßen spannenden, interessanten Einblicken, Weltgeschichte anschaulich zu gestalten.

Schon das Inhaltsverzeichnis zeigt sehr übersichtlich, in welcher Epoche sich welche Ereignisse abspielten, sodass man spezielle Themen, wie die Wikingerzeit, mit einem Blick ganz leicht finden kann. Chronologisch beginnt es mit der Vor- und Frühgeschichte. In zehn Themen werden die Dinosaurier, die Entstehung des Menschen, die Steinzeit, Ackerbau und Viehzucht, Stadtgründungen, die Erfindungen des Rades und der Schrift, die Bronzezeit und das alte Ägypten behandelt. Am Ende gibt es einen übersichtlichen Zeitstrahl zum Hauptthema, an dem man noch einmal alle wichtigen Dinge per Überblick anschauen und besser einordnen kann. Es folgt die Antike mit 22 Themen und jeweils einem anschaulichen Zeitstrahl am Ende, des Weiteren das Mittelalter, die frühe Neuzeit und die Moderne des 19., 20. und 21. Jahrhunderts.

Ganz hervorragend sind die einzelnen Seiten gestaltet. Ihre Betrachtung gleicht jedes Mal einem Museumsbesuch zu einem neuen Thema, da ausdrucksstarke Bilder, die die meisten sicher noch nie gesehen haben, den Text ergänzen. Alles Wesentliche ist aufgelistet und wird auf jeder einzelnen Seite in einer Wissensbox noch einmal unter der Überschrift „Was man noch über das Thema wissen muss“ zusammengefasst.

Zusätzlich gibt es im Werk verteilt fantastische Exkursionen zu verschiedenen Gebieten: „Mit den Spielsachen durch die Zeit“ oder „Mit dem Auto durch die Zeit“, „Mit dem Computer durch die Zeit“ und weitere, in denen bildhaft die Entwicklung der jeweiligen, für die Menschen wichtigen Erfindung erklärt wird.

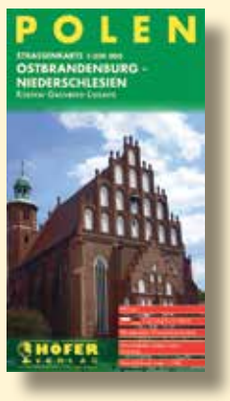
Ohne erhobenen Zeigefinger erklärt der Autor ganz nebenbei, durch die Auswahl der Bereiche, welche Ereignisse für die Menschheit und den Planeten besonders wichtig und entscheidend waren.

Mit Sicherheit wird auch so mancher Erwachsene dieses für Kinder ab zehn Jahren konzipierte Buch nicht so schnell aus der Hand legen. Die Inhalte sind einfach derart interessant und so ansprechend gestaltet, dass man einfach darin blättern und lesen muss. Eines der besten Jugendbücher des Jahres zum Thema Wissen und durchaus preisverdächtig.

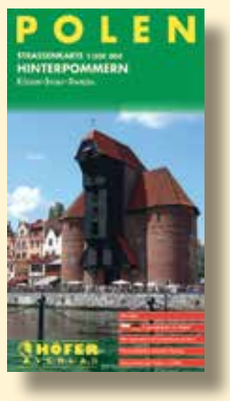
Patrick Henßler: „100 Sachen, die Geschichte machten. Von der Bronzeaxt bis zum Roboter“, ars Edition, München 2019, gebunden, 240 Seiten, 20 Euro

Ostseeküste
Rügen – Usedom – Stettin
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5565 DE025 12,90 €

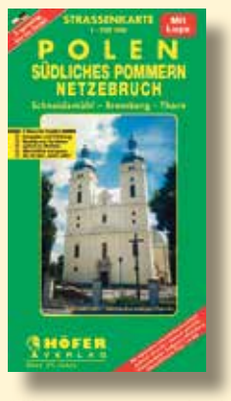
Tschechische Republik
Altvatergebirge
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5570 CS306 12,90 €



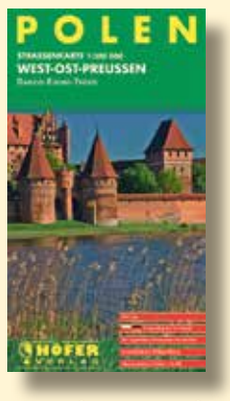
Ostbrandenburg-Niederschlesien
Küstrin – Grünberg – Liegnitz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5541 PL002 12,90 €



Hinterpommern
Köslin – Stolp – Danzig
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5535 PL003 12,90 €

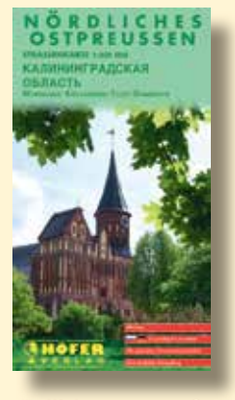


Südliches Pommern Netzebruch
Schneidemühl – Bromberg – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5560 PL004 12,90 €



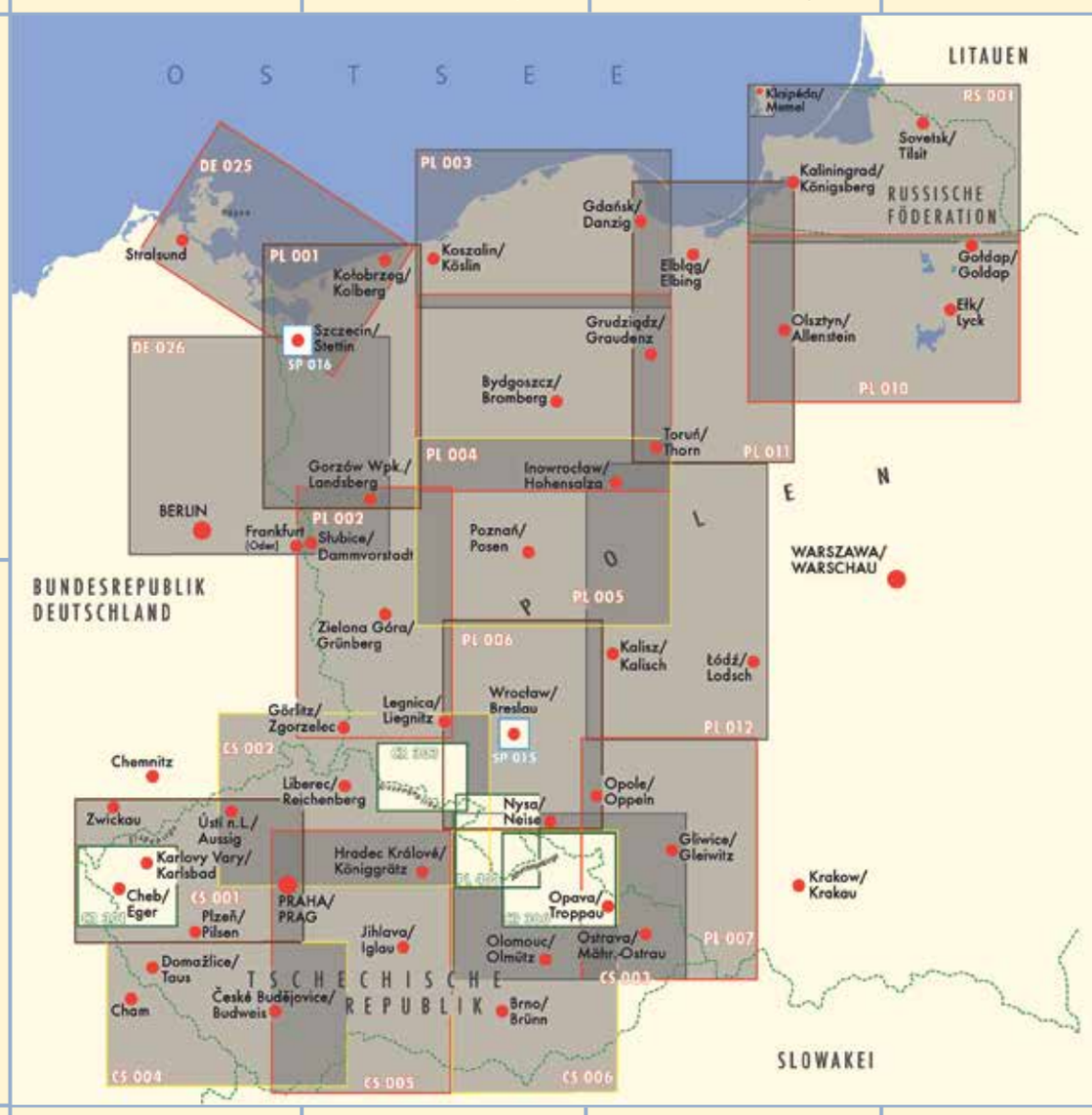
Westpreußen – Ostpreußen
Danzig – Elbing – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5559 PL011 12,90 €

Südliches Ostpreußen
Masuren – Rastenburg – Lyck
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5543 PL010 12,90 €



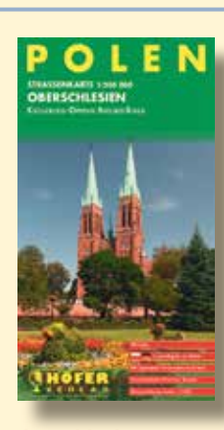
Nördliches Ostpreußen
Memelland – Königsberg – Tilsit
2-sprachig deutsch-russisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5542 RS001 12,90 €

Untere Oder
Berlin – Stettin – Uckermark
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5571 DE026 12,90 €



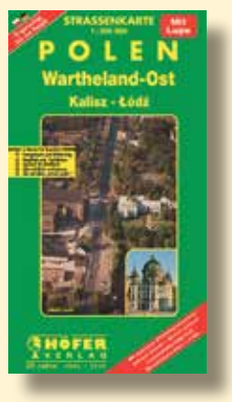
Wartheland
Posen – Gnesen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5544 PL005 12,90 €

Mittelschlesien
Fraustadt – Breslau – Oppeln
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5539 PL006 12,90 €



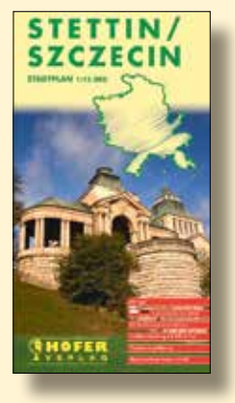
Oberschlesien
Kreuzberg – Oppeln – Bielsko Biala
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5554 PL007 12,90 €

Polen Planen & Touren
Übersichtskarte Polen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5399 PL777 12,90 €

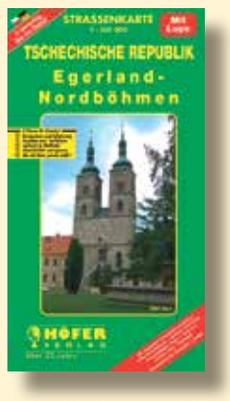


Wartheland-Ost
Kalisz – Lodz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5577 PL012 12,90 €

Stadtplan Breslau
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 16.500
Nr. P 5567 SP015 12,90 €



Stadtplan Stettin
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5572 SP016 12,90 €



Tschechische Republik
Egerland – Nordböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5536 CS001 12,90 €

Tschechische Republik
Nordböhmen – Ostböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5537 CS002 12,90 €

Tschechische Republik
Ostböhmen – Nordmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5538 CS003 12,90 €

Tschechische Republik
Südl. Egerland – Böhmerwald
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5569 CS004 12,90 €

Tschechische Republik
Mittelböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5574 CS005 12,90 €

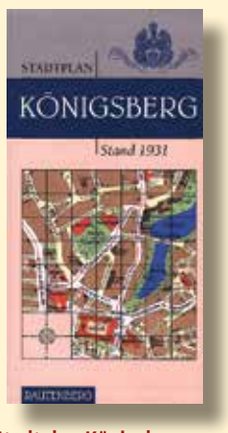
Tschechische Republik
Nordmähren – Südmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5578 CS006 12,90 €

Tschechische Republik
Böhmen – Mähren – Sudeten-schlesien. 2-sprachig deutsch-tschechisch Maßstab 1: 500.000
Nr. PA1373 CZ444 12,90 €

Stadtplan Königsberg 1931 und Kaliningrad heute
Stadtplan von 1931 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0614 Karte 8,95 €

Jahresfahrplan 1942/1943
Amtlicher Taschenfahrplan für den Bezirk Stettin
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
234 Seiten
Nr. P A0960 19,95 €

Die Reichsbahndirektion Stettin befand sich in der preußische Provinz Pommern und reichte bis Rostock bzw. bis Berlin. Wichtige Strecken in der Direktion waren (Berlin) Neustrelitz Neubrandenburg Stralsund Saßnitz (Hafen) (Schweden); (Berlin) Angermünde Stettin und Pasewalk Stralsund der Stettiner Bahn sowie die Strecke Stettin Stargard Köslin Stolp Lauenburg (Pommern) (Danzig). Die Gründung der privaten Eisenbahngesellschaft Berlin-Stettiner-Eisenbahn im Jahre 1836 mit Direktionssitz in Stettin gilt als Ausgangspunkt für die spätere Reichsbahndirektion Stettin. Der Taschenfahrplan enthält ein sehr umfangreiches Ortsverzeichnis, die allgemeinen Bestimmungen für Reisende im Jahr 1942, die Fernverbindungen, Streckenpläne, die Abfahrt und Ankunft der Züge in Stettin und Schifffahrtslinien.

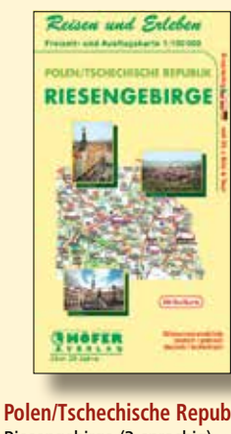


Stadtplan Königsberg
Historischer Stadplan von 1931
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 7,95 €

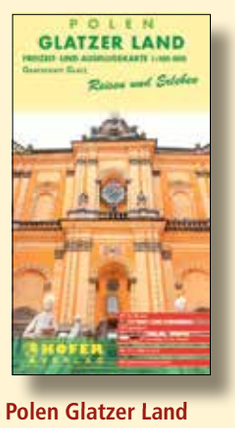
Schlesien
Planen & Touren
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 500.000
Nr. P 5581 PL111 12,90 €

Gerd Hardenberg
Reiseführer Polen
Ostpreußen, Westpreußen und Danzig – Durch das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
288 Seiten/Kartoniert
Nr. P 533176 14,95 €

Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von Danzig über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch bei einer Reise unentbehrlich. Der Autor, vielen Ostpreußen unter seinem wahren Namen, Gerhard Prengel, bekannt, will dem Benutzer dieses Reiseführers – sei er Autofahrer, Radler, Wanderer oder Bootsfahrer – auch außerhalb der üblichen Touristenrouten Wege zeigen, die ihm die Schönheiten der Natur dieses Landes und seiner historischen Stätten erschließen.



Polen/Tschechische Republik
Riesengebirge (3-sprachig)
dt.-tschechisch/dt.-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5548 CR303 12,90 €



Polen Glatzer Land
Grafschaft Glatz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5545 PL408 12,90 €

Jahresfahrplan 1943
Amtlicher Taschenfahrplan Königsberg (Pr.) und Danzig
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
182 Seiten
Nr. P A0670 17,80 €

Wichtigste Strecken: Preußische Ostbahn (Berlin – Schneidemühl) Marienburg [Westpreußen] Elbing Königsberg und weiter über Insterburg nach Eydtkuhnen an der litauischen Grenze. Die Strecke (Berlin – Frankfurt [Oder] – Posen – Thorn) Deutsch Eylau Allenstein Insterburg Tilsit [Memel]. Die Bahnlinie von Marienburg nach Garnsee, die Eisenbahnlinie von Marienburg nach Mlawka, die Ostpreußische Südbahn von Königsberg über Rastenburg, Korschen Lötzen und Lyck bis zum polnischen Grenzbahnhof Grajewo. Die Tilsit-Insterburger Eisenbahn – die Bahnlinie von Königsberg nach Allenstein. Im Fahrplan auch enthalten, die 1939 eingerichtete Reichsbahndirektion Danzig mit der Strecke Danzig – Deutsch-Eylau – Warschau und alle im Westen davon gelegenen Strecken.

Jahresfahrplan 1944/1945
Amtlicher Taschenfahrplan für Niederschlesien und Oberschlesien
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
Format 24 cm x 21 cm
144 Seiten
Nr. P A0671 19,80 €

Zu den wichtigsten Stecken der Reichsbahndirektion Breslau gehörten:
Sommerfeld – Sagan – Liegnitz – Breslau – Brieg; Görlitz – Lauban – Hirschberg (Riesengeb.) – Waldenburg – Glatz bzw. Breslau; Breslau – Glatz – Kamenz (Schles) – Mittelwalde – (Tschechoslowakei); Breslau – Brieg – (Oppeln); Breslau – Markstädt – (Oppeln); Liegnitz – Königszelt – Kamenz (Schles) – (Neisse).
Zu den wichtigsten Stecken der Reichsbahndirektion Oppeln gehörten: (Breslau) – (Brieg) – Oppeln – Beuthen; (Breslau) – Karlsmarkt – Oppeln; Brieg – Neisse – Deutsch Rasselwitz – Ratibor bzw. Heydebreck (Oberschles) – Gleiwitz – Hindenburg; Oppeln – Heydebreck (Oberschles) – Ratibor – (Oderberg/ Tschechoslowakei).

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Berlin – Im Jahre 2019 haben die Eltern von 45 Prozent der Berliner Erstklässler beantragt, dass ihr Kind in einem anderen Stadtteil beschult werde als in ihrem Heimatkiez. Wie der „Tagesspiegel“ berichtet, waren 60 Prozent der Anträge erfolgreich, sodass rund 30 Prozent der Berliner ABC-Schützen außerhalb des eigenen Stadtteils zur Schule gehen. Der Grund für diese Entwicklung wurde vor Jahren für eine Studie ermittelt, so die Zeitung. Danach störe die Eltern vor allem ein hoher Anteil von Ausländerkindern an den eigentlich „zuständigen“ Schulen um die Ecke. Grund: Sie sorgen sich um den Lernerfolg ihrer Kinder, weil Immigrantenkinder mit bestimmten Herkünften laut Untersuchungen den Leistungsschnitt nach unten ziehen. Außerdem fürchten nach der Untersuchung viele deutsche Eltern, dass ihre Kinder in eine Außenseiterrolle in der Schülerschaft gedrängt werden in Schulen, bei denen der Immigrantenanteil um die 60 oder sogar 90 Prozent liegt, was offenbar keine Seltenheit mehr ist. *H.H.*

DER WOCHENRÜCKBLICK

Neuer Streit und alte Sehnsucht

Polen und Russen prügeln sich wegen des Weltkriegs und Joe Kaeser rutscht auf seiner Schleimspur aus

VON HANS HECKEL

Wenn zwei sich streiten, was macht dann der Dritte? Eben nicht! Im Gefolge des öffentlichen Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren haben sich Polen und Russland so richtig in die Wolle gekriegt. Für uns Deutsche ist das jedoch kein Grund zur Freude. Vielmehr stehen wir ziemlich verdattert daneben und haben keine Ahnung, was wir sagen sollen zu dem Getöse.

Putin wirft den Polen eine Mitverantwortung am Krieg vor. Der polnische Botschafter in Berlin von 1933 bis 1939, Jozef Lipski, sei ein „Drecksack, ein antisemitisches Schwein“ gewesen, der sich „komplett mit Hitler solidarisiert (habe) in seinen antijüdischen, antisemitischen Tendenzen“. Die Sowjets dagegen seien ja überhaupt erst in Polen einmarschiert, als die polnische Regierung die Kontrolle über ihr Land verloren habe. Außerdem seien sie da nur rein, um die Sicherheit der Sowjetunion zu gewährleisten.

Aha? Und der Hitler-Stalin-Pakt? Das „Geheime Zusatzprotokoll“ mit den vor Kriegsausbruch genau abgesteckten Beute-Anteilen? Bis in die Gorbatschow-Ära stritt Moskau die Existenz des Protokolls ab, um erst in den 1980er Jahren der Wahrheit die Ehre zu geben. Damit ist es offenbar vorbei.

Das polnische Parlament wiederum hat schon 2016 ein Gesetz verabschiedet, nach dem es unter Strafe steht, Polen eine Kollaboration bei der NS-Judenverfolgung während der Besatzungszeit vorzuwerfen. Auch interessant. In der deutschen Wikipedia lesen wir zu den Vorgängen im nordostpolnischen Jedwabne: „Am 10. Juli 1941 wurde die jüdische Bevölkerung des Ortes von polnischen Bürgern auf dem Marktplatz zusammengetrieben. Nachdem einzelne Opfer bereits dort misshandelt und umgebracht worden waren, wurden die restlichen Juden in eine außerhalb des Ortes gelegene Scheune getrieben und bei lebendigem Leibe verbrannt.“ Der das geschrieben hat, sollte besser nicht mehr über die Oder reisen.

Bis vor wenigen Jahren behaupteten polnische Historiker, das Pogrom sei von den kurz zuvor einmarschierten Deutschen verübt worden. Dann lautete die Lesart, deutsche Stellen hätten die polnische Bevölkerung zu dem Massaker angestiftet oder es sogar befohlen. Letzteres wäre denkbar, doch rettet das die polnischen Täter nicht vor ihrer Schuld, ein paar sind nach dem Krieg auch verurteilt worden.

Doch 2016 wurde die polnische Kollaboration also aus der Geschichte gestrichen, und soeben hat Moskau das „Geheime Zusatzprotokoll“ aus den Annalen getilgt. Wie das wohl weitergeht? Wir Deutsche werden uns darauf einstellen dürfen, dass auch der Massenmord von Katyn schon bald wieder in unserem Sündenregister abgelegt wird. Für uns kein Problem, machen wir gern.

Zumal wir sowieso gerade in Sektlaune sind. Das haben wir unserem Finanzminister Olaf Scholz zu verdanken, der uns mit wunderbaren Zahlen entzückt. Zum sechsten Mal in Folge hat der Bundeshaushalt mit einem dicken Überschuss abgeschlossen. Mehr als 17 Milliarden Euro, Rekord. Woher kommt das viele Geld? Raten Sie mal: Wir schultern die zweithöchsten Steuer- und Abgabensätze der Welt. Und mittels Nullzins zahlt der Bund kaum noch Zinsen für seine Altschulden. Damit zerstört er Schritt für Schritt die Ersparnisse der Deutschen, die ihr Geld in Lebens- oder privaten Rentenversicherungen gesteckt haben, von wo aus es zu einem wesentlichen Teil an den Staat verliehen wurde.

Nun könnte man meinen, wenn der Staat uns schon die Ersparnisse wegzockt, könnte er uns ja wenigstens die Steuerlast erleichtern. Aber nichts da: Seit Merkels Amtsantritt ist die Steuerquote von 19,7 auf 23,2 Prozent gestiegen. Und auch Scholz verliert kein Wort über Steuersenkungen.

Immerhin macht Schwarz-Rot mit unseren Milliarden allerhand sinnvolle Dinge. Der größte Brocken geht in die Asylrücklage, wo bereits mehr als 48 Milliarden Euro schlummern. Das nur zu dem Versprechen der Kanzlerin von 2015: „Niemandem wird etwas weggenommen“ durch die Asylflut nach ihrer Grenzöffnung.

Na gut, bringen wir den Sekt lieber wieder in den Keller. Nach diesem Blick hinter die Kulisse von Scholzens Überschüssen ist uns mehr nach einem starken Kaffee. Oder Schnaps.

Wenn ihm nichts mehr einfällt, kommt der Minister ohnehin immer mit dem einen Argument: Wer weiß denn, ob es mit der Konjunktur und damit den Staatseinnahmen künftig so weitergeht? Müssen wir nicht für schlechtere Zeiten vorbauen? Tatsächlich mehren sich die Zeichen, dass es wirklich nicht mehr gut weitergeht. So lesen wir im „Handelsblatt“, dass durch den Umstieg auf Elektro-Mobilität 410000 Arbeitsplätze in der Auto-Industrie gefährdet seien. Und alle paar Tage erreicht uns die Meldung, dass schon wieder ein Auto-Zulieferer dichtgemacht habe.

> Der Chef von Siemens hat nicht begriffen, worum es den Leithammeln der „Fridays“-Bewegung wirklich geht

Sie sehen: Der Feldzug der Klimakämpfer beginnt sich auszuzahlen. Den jüngsten Sieg auf dem Schlachtfeld hat ihnen Siemens-Chef Joe Kaeser geschenkt. Allen Ernstes bot er Luisa Neubauer, der Galionsfigur der „Fridays for Future“-Bewegung in Deutschland, einen Aufsichtsratsposten bei der Konzerntochter Siemens Energy an. Die 23-jährige Studentin lehnte kühl ab und ließ Kaeser damit auf dessen eigener Schleimspur ausrutschen. Trotzdem hat der Top-Manager unterwürfigst gelobt, künftig noch viel klimasensibler zu agieren.

Zu Neubauers Glück hat der flotte Konzernchef gar nicht begriffen, worum es den „Fridays“-Leithammeln in Wirklichkeit geht. Klima? Ach was! Auf einem Flugblatt der Bewegung lesen wir: „Um die Klimakrise zu überwinden, müssen wir schlichtweg den Kapitalismus überwinden.“

Es geht also – mal wieder – um die rote Revolution. Das erklärt auch, warum die „Fridays“ in den alten Bundesländern so viel mehr Zulauf genießen als in den neuen. „Drüben“, wie man die DDR in der Bundesrepublik nannte, können Eltern und Großeltern davon berichten, wie prächtig es um den Umweltschutz im Sozialismus bestellt war. Das könnte beim ökobewegten Sprössling die Sehnsucht nach der Wiederkehr der roten Planwirtschaft messbar eingrenzen.

Das macht aber nichts, solange der Großangriff auf Marktwirtschaft und Industrie im weitaus größeren Westteil der Republik so sahnemäßig läuft. Und wenn sich dann noch Zeitgeistritter wie Joe Kaeser vor den Karren spannen lassen, der die Geschäftsgrundlagen ihres Unternehmens zum Schafott fahren soll, kann eigentlich nichts mehr schiefgehen.

Zumindest fürs Erste. Denn wenn die freie Wirtschaft zerstört und der Sozialismus wieder in den Sattel gesetzt ist, beginnt bald das große Jammern. Wie schon Maggie Thatcher erkannte, besteht die Tragödie der Sozialisten ja darin, dass ihnen irgendwann das Geld der anderen Leute ausgeht. Aber das braucht Leute wie Luisa Neubauer nicht zu schrecken. Die sitzen dann längst hoch oben auf einem Bonzenposten, wo ihnen die Misere des Volkes nichts anhaben kann.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.preussische-allgemeine.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Claus Christian Malzahn nennt in der „Welt“ (9. Januar) die eigentliche Ursache für den Niedergang der CDU in den neuen Bundesländern:

„Die Hauptursache dieses Zerfalls aber wurde in Berlin beschlossen. Ob es einem gefällt oder nicht: Es war vor allem die von der Kanzlerin geduldete Masseneinwanderung im Herbst 2015, die im Osten zum rasanten Aufstieg der AfD führte und der Union den Boden unter den Füßen weggezogen hat. Auf gute Ratschläge aus Berlin verzichtet man in der Ost-CDU seither ausgesprochen gern.“

Die Hamburg-Wahl am 23. Februar ist für Christian Teevs von entscheidender Bedeutung für das weitere Schicksal des neuen SPD-Führungsduos aus Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken, wie er auf „Spiegel online“ (9. Januar) schreibt:

„Für Esken und Walter-Borjans ist im (Hamburger) Wahlkampf kein Auftritt vorgesehen. Von (Hamburgs SPD-Bürgermeister Michael) Tschentschers Ergebnis hängt für die beiden dennoch viel ab: Sollte er hinter die Grünen zurückfallen, wäre das Projekt Neustart wohl gescheitert, bevor es überhaupt angefangen hat.“

Auf „Focus online“ (10. Januar) kommentiert Gabor Steingart den aktuellen ARD-Deutschlandtrend, laut dem das Vertrauen der Bürger in die Politik dramatisch eingebrochen ist:

„Die Probleme wurzeln tiefer als viele Spitzenpolitiker glauben. Das Volk ist wählerisch geworden. Die zwei Hauptqualifikationen der Spitzenpolitiker, drankommen und dranbleiben, empfindet eine Mehrheit nicht nur als unzureichend, sondern als aufreizend. Politische Ambitionslosigkeit ist nicht länger politisch korrekt.“

Der Autor Dushan Wegner beschreibt in seinem Blog „dushanwegner.com“ (12. Januar), in welch paradoxer Situation sich das grün-links dominierte Deutschland befindet:

„Die Linken und Lügner haben verloren, doch sie haben noch Macht. Und sie haben viel Munition, sehr viel. Via Zwangsgebühren und Steuern können sie sich beliebig viel Munition von ihren Opfern holen. Die Linken kämpfen den längst verlorenen Kampf weiter und sie ziehen das ganze Land mit runter. Manche sagen, es sei nicht das erste Mal, dass Deutsche weiterkämpften, längst nachdem sie verloren hatten. Der Kampf der Linken gegen die Realität ist verloren, doch sie kämpfen weiter, und sie kämpfen schmutzig.“

WORT DER WOCHE

„Das Problem in Deutschland sind nicht linksgrüne Ideologen, sondern opportunistische und naive Manager, die sich an den Zeitgeist anbiedern.“

Rainer Zitelmann im Netzmagazin „The European“ (13. Januar) anlässlich der jüngsten Aktion von Siemens-Chef Joe Kaeser (siehe Wochenrückblick)